

Die wirtschaftliche Integration des westlichen Balkans in die EU

Freie wissenschaftliche Arbeit (Masterarbeit)
zur Erlangung des Grades M.Sc. in Volkswirtschaftslehre
an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Universität Potsdam

Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie
Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann

Eingereicht von

Stefan Pavleski
Jablonskistr. 6
10405 Berlin
Matr.-Nr.: 737377

Potsdam, den 20.01.2010

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	3
Abbildungsverzeichnis.....	4
Tabellenverzeichnis	5
Einleitung.....	6
1. Theorie der wirtschaftlichen Integration.....	7
1.1 Grundlagen der wirtschaftlichen Integration.....	7
1.1.1 Definition und Bedeutung der wirtschaftlichen Integration.....	7
1.1.2 Geschichte der wirtschaftlichen Integration.....	8
1.1.3 Die wirtschaftliche Integration in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg.....	10
1.1.4 Die wirtschaftliche Integration und die WTO-Regeln	12
1.2 Theorie der Zollunion.....	13
1.2.1 Statische Effekte.....	13
1.2.2 Die Cooper-Massel-Kritik.....	18
1.2.3 Dynamische Effekte	19
1.2.4 Terms-of-Trade-Effekte	22
1.2.5 Zollunionen im Vergleich zu Freihandelszonen und Wirtschaftsunionen	24
1.3 Die Auswirkungen und die Messung der wirtschaftlichen Integration	26
1.3.1 Handelseffekte.....	26
1.3.2 Zahlungsbilanzeffekte.....	29
1.3.3 Einkommenseffekte.....	30
1.3.4 Wachstumseffekte	31
2. Die wirtschaftliche Integration des westlichen Balkans	34
2.1 Die wirtschaftliche Leistung der Region	34
2.1.1 Die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren	34
2.1.2 Direktinvestitionen	37
2.1.3 Zahlungsbilanz	40
2.2 Der Handel im westlichen Balkan.....	42
2.2.1 Handelsstruktur	42
2.2.2 Richtung der Handelsströme	44
2.2.3 CEFTA 2006.....	46
2.3 Das Gravitationsmodell	48
2.3.1 Das Grundmodell	49
2.3.2 Daten und Variablen.....	50
2.3.3 Ergebnisse	51
2.3.4 Zukünftige Entwicklungen.....	53
3. Die politischen Aspekte der wirtschaftlichen Integration.....	60
3.1 Kopenhagener Kriterien	60
3.1.1 Politische Kriterien.....	60
3.1.2 Wirtschaftliche Kriterien.....	61
3.1.3 Acquis Communautaire.....	65
3.2 Institutionelle Beziehungen der EU zum westlichen Balkan.....	66
3.2.1 Der neue institutionelle Rahmen	67
3.2.2 Stabilitätspakt für Südosteuropa.....	67
3.2.3 Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess	70
3.3 Herausforderungen und Perspektiven.....	75
Fazit	79
Anhang.....	81
Literaturverzeichnis	88

Abkürzungsverzeichnis

ATM	Autonome Handelsmaßnahmen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRIC	Brasilien, Russland, Indien und China
CARDS	Hilfsprogramm der Gemeinschaft für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung
CEFTA	Mitteuropäisches Handelsabkommen
CET	Gemeinsamer Außenzoll
CGE-Modelle	Allgemeines rechenbares Gleichgewichtsmodell
CHELEM-CEPII	Chelem-Datenbank des Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales
DI	Direktinvestitionen
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
EFTA	Europäisches Freihandelsabkommen
EKGS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
GDP	Bruttoinlandsprodukt
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
ICTY	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
IMF	Internationaler Währungsfonds
IPA	Instrument für Heranführungshilfe
ISPA	Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt
KKP	Kaufkraftparität
MFN	Meistbegünstigtenstatus
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEEC	Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit
OLS	Methode der kleinsten Quadrate
OSCE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PHARE	Polen und Ungarn: Hilfe zur Restrukturierung der Wirtschaft
RCC	Regionaler Kooperationsrat
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprogramm
SAPARD	Spezielles Beitrittsprogramm für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
SP	Stabilitätspakt für Südosteuropa
UNMIK	Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
WB-Staaten/WB-Länder	Westbalkan-Staaten/Westbalkan-Länder
WTO	Welthandelsorganisation

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Handelsschaffung und Handelsumlenkung.....	14
Abbildung 2: Wohlfahrt im allgemeinen Gleichgewicht.....	17
Abbildung 3: Interne Skaleneffekte	20

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Die Staaten des westlichen Balkans im Vergleich (2008)	35
Tabelle 2: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren	37
Tabelle 3: Direktinvestitionen im westlichen Balkan als % des BIP	38
Tabelle 4: Pearson-Koeffizient und Bestimmtheitsmaß (1997-2005).....	39
Tabelle 5: Ausgewählte Handelsströme im westlichen Balkan	44
Tabelle 6: Ergebnisse der OLS-Schätzung	51
Tabelle 7: Schätzungen auf Basis aggregierter Daten, Schätzungen (1)-(4).....	81
Tabelle 8: Verhältnis tatsächlicher Handel/potentieller Handel (aggregierte Daten, in %).....	81
Tabelle 9: Ergebnisse auf Basis aggregierter Daten, Schätzungen (5)-(6)	82
Tabelle 10: Schätzungen auf Grundlage sektoraler Daten, Schätzungen (7)-(16).....	83
Tabelle 11: Schätzungen auf Grundlage sektoraler Daten, Schätzungen (17)-(26).....	84
Tabelle 12: Verhältnis tatsächlicher Handel/potentieller Handel nach Sektoren, in %	85
Tabelle 13: Sektorale Zuordnung des internationalen Handels, 69 Produkte (nach CHELEM-CEPII)	86
Tabelle 14: Die Kapitel des <i>Acquis</i> in den Verhandlungen mit Kroatien	87

Einleitung

Der Europäischen Union (EU) steht eine neue große Welle der Erweiterung bevor – die Integration der Staaten des westlichen Balkans: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien (im weiteren Text WB-Staaten bzw. WB-Länder). Somit wäre ein Großteil der ehemaligen Ostblockstaaten, nach dem Beitritt der Staaten Ost- und Mitteleuropas im Jahr 2004, und Rumäniens und Bulgariens im Jahr 2007, in der EU integriert. Mit dieser Erweiterung würde das ehemalige Jugoslawien vollständig zur EU gehören, da Slowenien schon im Jahr 2004 der EU beigetreten ist.

Der Beitritt zur EU ist von vielen Vorbedingungen und Reformen gekennzeichnet, die seitens der WB-Staaten erfüllt werden müssen. Eine davon ist die regionale Zusammenarbeit, die neben den Kopenhagener Kriterien, eine der wichtigsten Konditionalitäten der EU gegenüber den Staaten des westlichen Balkans ist. Aus wirtschaftlicher Perspektive stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Forderung der EU nach regionaler wirtschaftlicher Integration zwischen den WB-Staaten, als Voraussetzung für den Beitritt zur EU, theoretisch und/oder empirisch begründet ist. Diese Frage wird in dieser Arbeit ausführlich diskutiert. Im Mittelpunkt der Analyse steht der Handel als Maß der wirtschaftlichen Integration.

Im ersten Kapitel werden die Geschichte, die Theorie und die Effekte der wirtschaftlichen Integration erörtert. Die Theorie und die Effekte der wirtschaftlichen Integration werden anhand der Zollunionstheorie dargestellt.

Im zweiten Kapitel wird nach der Darstellung der wirtschaftlichen Basisdaten der WB-Staaten auf die Handelsstruktur, die Handelsströme und die Besonderheiten des Mitteleuropäischen Handelsabkommens eingegangen. Die wirtschaftliche Integration und das Handelspotential des westlichen Balkans werden anhand von zwei Studien, die auf dem Gravitationsmodell basieren, analysiert.

Das dritte und letzte Kapitel präsentiert den spezifischen politischen Rahmen des EU-Integrationsprozesses im westlichen Balkan. Unter anderem werden die besonderen Handelsmaßnahmen der EU gegenüber der Region dargestellt. Ein Ausblick auf die zukünftigen politischen Herausforderungen und ein Fazit schließen die Arbeit ab.

1. Theorie der wirtschaftlichen Integration

1.1 Grundlagen der wirtschaftlichen Integration

In diesem Unterkapitel werden die Grundaspekte der internationalen wirtschaftlichen Integration erörtert. Der Schwerpunkt liegt bei der europäischen Integration und bei der Auseinandersetzung der wirtschaftlichen Integration mit den WTO-Regeln.

1.1.1 Definition und Bedeutung der wirtschaftlichen Integration

Für den Begriff wirtschaftliche Integration werden mehrere Formulierungen verwendet, wie: regionale wirtschaftliche Integration, präferenzielle Handelsabkommen, regionale Handelsabkommen, Handelsblöcke usw. Obwohl diese Begriffe keine Synonyme sind, werden sie in der wirtschaftlichen Literatur verwendet, um den Begriff wirtschaftliche Integration zu bezeichnen.¹

Der Begriff wirtschaftliche Integration kann sowohl als Prozess als auch als Zustand definiert werden. Die wirtschaftliche Integration ist demnach ein Prozess, der aus politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen besteht und der zur Abschaffung jeglicher Diskriminierung (insbesondere der Handelsbarrieren) zwischen unterschiedlichen Volkswirtschaften führt. Der Zustand wiederum, bezieht sich auf die Phase, in der sich dieser Prozess befindet.²

Es lassen sich unterschiedliche Formen der wirtschaftlichen Integration unterscheiden: Präferenzzone (zwischen zwei oder mehreren Ländern, wobei Zölle unilateral auf bestimmte Produkte, teilweise oder völlig, abgeschafft werden), Freihandelszone (alle Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedsstaaten werden abgebaut und es ist keine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittländern zu verzeichnen), Zollunion (erweitert die Freihandelszone um einen gemeinsamen Zolltarif gegenüber Drittländern – gemeinsamer Außenzoll), gemeinsamer Markt (erweitert die Zollunion um die vollständige Mobilität der Produktionsfaktoren) und wirtschaftliche Union (vollständige Harmonisierung der Wohlfahrtspolitik und der monetären, fiskalischen und industriellen Politik).³

¹ Vgl. Mikić (1998) S. 441

² Vgl. Arguello (2000) S. 4 und Mikić (1998) S. 441

³ Vgl. Ströbele/Wacker (2000) S. 63-64 und Arguello (2000) S. 4-5

Die Vorteile der internationalen wirtschaftlichen Integration für eine Volkswirtschaft sind vielfältig:⁴

- Anstieg des faktischen und potentiellen Wettbewerbs
- Anstieg der Produktion dank internationaler Spezialisierung
- Anstieg des Outputs dank besserer Nutzung von Skalenerträgen
- Verbesserung der Terms of Trade gegenüber Drittländern
- Sinkende Preise und erhöhte Produktauswahl dank freiem Warenverkehr
- Bessere Verhandlungsposition in der Weltwirtschaft.

1.1.2 Geschichte der wirtschaftlichen Integration

Europa war Ende des 18. Jahrhunderts durch zahlreiche Zollgrenzen aufgeteilt (allein auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands wurden über 1800 Zollgrenzen verzeichnet).⁵ Die Welt war bis zum Jahr 1815 wirtschaftlich und politisch aufgespalten, die Volkswirtschaften waren traditionell und die Märkte fragmentiert. Im Zeitraum von 1815 bis 1870 ist eine hohe Tendenz an wirtschaftlicher Integration zu beobachten, unterstützt von der Lehre Friedrich Lists, Adam Smiths und David Ricardos, und der industriellen Revolution.⁶ Preußen z.B. gründete im Jahr 1834 den Zollverein. Die meisten Staaten, aus denen später Deutschland entstand, akzeptierten die externen Zölle Preußens, die als niedrigste in Europa galten.⁷

Als Folge des gesunkenen Handels mit den Kolonien und der Gründung neuer unabhängiger Staaten in Europa kam es zu vielen Abkommen, die den Meistbegünstigtenstatus enthielten (MFN – *Most Favoured Nation*).⁸ Somit kam es zu großen Zollsenkungen sowohl in Europa als auch im Rest der Welt. Das MFN-Prinzip ist eine Art Garantie, dass die Exporteure eines Landes den niedrigsten Zoll entrichten müssen, der den Exporteuren eines anderen Landes bereits eingeräumt wurde. Dies bezieht sich auf alle Länder mit MFN-Status.⁹

Der Zeitraum von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Anfang des Ersten Weltkrieges gilt als der Anfang der multilateralen Handelsabkommen. Neben dem Deutschen Zollverein wurde im Jahr 1887 der Italienische Zollverein gegründet.

⁴ Vgl. Pelkmans (2001) S. 3 und Ströbele/Wacker (2000) S. 62-63

⁵ Vgl. Mikić (1998) S. 443

⁶ Vgl. Molle (2001) S. 43 ff.

⁷ Vgl. Kindleberger (2000) S. 85

⁸ Vgl. Mikić (1998) S. 443

⁹ Vgl. Krugman/Obstfeld (2006) S. 306

Die Kanadische Konföderation, die Union zwischen Moldau und der Walachei, der Australische und der Südafrikanische Zollverein sind weitere Beispiele von Zollvereinen, die im 19. Jahrhundert entstanden sind. Der Gründung dieser Zollvereine folgte die Entstehung neuer Nationen.¹⁰ Ein weiteres Beispiel ist Frankreich, das im Zeitraum von 1860 bis 1871 bedingungslose MFN-Klausen mit anderen europäischen Staaten unterzeichnete. Der Handel zwischen den großen Handelsnationen, in der Periode von 1860 bis 1930, basierte auf Nichtdiskriminierung und Beachtung des MFN-Prinzips.¹¹

Der Zeitraum zwischen den zwei Weltkriegen war durch den Anstieg protektionistischer Maßnahmen und überwiegend bilateraler Abkommen gekennzeichnet. Die USA führten während der Großen Depression (1929-1933) hohe Zölle ein, worauf die europäischen Länder, Mexiko, Australien, Neuseeland, Kuba und weitere Länder mit ebenfalls hohen Zöllen als Vergeltungsmaßnahme antworteten.¹²

Viele Politiker sahen diese restriktive Handelspolitik und den Aufmarsch zahlreicher bilateraler Handelsabkommen als Hauptursache für die Große Depression, die maßgeblich zum Anfang des Zweiten Weltkriegs beigetragen hatte. Deswegen wurde mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (*GATT – General Agreement on Tariffs and Trade*), das im Jahr 1948 in Kraft trat, das Ziel definiert, eine neue diskriminierungsfreie Wirtschaftsordnung zu etablieren.¹³ Dies wurde im § 1 des GATT festgelegt:

„[...] any advantage, favour, privilege or immunity granted by any contracting party to any product originating in or destined for any other country shall be accorded immediately and unconditionally to the like product originating in or destined for the territories of all other contracting parties.“¹⁴

Jedoch konnten die Verfasser des § 1 des GATT (später auch von der WTO übernommen) nicht vermuten, dass heutzutage weltweit mehr als 400

¹⁰ Vgl. Pomfret (2001) S. 19

¹¹ Vgl. Pomfret (2001) S. 19 ff.

¹² Vgl. Pomfret (2001) S. 38

¹³ Vgl. Pomfret (2001) S. 71

¹⁴ GATT (1986) S. 2

präferenzielle Handelsabkommen (sei es als bilaterale Abkommen, Freihandelszonen oder Zollunionen) die Weltwirtschaft aufspalten würden.¹⁵

Dieser Ausbau von Handelsabkommen stellt ein systemisches Problem dar (Bhagwati nennt dieses Phänomen *Spaghtetti bowl*).¹⁶ Hinzu kommt auch die Zunahme nicht-tarifärer Handelshemmnisse, die die Zollsenkungen unterlaufen.¹⁷

1.1.3 Die wirtschaftliche Integration in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahr 1948, wurde die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) gegründet. 1960 wurde die OEEC in Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) umbenannt, mit insgesamt 18 Mitgliedsstaaten.¹⁸ Die OECD entstamm aus der Forderung der USA nach europäischer Einheit im Zuge des Marshallplans. Ein Jahr später folgte der Europarat, der überwiegend kulturelle und politische Aufgaben aufnahm.¹⁹ Im Jahr 1951 gründeten die Benelux-Staaten (die seit 1948 einer Zollunion zugehörten²⁰), (West)Deutschland, Italien und Frankreich – die sogenannten *Sechs* – zunächst die EKGS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), mit dem mittelfristigen Ziel einer umfassenden wirtschaftlichen Integration der sechs Staaten.²¹ Die EKGS, die als eine Art Hybrid-Freihandelszone²² ohne eine gemeinsame Handelspolitik funktionierte, wurde seitens des GATT als diskriminierend qualifiziert.²³ Auf der Messina-Konferenz im Jahr 1955 wurde das Spaak-Komitee ins Leben gerufen, mit der Aufgabe die Möglichkeit zur Gründung eines gemeinsamen Marktes und der Etablierung der sektoralen Integration in den Bereichen Transport und Energie, zu untersuchen.²⁴ Die Arbeit dieses Komitees kulminierte mit den Römischen Verträgen im Jahr 1957 und der Gründung der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und Euratom. Der wichtigste Aspekt der Römischen Verträge war die Etablierung einer Zollunion, die erst im Jahr 1968 zustande kam. Die EWG diskriminierte wirtschaftlich andere OEEC-Staaten, womit eins der Grundprinzipien der OEEC nicht beachtet

¹⁵ Vgl. WTO (a) (o.A.) o.S.

¹⁶ Vgl. Bhagwati (2002) S. 112 ff. und (1998) S. 1139-1140

¹⁷ Vgl. Siebert/Lorz (2006) S. 169

¹⁸ Siehe hierzu: OECD (o.A.) o.S.

¹⁹ Vgl. El-Agraa (2004) S. 25-26

²⁰ Vgl. Pelkmans (2001) S. 19

²¹ Vgl. Molle (2001) S. 60-61

²² Vgl. Pelkmans (2001) S. 19

²³ Vgl. Pomfret (2001) S. 89

²⁴ Vgl. El-Agraa (2004) S. 29-30

worden war.²⁵ Es kam zu einer Aufspaltung Europas auf zwei Lager – auf der einen Seite waren Großbritannien und die skandinavischen Staaten, die die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) gründeten, und auf der anderen etablierten sich die *Sechs*, als Handelspartner, die die EWG gründeten. Eins der Hauptmotive für die Gründung der EWG war der Wettbewerbfähigkeitsverlust der Mitgliedsstaaten gegenüber den USA. Gegenüber der wirtschaftlichen Integration in Westeuropa stand die wirtschaftliche Integration der Ostblockstaaten – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – jedoch ohne beachtliche wirtschaftliche Erfolge.²⁶

Der Zeitraum von 1960 bis 1970 ist durch die Annäherung der EFTA und der EWG gekennzeichnet. Großbritannien stellte im Jahr 1961 einen Antrag zum Beitritt in die EU; es folgten Dänemark und Norwegen (letzteres trat der EU nie bei). Im Jahr 1972 unterzeichnete die EWG bilaterale Freihandelsabkommen mit den anderen EFTA-Mitgliedern und mit Island.²⁷

In den folgenden Jahren wurde die EWG mehrmals erweitert: Im Jahr 1973 traten Großbritannien, Irland und Dänemark der EU bei (die Freihandelsabkommen der EU mit den anderen EFTA-Staaten treten im Jahr 1973 in Kraft; mit Norwegen und Finnland im Jahre 1974²⁸), Griechenland (1981), Spanien und Portugal (1986), Schweden, Finnland und Österreich (1995). Mit dem Vertrag von Maastricht (1992) – der Vertrag über die EU – wurden die monetäre und wirtschaftliche Union, und andere nichtökonomische Bereiche der Europäischen Gemeinschaft (EG) reguliert. Die EG ist eine der drei Säulen der EU, deren Befugnisse sich u.a. in den Bereichen der Zollunion, der europäischen monetären Union, des gemeinsamen Marktes und der Agrar- und Handelspolitik befinden.²⁹

Mit dem Vertrag von Amsterdam (1997) wurde die Rolle der EU in den Bereichen, die mit dem Maastrichter Vertrag festgelegt wurden, weiter vertieft.³⁰ Weitere wichtige Verträge und Institutionen, die sich mit der EU-Erweiterung auseinandersetzen, wie die Kopenhagener Kriterien und der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, werden im dritten Kapitel dieser Arbeit („Die politischen Aspekte der wirtschaftlichen Integration“) erörtert.

²⁵ Vgl. Pomfret (2001) S. 91

²⁶ Vgl. Pelkmans (2001) S. 22

²⁷ Vgl. Pomfret (2001) S. 92

²⁸ Vgl. Barbato (2008) S. 805

²⁹ Vgl. Brasche (2008) S. 9 ff.

³⁰ Vgl. Molle (2001) S. 62

Die fünfte Erweiterung um zehn neue Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) erfolgte im Jahr 2004. Die bisher letzte Erweiterung der EU fand im Jahr 2007 statt, als Bulgarien und Rumänien der EU beitraten.

Die Staaten des westlichen Balkans befinden sich in unterschiedlichen Phasen des Beitritts zur EU – Kroatien und Mazedonien sind Kandidaten für den Beitritt zur EU, wobei Serbien, Bosnien und Herzegowina, Albanien und Montenegro potentielle Beitrittskandidaten sind. Der Status des Kosovo ist nicht unumstritten, zumal, fünf EU-Länder die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkennen.

1.1.4 Die wirtschaftliche Integration und die WTO-Regeln

Die wohl bekannteste Ausnahme vom bereits zitierten §1 des GATT³¹ ist § 24 des GATT, der besagt, dass Zollunionen und Freihandelszonen, die gegenüber Drittländern diskriminierende Handelspolitik betreiben, zugelassen sind solange sie freien Handel für alle Güter der Vertragspartner gewährleisten.³² Mit anderen Worten dürfen diese präferenziellen Abkommen, laut Definition, das Niveau der Diskriminierung gegenüber dem Zustand vor deren Gründung nicht erhöhen.³³ Es bleibt jedoch sehr umstritten, ob § 24 des GATT nicht widersprüchlich mit den Grundprinzipien der WTO (Nichtdiskriminierung, Transparenz und Reziprozität³⁴) ist. Eine der wichtigsten zu beantwortenden Fragen lautet: Ist die wirtschaftliche Integration ein Prozess, der zum multilateralen Freihandel führt oder diesem als protektionistische Maßnahme im Weg steht? Die Tatsache bleibt bestehen, dass die wirtschaftliche Integration, manifestiert als Freihandelszone oder Zollunion, sehr oft eine politische und nicht eine wirtschaftliche Entscheidung darstellt.³⁵

Wenn man § 24 weiter analysiert und Absatz 8 betrachtet, werden weitere strittige Formulierungen sichtbar:

“A free-trade area shall be understood to mean a group of two or more customs territories in which the duties and other restrictive regulations of commerce [...] are eliminated on

³¹ Siehe hierzu: Unterkapitel 1.1.2

³² Vgl. GATT (1986) S. 41 ff.

³³ Vgl. El-Agraa (2004) S. 3

³⁴ Vgl. WTO (b) (o.A.) o.S.

³⁵ Vgl. El-Agraa (2004) S. 3

*substantially all the trade between the constituent territories in products originating in such territories.*³⁶

In § 24 Absatz 8 ist die Rede von „*other restrictive regulations of commerce*“, die offenbar den Wirtschaftssubjekten viel Spielraum geben. Das Gleiche bezieht sich auf den vagen Begriff: „*substantially all the trade*“ (viele Bereiche könnten demnach nicht in das Abkommen mit einbezogen werden – wie das bei den Agrarprodukten auch der Fall ist). Diese zwei Kommentare beziehen sich gleichermaßen auch auf die Zollunionen.

Einer der größten Kritikpunkte, aus Sicht der Freihandelsabkommen, ist jedoch die Forderung „*products originating in such territories.*“ Dies besagt, dass alle Güter von Nichtmitgliedern ein Herkunftszertifikat vorweisen müssen. Diese Maßnahme, auch als „*Ursprungsregeln*“ bezeichnet (*Rules of Origin*), wird oft als nichttarifäres Handelshemmnis betrachtet. Diese sind auch für die WB-Staaten relevant, da die Ursprungsregeln den präferenziellen Zugang derer Produkte verhindern, zumal diese Klausel jedem Handelsabkommen seitens der EU angehängt wird.³⁷ Dies ist besonders wichtig, da die diagonale Kumulierung noch nicht vollständig implementiert wurde. Dies wird ausführlich im letzten Kapitel dieser Arbeit analysiert.

1.2 Theorie der Zollunion

In diesem Abschnitt wird die Theorie der Zollunion, als Theorie der wirtschaftlichen Integration, erörtert. Die Theorie der Zollunion gehört der Welt des „*second best*“ zu, da sie der unilateralen Zolllenkung bzw. der Zollabschaffung unterlegen ist.³⁸ Die Schlussfolgerungen und Ergebnisse dieser Theorie sind auch auf die anderen Formen der wirtschaftlichen Integration (wie z.B. auf die Freihandelszone, oder auf den gemeinsamen Markt) implementierbar.³⁹

1.2.1 Statische Effekte

Die Konzepte der Handelsschaffung und –umlenkung wurden zum ersten Mal von Jacob Viner, in seinem Werk „*The Customs Union Issue*“ (1950) definiert. Die

³⁶ GATT (1986) S. 43

³⁷ Vgl. Brenton/Manchin (2002) S. 11

³⁸ Vgl. Arguello (2000) S. 24

³⁹ Vgl. Speyer (1997) S. 9 und Ströbele/Wacker (2000) S. 66

werden drei Länder betrachtet: Inland (H), das potentielle Partnerland im Rahmen der Zollunion (P) und die Außenwelt (W).

In der Abbildung wird das partielle Gleichgewicht dargestellt, mit S_w – vollkommen elastische und zollfreie Angebotskurve, S_H – Angebotskurve des Inlands und S_{H+P} – gemeinsame zollfreie Angebotskurve von H und P . Inlands Angebotskurve ist mit $BREFQT$ gegeben sobald das Inland einen nicht-diskriminierenden Zoll (t), in Höhe von $AD (=t_h)$, einführt. Der Inlandspreis ist somit OD , mit einer Inlandsproduktion von Oq_2 , Inlandskonsum von Oq_3 und Importen von q_2q_3 . H zahlt $q_2LMq_3 (=a)$ für die Importe, wobei der einheimische Konsument $q_2EFq_3 (a + b + c)$ zahlt. $LEFM (b + c)$ stellt die Zolleinnahmen der H -Regierung dar.

Wenn H und W eine Zollunion bilden, wird die Lage, die im Freihandel vorhanden war, erneut hergestellt, sodass Oq_5 in H konsumiert und aus W importiert wird. Wenn aber H und P eine Zollunion bilden würden, dann würde der Zoll auf Güter aus W bestehen, und für Güter aus P würde dieser aufgehoben werden. In diesem Fall ist die effektive Angebotskurve mit $BRGQT$ definiert. Der Preis innerhalb der Zollunion fällt auf OC , womit die Inlandsproduktion auf Oq_1 sinken würde, der Konsum würde auf Oq_4 und die Importe auf q_1q_4 steigen. Die Importe kommen nun aus P .

Die Wohlfahrtseffekte können anhand der Konsumenten- und Produzentenrente präsentiert werden. Als Folge des erhöhten Konsums steigt die Konsumentenrente um $CDFG (=d + e + c + f)$. Ein Teil davon (d) ist eine Senkung der Produzentenrente und ein anderer Teil ist der Zolleinnahmenanteil, der an die Konsumenten geht. Somit bleiben e und f als Gewinne der Zolluniongründung übrig. Zunächst müssen die gesamten Effekte betrachtet werden, um feststellen zu können, ob diese Dreiecke tatsächlich Nettogewinne darstellen.

Der Fall der Inlandsproduktion von Oq_2 auf Oq_1 führt zu einem Anstieg der Importe von q_1q_2 . Die Importkosten aus P liegen dann bei q_1Jlq_2 ; die Kosten der Inlandsproduktion lagen bei q_1JEq_2 . Somit wird eine Ersparnis von e erreicht. Der Anstieg des Konsums von Oq_3 auf Oq_4 bewirkt einen neuen Import aus P in Höhe von q_3q_4 , mit Kosten in Höhe von q_3HGq_4 . Dies führt zu einem Anstieg der Konsumentenwohlfahrt von q_3FGq_4 . Die ursprünglichen Kosten der Importmenge q_2q_3 jedoch lagen bei a , wobei diese neuen Importe aus P , $(a + b)$ kosten. Deswegen führen diese Import zu einer Senkung der Zolleinnahmen des Staates

um b . Zusammengefasst: Man muss die Gewinne ($e + f$) mit dem Verlust der Zolleinnahmen (b) vergleichen, um den Nettoeffekt der Gründung einer Zollunion bestimmen zu können.

Die Handelsumlenkung ist mit q_2q_3 und die Handelsschaffung mit $q_1q_2 + q_3q_4$ gegeben. Anders formuliert könnte man sagen, dass die Handelsschaffung mit der Fläche $e + f$ (f ergibt sich aus der Erweiterung des Konsums, und e aus der Senkung der Produktion).⁴² Die Handelsumlenkung ist mit der Fläche b definiert.

Wäre der Ausgangspreis mit dem Schnittpunkt zwischen D_H und S_H gegeben sein, so würde die Zollunion ausschließlich Handelsschaffung bewirken, da es sich dabei um einen prohibitiven Zoll handeln würde. Wenn der Ausgangspreis bei OC liegen würde, käme es nur zur Handelsumlenkung. Die Höhe dieser zwei Effekte hängt von den Preiselastizitäten von S_H , S_{H+P} und D_H , und vom Unterschied zwischen S_W und S_{H+P} (von den Kostenunterschieden) ab.

b) Analyse im allgemeinen Gleichgewicht. Die Analyse im allgemeinen Gleichgewicht wird in der Literatur zur wirtschaftlichen Integration nicht ausreichend behandelt⁴³ und wird an dieser Stelle skizziert. Das Modell im partiellen Gleichgewicht betrachtete nur den Markt eines Gutes und setzt voraus, dass alle anderen Güterpreise fest sind. In der Analyse im allgemeinen Gleichgewicht werden alle Märkte betrachtet, wobei alle Preise variabel sind, es kommt zur vollständigen Spezialisierung und es sind konstante Kosten zu verzeichnen.

In der folgenden Abbildung (Abbildung 2) werden drei Länder (A , B und C) und zwei Güter (X , Y) bzw. Märkte betrachtet. Die Ausführungen zur Analyse im allgemeinen Gleichgewicht basieren auf Jovanović⁴⁴ und Lipsey.⁴⁵

A (kleines Land) importiert X aus dem kostengünstigsten Exporteur C . Im freien Handel, handelt A mit C und erreicht die Indifferenzkurve I . Wenn A einen nicht-diskriminierenden Zoll (CT/OT) auf Gut X einführt, ist der relative Preis in A mit AT gegeben. Es wird angenommen, dass dieser Zoll die heimischen Produzenten zur Herstellung von X nicht motiviert – A erreicht die Indifferenzkurve I_1 mit G als Gleichgewichtspunkt. Wenn der Staat alle Zolleinnahmen an die Konsumenten zurückgibt oder diese so verwendet, wie es die Konsumenten getan hätten, sollte

⁴² Vgl. Neal/Barbezat (1998) S. 54

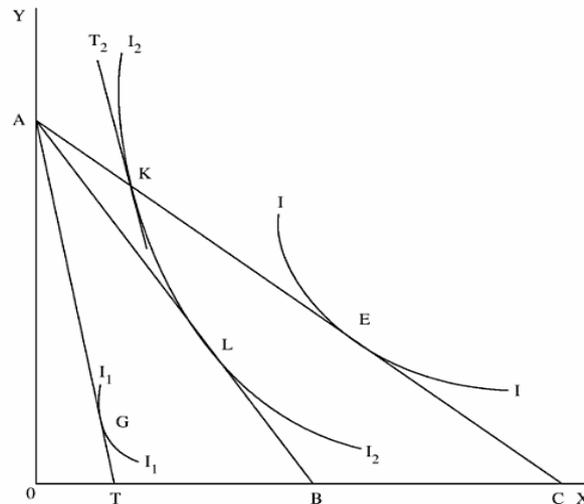
⁴³ Vgl. Corden (1972) S. 472 und Arguello (2000) S. 43

⁴⁴ Vgl. Jovanović (2006) S. 56 ff.

⁴⁵ Vgl. Lipsey (1957) S. 41 ff.

das Gleichgewicht auf AC liegen, da C der kostengünstigste Produzent ist. Der Gleichgewichtspunkt befindet sich in K (Schnittpunkt zwischen T_2 , die parallel zu AT verläuft, und der Terms-of-Trade-Geraden AC). Der Zoll hat die Produktionsstruktur und die relativen Preise geändert. Der Konsum des heimischen Produktes Y steigt; die Importe von Gut X senken.

Abbildung 2: Wohlfahrt im allgemeinen Gleichgewicht



Quelle: Jovanović (2006)

Wenn die Länder A und B eine (handelsumlenkende) Zollunion bilden, wird die Terms-of-Trade-Gerade mit AB gegeben sein, die zwischen den Preislinien AT und AC liegt. Dies folgt aus den Annahmen, dass der Preis von X ausgedrückt in Y -Einheiten im Land B höher als im Land C ist, und dass der X -Preis im Land B niedriger als der im Land C inklusive Zoll ist. Es wird angenommen, dass K und L auf der gleichen Indifferenzkurve (I_2) liegen. Die Wohlfahrt in A wird sich nicht ändern; es ändert sich die Konsumstruktur. Die Gründung einer Zollunion bewirkt eine Verlagerung des Gleichgewichts von einem suboptimalen Punkt K zu einem neuen suboptimalen Punkt L (da die Wohlfahrt in I am höchsten ist). Die Wohlfahrt im Land A hängt von den Terms of Trade OB/BA ab – wenn nach der Gründung der Zollunion die Terms of Trade schlechter als OB/BA sind, dann verschlechtert sich die Lage von A gegenüber der Lage in der ein nicht-diskriminierender Zoll eingeführt wurde; wenn sich die Terms of Trade verbessern, also höher als OB/BA sind, dann könnte die handelsumlenkende Zollunion einen positiven Wohlfahrteffekt haben.

1.2.2 Die Cooper-Massel-Kritik

Die obigen Ausführungen, die auf Viners Theorie basieren, wurden u.a. von Lipsey (1957), Cooper und Massel (1965) und Johnson (1974) in Frage gestellt.⁴⁶ Lipsey fügt den Produktionseffekten, die von Viner ausführlich analysiert wurden, Konsumeffekte hinzu (dies gehört zu den ersten Versuchen zur Anwendung der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts auf die Zollunionstheorie).⁴⁷ In dieser Konstellation kann man den Wohlfahrtseffekt einer Zollunion nicht definieren. Somit ist die Schlussfolgerung, dass Handelsschaffung „gut“ und Handelsumlenkung „schlecht“ sind, nicht mehr aufrechtzuerhalten, da Handelsschaffung eine positive Auswirkung auf die Wohlfahrt haben könnte.⁴⁸ Laut Cooper und Massel besteht der größte Zweifel darin, ob Viners Theorie überhaupt in der Lage ist, die präferenziellen Handelsabkommen bewerten zu können:

„ [...] by failing to explain why countries have tariffs, customs-union theory fails to explain also why customs unions are formed.”⁴⁹

Des Weiteren wird argumentiert, dass die Zollunion ein protektionistisches und kein Instrument des Freihandels ist.

Cooper und Massel betonen, dass die Politik der unilateralen Zolllenkung der Gründung einer Zollunion überlegen ist. Sie teilen den Wohlfahrtseffekt einer Zollunion auf zwei Komponenten: eine Zolllenkungskomponente (als einzige Quelle der Konsumentenwohlfahrt im Rahmen einer Zollunion) und eine reine Handelsumlenkungskomponente.⁵⁰

Die Ergebnisse der Cooper-Massel-Kritik⁵¹ kann man auf Abbildung 1 übertragen. Die Preissenkung von OD auf OC sollte man in zwei Phasen betrachten: die erste, eine diskriminierungsfreie Zolllenkung (für P und W) bis AC , was mit denselben Preis-, Produktions-, Konsum- und Importänderungen resultieren würde; die zweite, eine Zollunion ab dem Preis OC einführen.⁵² Der

⁴⁶ Vgl. Cooper/Massel (1965) S. 742-747, Lipsey (1957) S. 40 ff. und Johnson (1974) S. 618 ff.

⁴⁷ Vgl. Lipsey (1957) S. 41

⁴⁸ Vgl. Lipsey (1957) S. 41 ff.

⁴⁹ Cooper/Massel (1965) S. 747

⁵⁰ Vgl. Cooper/Massel (1965) S. 743

⁵¹ Vgl. Cooper/Massel (1965) S. 743 ff. und El-Agraa (2004) S. 101

⁵² Vgl. Cooper/Massel (1965) S. 743 ff. und El-Agraa (2004) S. 101

Effekt dieser zwei Schritte ist, dass die Gewinne von der Handelsschaffung ($e + f$) steigen, wobei die Handelsumlenkung, wegen der neuen Angebotskurve für H ($BJGU$), völlig wegfällt. Somit kommt es zu weiteren Importen aus W . Die neuen Importe, die als Folge der Handelsschaffung ($q_1q_2 + q_3q_4$) entstanden sind kosten jetzt weniger. Infolgedessen kommt es zu einem weiteren Gewinn von $KJIL + MHGN$.

Von den bisher dargestellten Ergebnissen, besonders im Sinne der Cooper-Massel-Kritik, wird deutlich, dass die Gründung präferenzieller Handelsabkommen auf nicht-ökonomischen Motiven basiert.⁵³ Empirisch werden die nicht-ökonomischen Motive im zweiten Kapitel dieser Arbeit nachgewiesen.

1.2.3 Dynamische Effekte

Den dynamischen Effekten (auch indirekte Effekte genannt⁵⁴) der Gründung einer Zollunion wird häufig eine größere Bedeutung, im Vergleich zu den statischen Effekten, gegeben.⁵⁵ An dieser Stelle werden die positiven (internen) Skaleneffekte und die Wettbewerbseffekte erörtert. Die dynamischen Effekte sind kontrovers und in der Literatur nicht unumstritten.

a) Skaleneffekte. Einer traditionellen Analyse können jedoch nur die Skaleneffekte unterzogen werden.⁵⁶ Die Skaleneffekte werden von Corden in die Theorie der Zollunion eingeführt. Corden betont, dass die Konzepte der Handelsschaffung und -umlenkung immer noch relevant sind, aber dass sie mit dem Kostensenkungseffekt und dem Handelsunterdrückungseffekt (*trade supression*) ergänzt werden sollten.⁵⁷

Die Skaleneffekte kommen dank der Vergrößerung des Marktes zustande, und beziehen sich auf Unternehmen (und Industrien, im Fall der externen Skaleneffekte), die vor der Integration unter ihren Kapazitäten produzierten.⁵⁸ In der folgenden Abbildung (Abbildung 3) wird die Auswirkung der internen Skaleneffekte veranschaulicht.

⁵³ Vgl. Bhagwati (1998) S. 1138 und Pomfret (2001) S. 185

⁵⁴ Vgl. Neal/Barbezat (1998) S. 57

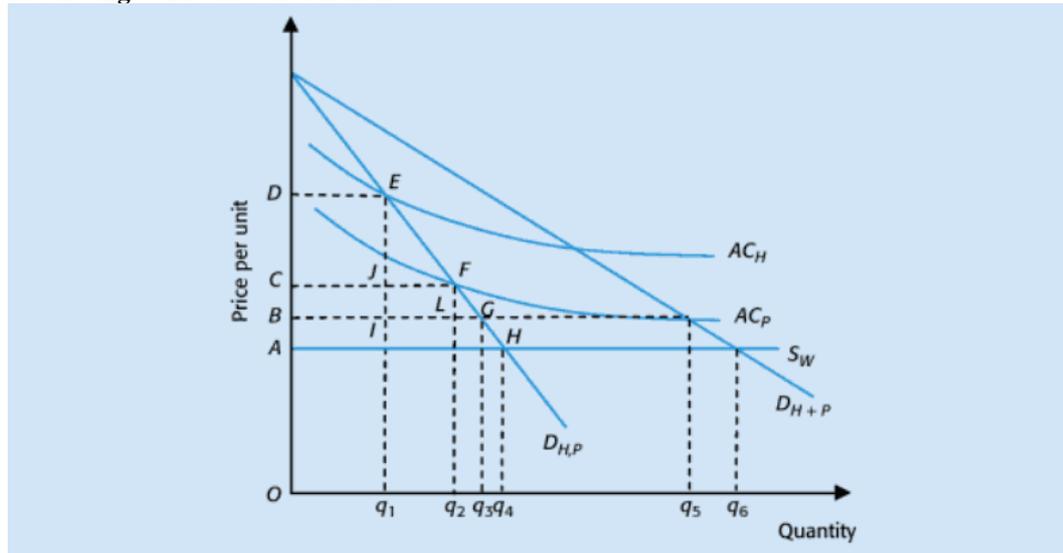
⁵⁵ Vgl. Ohr/Gruber (2001) S. 13

⁵⁶ Vgl. Mikić (1998) S. 456

⁵⁷ Vgl. Corden (1972) S. 469

⁵⁸ Vgl. El-Agraa (2004) S. 105

Abbildung 3: Interne Skaleneffekte



Quelle: El-Agraa (2004)

$D_{H,P}$ ist die identische Nachfragekurve für das Gut in H und in P , mit D_{H+P} als gemeinsame Nachfragekurve, S_W als Weltangebotskurve und AC_P und AC_H als Durchschnittskostenkurven für das Gut in P und in H . W wiederum hat konstante Durchschnittskosten. Der Freihandel ergibt den Preis OA mit einem Konsum, der durch die Importe Oq_4 in H und P gedeckt wird, was einen gesamten Import von Oq_6 ergibt. Die Durchschnittskosten beider Länder fallen nie unter den Weltpreis, sodass keins der beiden Länder die Skaleneffekte in einem Ausmaß nutzen kann, das ihnen ermöglichen würde, international wettbewerbsfähig zu werden.⁵⁹ Es gibt drei mögliche Szenarien:⁶⁰ Der Fall, in dem beide Länder vor der Gründung der Zollunion das Gut produzieren, der Fall, in dem nur ein Land das Gut herstellt und der Fall, in dem kein Land das Gut vor der Gründung der Zollunion herstellt. Im ersten Szenario werden *made-to-measure-Zölle*⁶¹ in Höhe von AD (für H) und AC (für P) erhoben. Diese Zölle fördern die heimische Produktion, wobei der Preis des Gutes (inklusive Zoll) den Durchschnittskosten im jeweiligen Land gleich ist (die Zölle befinden sich auf einem Niveau, das keine monopolistische Profite ermöglicht). Diese *made-to-measure-Zölle* resultieren mit einer Produktion von Oq_1 in H und Oq_2 in P .

Wenn H und P eine Zollunion bilden, wird P als kostengünstigster Produzent das gesamte Output (Oq_5) der Zollunion zu einem Preis von OB herstellen. Somit

⁵⁹ Vgl. Mikić (1998) S. 456

⁶⁰ Vgl. Mikić (1998) S. 456-458

⁶¹ Vgl. Corden (1972) S. 466

entsteht ein Konsum von Oq_3 in H und P , mit einem Gewinn von $BDEG$ (in H) und $BCFG$ (in P), da der Konsum gestiegen ist. Ein Teil dieses Gewinns entsteht in Form von Kostensenkungseffekten,⁶² da die Durchschnittskosten in P wegen des erhöhten Outputs gesunken sind ($BDEI$ in H und $BCFL$ in P). Corden definiert den Kostensenkungseffekt weiter und erklärt, dass:

*“[...] it is not an orthodox trade-creation effect, since it is the result not of a movement to a cheaper source of supply but rather of the cheapening of an existing source of supply.”*⁶³

Der zweite Teil dieses Gewinns entsteht als Handelsschaffung, da P sein heimisches Angebot zu einem niedrigeren Preis herstellen kann (die Produktion in H kommt zum Stillstand, da H jetzt seine Nachfrage mit dem kostengünstigeren Import aus P deckt).

Die Bildung einer Zollunion, die mit Skaleneffekten begründet wird, hängt demnach davon ab, ob der Nettoeffekt positiv, wie in P , oder negativ, wie in H , ist. Der Produktionsverlust in H muss höher sein als der Konsumanstieg, um einen Zoll überhaupt einführen zu können.⁶⁴

Ein zweites Szenario⁶⁵ wäre, wenn vor der Bildung der Zollunion nur das Inland (der ineffizientere Produzent) mit den *made-to-measure-Zöllen* das Gut herstellen würde. In diesem Beispiel bezieht P das Gut aus dem Rest der Welt (W) zollfrei. Im Inland würden dann, nach der Gründung der Zollunion, die Zölle sinken müssen, und es würde zur oben beschriebenen Handelsschaffung kommen – die heimische Produktion und die Zölle würden sinken, womit eine Konsumentenrente zustande kommen würde. In P hingegen würden die Produzenten feststellen, dass sie das Gut protektionistisch herstellen können. Das billigere Angebot des Auslands (W) wird von der teureren heimischen Produktion ersetzt. Dieser Effekt, bei dem die Wohlfahrt sinkt, ist auch als Handelsunterdrückung (*trade suppression*) bekannt. Wenn die Produzenten in der Zollunion maßgeblich an Produktivität gewinnen, um dann ohne Zollschutz mit Drittländern konkurrieren zu können, müsste man die Handelsunterdrückung nicht

⁶² Vgl. Corden (1972) S. 467-468

⁶³ Corden (1972) S. 467-468

⁶⁴ Vgl. El-Agraa (2004) S. 106

⁶⁵ Vgl. Mikić (1998) S. 458 und Corden (1972) S. 467-468

als negativ bezeichnen.⁶⁶ Corden betont, dass der Kostensenkungseffekt dem Handelsunterdrückungseffekt überlegen ist, sodass Skaleneffekte zu Nettogewinnen von der Gründung einer Zollunion führen würden. Des Weiteren schließt er, dass alle vier Effekte (inklusive Handelsschaffung und –umlenkung) eine Produktions- und Konsumkomponente haben.⁶⁷

Ein drittes Szenario ist möglich – erst nach der Gründung der Zollunion nimmt eins der beiden Mitgliedsstaaten, da seine Durchschnittskosten unter dem heimischen Preis gefallen sind, die Produktion des Gutes zum ersten Mal auf (z.B. Inland). Die Durchschnittskosten sind weiterhin höher als der Preis, den man für die Importe aus dem Rest der Welt zahlen müsste. In diesem Fall kommt ein Handelsunterdrückungseffekt im Inland zustande. In derselben Zeit kommt es zur Handelsumlenkung im Partnerland, da die teureren Importe aus *H* die günstigeren Importe aus *W* ersetzen.⁶⁸

b) Steigerung des Wettbewerbs. Eins der wichtigsten Aspekte der regionalen Handelsliberalisierung ist die Schaffung eines effektiveren Wettbewerbs im Rahmen der Zollunion. Der Hauptgrund dafür ist die Handelsliberalisierung im Zollgebiet, womit die Monopole und Oligopole im nationalen Markt dem Wettbewerb innerhalb der Zollunion ausgesetzt werden – die Unternehmen werden gezwungen ihre Produktivität zu steigern. Dank der Innovationen, die dadurch bewirkt werden, kommt es zu Preissenkungen und zur Ausweitung der Produktvielfalt.⁶⁹ Die Markterweiterung führt ferner zum Anstieg von Direktinvestitionen aus Drittländern, die das Potential des Integrationsgebietes nutzen möchten.

1.2.4 Terms-of-Trade-Effekte

In der bisherigen Analyse wurde davon ausgegangen, dass die Gründung einer Zollunion keine Auswirkung auf die Terms of Trade hat. Dies implizierte, dass die Länder zu „klein“ sind, um einen Einfluss auf den Weltpreis haben zu können. In Bezug auf die Gründung der EU sind diese Annahmen nicht mehr realistisch,

⁶⁶ Vgl. Pomfret (2001) S. 203 ff. und Ohr/Gruber (2001) S. 13

⁶⁷ Vgl. Corden (1972) S. 465 ff. und Pomfret (2001) S. 201 ff.

⁶⁸ Vgl. Corden (1972) S. 469

⁶⁹ Vgl. Ohr/Gruber (2001) S. 14 und McDonald (1994) S. 5

sowohl bezogen auf die Terms of Trade innerhalb der EU als auch im Verhältnis der EU-Staaten zu Nicht-Mitgliedern.⁷⁰

Wenn die Zollunion einen Einfluss auf die Terms of Trade mit Drittländern hat, sollte man die eventuelle Handelsumlenkung in den Mitgliedsstaaten, als negativen Wohlfahrtseffekt, mit den möglichen Verbesserungen der Terms of Trade korrigieren.⁷¹

Die Möglichkeit der Verbesserung der Terms of Trade wird also als Motivation für die Gründung einer Zollunion betrachtet. Dies gilt nur, wenn die zu gründende Zollunion groß genug ist. Aus Sicht der Terms of Trade ist die Bildung einer Zollunion gegenüber der unilateralen Zolllenkung überragen, da die letztere einen negativen Effekt auf die Terms of Trade eines Landes hat.⁷² Allgemein gilt, dass je größer die Zollunion ist, desto größer sind die Chancen für positive Terms-of-Trade-Effekte in den Mitgliedsstaaten (und für Verluste in den Ländern außerhalb der Union). Dies geschieht aufgrund der hohen Elastizität der Tauschkurve einer großen Zollunion – die Mitgliedstaaten der Zollunion werden nur dann Produkte aus Drittländern beziehen wollen, wenn deren relative Preise sinken würden. Mit anderen Worten ist die Tauschkurve der Rest der Welt umso unelastischer, je größer die Zollunion ist.⁷³

Einer der wichtigsten Beiträge zur Analyse der Terms-of-Trade-Effekte stammt von Robert Mundell.⁷⁴ Aus seiner Studie entstehen folgende Schlussfolgerungen:

- Eine diskriminierende Zolllenkung seitens eines Mitgliedsstaaten (*H*) verbessert die Terms of Trade des Partnerlandes (*P*) gegenüber dem Lande, das den Zoll reduziert hat und gegenüber dem Rest der Welt (*W*). Die Terms of Trade des Landes, das den Zoll gesenkt hat, könnten gegenüber Drittländern sinken oder steigen.
- Je größer die Zolllenkung in *H* ist, desto höher ist die Verbesserung der Terms of Trade von *P* – dies impliziert, dass der Gewinn vom Beitritt einer Freihandelszone (oder Zollunion) umso größer ausfällt, je höher der Zoll der Partnerländer in der Ausgangssituation war.

⁷⁰ Vgl. Neal/Barbezat (1998) S. 58-59 und El-Agraa (2004) S. 108

⁷¹ Vgl. Mikić (1998) S. 454

⁷² Vgl. Mikić (1998) S. 454-455

⁷³ Vgl. Mikić (1998) S. 455

⁷⁴ Vgl. Mundell (1968) S. 54 ff.

- Es besteht die Möglichkeit, dass sich die Terms of Trade eines Partnerlandes gegenüber Drittländern verschlechtern können.
- Nichtsdestotrotz besteht die Vermutung, dass die Terms of Trade beider Partnerländer sich gegenüber W verbessern. Diese Annahme fundiert auf der Tatsache, dass die Handelsbilanz der Zollunion als Ganzes sich verbessern muss, wobei die Handelsbilanz von W sich verschlechtern muss. Wenn z.B. die Terms of Trade von H aufgrund der Zolllenkung sich verschlechtern (bei konstanten Weltpreisen), so müssen sich die Terms of Trade in P verbessern.
- Es gibt zahlreiche Sets von Zolllenkungen, die die Terms of Trade der Mitgliedsstaaten verbessern müssen.
- Die oben genannten Annahmen gelten nur, wenn alle Güter in den nationalen Volkswirtschaften Substitute zu einander sind.

1.2.5 Zollunionen im Vergleich zu Freihandelszonen und Wirtschaftsunionen

Wie bereits erklärt, stellt die Theorie der Zollunion die Grundlage der Theorie der wirtschaftlichen Integration dar. In diesem Abschnitt werden die Freihandelszonen und die Wirtschaftsunionen kurz dargestellt. Dies ist für das Anliegen dieser Arbeit sinnvoll, da die Staaten des westlichen Balkans einer Freihandelszone zugehören (Mittleuropäisches Handelsabkommen – CEFTA) und die Mitgliedschaft in einer Zollunion bzw. in einer Wirtschaftsunion (EU) anstreben.

a) Freihandelszonen. Der wichtigste Unterschied einer Freihandelszone gegenüber einer Zollunion ist die unabhängige Zollpolitik jedes Mitgliedstaates gegenüber Drittländern (die Besonderheit der Zollunion besteht in der Erhebung eines gemeinsamen Außenzolls (CET) gegenüber Staaten, die der Zollunion nicht zugehören). Dies kann zu Handelsablenkung⁷⁵ (*trade deflection*) führen. Handelsablenkung kommt dann zustande, wenn die Importe eine Freihandelszone über den Mitgliedstaat mit dem niedrigsten CET betreten (Transportkosten und andere Kosten, die die Importe verteuern könnten, werden ausgeklammert). Unter der Voraussetzung konstanter Terms of Trade könnte die Handelsablenkung einen positiven Wohlfahrtseffekt in den Mitgliedstaaten haben, da sie die Handelsumlenkung minimieren würde. Falls Änderungen in den Terms

⁷⁵ Vgl. El-Agraa (2004) S. 113 und Mikić (1998) S. 459-460

of Trade zugelassen sind, dann würde die Handelsablenkung sowohl zur Senkung der Gewinne von Terms of Trade in den Mitgliedstaaten als auch zur Senkung der Verluste von Terms of Trade in Drittländern führen.⁷⁶

Neben der Handelsablenkung, könnte es in einer Freihandelszone auch zur Produktions- und zur Investitionsablenkung⁷⁷ kommen (*production and investment deflection*). Produktionsablenkung kommt vor, wenn Produzenten eines Gutes, das einen intermediären Input benötigt, diesen Input aus einem Land beziehen, das den niedrigsten Zollsatz für diesen Input vorweist. Die Produktionsablenkung wird einen negativen Wohlfahrtseffekt haben, da sie unabhängig vom komparativen Vorteil eines Landes die Ressourcen (ineffizient) alloziert. Dies könnte zu einer Änderung im Investitionsverhalten führen – die Investoren würden in Ländern mit dem niedrigsten Zoll auf importierte Inpute oder in Ländern mit den höchsten Zöllen auf Fertigprodukte investieren. Die Investitionsablenkung hat einen deutlichen negativen Wohlfahrtseffekt.

Die Produktions- und Investitionsablenkung werden mit den Ursprungsregeln der WTO vermieden. Die Ursprungsregeln, die typisch für die Freihandelszonen sind, haben einen ausgeprägten protektionistischen Charakter und sind eine der meistkritisierten Aspekte der Freihandelsabkommen, die die wirtschaftliche Ineffizienz der Freihandelszonen im Vergleich zur Zollunion vergrößern können.⁷⁸

Es gibt unterschiedliche Argumente für und gegen Zollunionen und Freihandelszonen.⁷⁹ An dieser Stelle wird nur auf zwei Thesen aufmerksam gemacht. Die erste lautet, dass Freihandelszonen nicht zum Anstieg der Zölle führen (in einer Zollunion könnte, wegen dem CET, ein Land gezwungen sein das Zollniveau zu erhöhen). Umgekehrt, könnte das dominante Land in einer Zollunion, das den niedrigsten Zollsatz verzeichnet, die anderen Mitgliedsstaaten zur Zollsenkung zwingen. Die zweite These bezieht sich auf die Unabhängigkeit der Handels- und Zollpolitik eines Landes. Demnach würde ein Mitgliedsland einer Freihandelszone flexible und reformreiche Handelspolitik führen können, wobei die Länder einer Zollunion von Interessengruppen und hohen Zöllen geprägt sein könnten.

⁷⁶ Vgl. Mikić (1998) S. 459

⁷⁷ Vgl. El-Agraa (2004) S. 113 und Mikić (1998) S. 459-460

⁷⁸ Vgl. Brenton/Manchin (2002) S. 11 ff.

⁷⁹ Vgl. Krugman/Obstfeld (2006) S. 306-307 und Mikić (1998) S. 460

b) Wirtschaftsunionen. Die Theorie der Zollunion benötigt mehrere Erweiterungen, um für Wirtschaftsunionen anwendbar zu sein.⁸⁰ Erstens, die Einführung der freien Faktormobilität in die Analyse, die zum effizienteren Einsatz der Faktoren führen könnte. Zweitens, die fiskalische Harmonisierung kann, wie die freie Faktormobilität, die Effizienz erhöhen, durch Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse und anderer Distorsionen (die negativen Effekte der letzteren werden mit finanzpolitischen Maßnahmen ausgeglichen). Drittens, die fiskalische und monetäre Integration kann zu Stabilität der Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten führen.

1.3 Die Auswirkungen und die Messung der wirtschaftlichen Integration

In diesem Unterkapitel werden die *ex post* und *ex ante* Methoden der Messung der wirtschaftlichen Integration dargestellt, die auf den statischen Effekten der Integration basieren. Die folgenden Unterkapitel fangen mit der Darstellung der jeweiligen Integrationseffekten an, und werden mit der Erörterung derer Messungsmethoden abgeschlossen (dies gilt jedoch nicht für die Zahlungsbilanzeffekten). Der Schwerpunkt wird auf die Messung der Handelseffekte, als Grundlage für die „Ableitung“ aller Effekte, gelegt – die Darstellung sowohl der Einkommens- und Wachstumseffekte als auch derer Messmethoden dient der Vollständigkeit der Analyse. Das Gravitationsmodell wird als Grundlage der *ex ante* Messung, als sinnvollste Methode für die Erörterung der Integrationseffekte des westlichen Balkans, ausführlicher dargestellt.

1.3.1 Handelseffekte

Im Mittelpunkt der Theorie der Zollunion steht die Auswirkung der wirtschaftlichen Integration auf den Handel. Die Handelsschaffung, -ablenkung und -umlenkung wurden in den vorigen Unterkapiteln bereits ausführlich erörtert. Ein Effekt, der bisher nicht dargestellt wurde, ist die Angebotsumlenkung (*supply-side diversion*).⁸¹ Man redet von Angebotsumlenkung, wenn nach der wirtschaftlichen Integration, erhöhte Exporte eines Gutes in die Mitgliedstaaten wegen einer Beschränkung auf der Angebotsseite (Kapazitätsknappheit) zu

⁸⁰ Vgl. El-Agraa (2004) S. 114-115

⁸¹ Vgl. El-Agraa (2004) S. 114-115

reduzierten Exporten des Gutes in Drittländer führen. Dieser Effekt hat nur eine Kurzfristige Auswirkung, da sich die Produzenten schnell an die erhöhte Nachfrage anpassen können.

Alle bisher dargestellten Handelseffekte können nur dann gemessen werden, wenn das Import- oder Exportniveau mit Sicherheit festgestellt werden kann, ohne dass die wirtschaftliche Integration stattgefunden hat. Da dies unmöglich ist, müssen die Handelsniveaus geschätzt werden.⁸²

Die Basis für die Quantifizierung der Effekte der wirtschaftlichen Integration ist die Messung der Handelseffekte. Es gibt zwei Gruppen von Studien. Die erste Gruppe von Methoden sind die *ex ante* Methoden,⁸³ die versuchen die Integrationseffekte im Voraus festzustellen. Diese Methoden werden bei künftigen Integrationen oder bei existierenden Integrationen, denen eine Erweiterung bevorsteht, verwendet. Der Einfluss der Zolllenkung auf das Einkommen ist stark von den Angebots- und Nachfrageelastizitäten abhängig. Die zweite Gruppe von Methoden sind die *ex post* Methoden,⁸⁴ und sind verständlicherweise unproblematischer. Sie werden bei der Messung der Effekte bereits bestehender Formen der wirtschaftlichen Integration verwendet.

Es sind drei Vorgehensweisen in der Schaffung des so genannten *anti-monde* (ein hypothetisches Handelsmuster, das entsteht, wenn keine Integration zustande kommen würde), zu verzeichnen: residuale Modelle, ökonometrische Modelle und Allgemeines Rechenbares Gleichgewichtsmodell (CGE-Modelle).

a) Residuale Modelle. In diesen Modellen werden hypothetische Handelsströme von existierenden Handelsströmen „abgeleitet“, woraufhin die verschiedenen wirtschaftlichen Variablen geschätzt werden. Der Integrationseffekt ergibt sich dann als Differenz zwischen den hypothetischen und den tatsächlichen (existierenden) Handelsströmen.

Die einfachste Variante der residualen Modelle ist die einfache Extrapolation – die Importe aus den Partnerländern würden nach der Integration weiter steigen wie zuvor, wenn die Integration nicht zustande gekommen wäre. Die Differenz zwischen dieser Zahl und den tatsächlichen Importen würde dann den Integrationseffekt darstellen. Andere Untervarianten sind die Extrapolation von

⁸² Vgl. Grimwade (2004) S. 119

⁸³ Vgl. Mikić (1998) S. 467

⁸⁴ Vgl. Mikić (1998) S. 467-468

Importanteilen (intra- und interregionale Importanteile im Vergleich zum gesamten Import) und die Extrapolation von Importanteilen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das größte Problem dieser Methoden ist die Annahme, dass der Importtrend der vorigen Jahre sich fortsetzen würde. Außerdem ist der Trend, der in die Zukunft extrapoliert werden soll, stark von der ausgewählten Periode abhängig.

Eine andere Lösung, um die Handelsschaffung und -umlenkung messen zu können, wurde von Balassa vorgeschlagen.⁸⁵ Seine Methode basiert auf der Berechnung der *ex post* Einkommenselastizität der Importnachfrage (die durchschnittliche jährliche Änderungsrate der Importe geteilt durch die durchschnittliche jährliche Änderungsrate des BIP).

b) Ökonometrische Modelle. Die ökonometrischen Modelle⁸⁶ inkorporieren alle Determinanten der Handelsströme (Änderungen in den relativen Preisen, Faktoren auf der Angebots- und Nachfrageseite und multilaterale Handelsliberalisierung) und sind deswegen für die *ex ante* Analyse sehr wichtig. Die Effekte der europäischen Integration wurden mit Gravitationsmodellen und analytischen Modellen gemessen.

Das Gravitationsmodell, auf das im zweiten Kapitel dieser Arbeit eingegangen wird, erklärt die bilateralen Handelsströme zwischen Ländern mit Variablen des Importeurs und des Exporteurs. Eine der wichtigsten Anwendungen des Gravitationsmodells ist die Kalkulation der Handelspotentiale. Auf diese Weise kann der Grad der regionalen Integration geschätzt werden.⁸⁷ Die wichtigsten Variablen, die in einer konventionellen Gravitationsgleichung angewandt werden, sind: das BIP beider Länder, die Bevölkerungszahl und die Entfernung zwischen den Ländern.

Das BIP des Importeurs und des Exporteurs wird die Handelsströme positiv beeinflussen. Die Anzahl der Bevölkerung des Importeurs wird ebenfalls zu einer erhöhten Nachfrage beitragen. Die Anzahl der Bevölkerung des Exporteurs steht jedoch in einem negativen Zusammenhang mit dem Exportvolumen (je größer ein Land ist, desto ausgeprägter ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit dieses

⁸⁵ Vgl. Balassa (1967) S. 7 ff.

⁸⁶ Vgl. Grimwade (2004) S. 126 ff.

⁸⁷ Vgl. Damijan et al. (2006) S. 14

Landes). Die Entfernung hat einen negativen Einfluss auf das Volumen der Handelsströme.

Es sind auch Studien zu verzeichnen (z.B. Frankel), die ein Gravitationsmodell verwenden, das den Einfluss der regionalen Handelsabkommen in das Modell einführt.⁸⁸ Frankel verwendet die Methode der kleinsten Quadrate (OLS), um die Gravitationsgleichung zu schätzen. Die gesamten bilateralen Exporte und Importe werden als abhängige Variablen verwendet, wobei das BIP, das BIP-pro-Kopf, die Entfernung, die Nachbarschaft, die Sprache und die Mitgliedschaft in einem regionalen Handelsabkommen als unabhängige Variablen eingesetzt werden.

Mit Hilfe dieser Modelle kann ein Großteil der Handelsströme erklärt werden. Die größte Kritik an diesen Modellen ist die Vernachlässigung der Preise und der realen Wechselkurse als Variablen.⁸⁹

c) CGE-Modelle. Die ökonometrischen Modelle beziehen sich auf die partielle Analyse. Um die Auswirkung der Zollsenkung oder –abschaffung auf die gesamte Volkswirtschaft oder der anderen Handelspartner messen zu können, muss ein Modell des gesamten Gleichgewichts implementiert werden. Ein CGE-Modell legt die Bedingungen fest, die erfüllt werden müssen, sodass alle Märkte und Länder im Gleichgewicht sind. Auf diese Weise können dann die Effekte einer Zollsenkung als externer Schock näher untersucht werden. Diese Modelle sind relativ neu und sehr kompliziert. Die CGE-Modelle bestehen aus zwei Schritten. Im ersten wird ein Basisjahr festgelegt, mit Schätzung der Gleichung, woraufhin im zweiten Schritt das Modell diversen externen Schocks unterworfen wird.⁹⁰

1.3.2 Zahlungsbilanzeffekte

Der Zahlungsbilanzeffekt hängt eng mit dem Handelseffekt zusammen. Die wirtschaftliche Integration kann einen positiven (wenn die Exporte sich im Vergleich zu den Importen vergrößern) oder einen negativen Effekt (wenn sich die Importe gegenüber den Exporten vergrößern) auf die Zahlungsbilanz einer Volkswirtschaft haben.

⁸⁸ Vgl. Frankel (1997) S. 49 ff.

⁸⁹ Vgl. Grimwade (2004) S. 129

⁹⁰ Vgl. Grimwade (2004) S. 130 ff.

Eine Maßnahme,⁹¹ die einen negativen Zahlungsbilanzeffekt ausgleichen bzw. beseitigen könnte, ist die Senkung des realen Wechselkurses einer Volkswirtschaft. Ein Land kann eine reale Wechselkursenkung mit der Senkung des nominalen Wechselkurses oder mit Hilfe einer Reduktion des Preisniveaus im Vergleich zum Rest der Welt bewirken. Bei einem freien Wechselkurs wird der Nominalsatz, im Zuge der Verschlechterung der Zahlungsbilanz, sinken (dies gilt nicht im Fall eines großen Zuflusses von Kapital, der eine große Nachfrage nach der Inlandswährung auf ausländische Devisenmärkte herbeiführt). Die zweite Möglichkeit, die Senkung des Preisniveaus, könnte problematischer verlaufen, falls die Preise nicht schnell genug auf eine restriktive monetäre und fiskalische Politik reagieren. Wenn der Zahlungsbilanzdefizit mit Hilfe des nominalen Wechselkurses beseitigt werden soll, kann es zur Verschlechterung der Terms of Trade kommen; wenn die inländische Deflation als Maßnahme im Mittelpunkt steht, könnte es zu Verlusten in der Produktion und zu Beschäftigungsrückgängen kommen. Die oben beschriebenen Maßnahmen, die den Zahlungsbilanzeffekt beseitigen sollen, sind sehr schwer zu messen, da bei der potentiellen Analyse unklar bleiben würde, ob diese Maßnahmen wegen der wirtschaftlichen Integration oder wegen externer Einflüsse zustande gekommen sind.

1.3.3 Einkommenseffekte

Die Handelseffekte können unterschiedliche Auswirkungen auf die Wohlfahrt einer Volkswirtschaft haben. Die allgemeine Annahme ist, dass Handelsschaffung wohlfahrtssteigernd und Handelsumlenkung wohlfahrtssenkend ist. Wenn man jedoch die Länder einer Zollunion betrachtet, wird die Handelsumlenkung das reale Einkommen der exportierenden Staaten steigern, wobei die Wohlfahrt der importierenden Staaten sinken wird.⁹² Eine exakte Schätzung dieser Effekte bleibt jedoch aus.

Eine Möglichkeit die Einkommenseffekte zu schätzen bietet die traditionelle Zollunionstheorie.⁹³ Die durch die Zollabschaffung bewirkte Wohlfahrt, wenn die Handelsschaffung bekannt ist, ergibt sich als Produkt des Volumens des neu generierten Handels und der Hälfte der Zollsenkung. Der Verlust von der Handelsumlenkung ist der Wert des umgeleiteten Handels multipliziert mit der

⁹¹ Vgl. Grimwade (2004) S. 120

⁹² Vgl. Grimwade (2004) S. 119

⁹³ Vgl. Grimwade (2004) S. 136-138

Differenz zwischen EU- und Weltpreisen. Die Messung der durch Handel bewirkten Wohlfahrtsgewinne fällt klein aus, wenn sie als Prozent des BIP gemessen wird, da der Handel nur einen kleinen Anteil des BIP darstellt.

Viele Studien belegen, dass der Wohlfahrtsgewinn aus der wirtschaftlichen Integration innerhalb der EU (überwiegend) als intraindustrielle Spezialisierung stattfindet – die Handelsschaffung manifestiert sich häufiger in Form von intraindustrieller Spezialisierung als in Form von interindustrieller Spezialisierung.⁹⁴ Die Konsumentenwohlfahrt steigt durch die Ausweitung der Auswahl der Produkte. Außerdem steigt der Nutzen, dank der erhöhten Möglichkeiten der Nutzung verschiedener Varianten desselben Produkts. Manche Aspekte der intraindustriellen Spezialisierung, die für die Konsumenten wohlfahrtssteigernd sind, können mit den Methoden, die auf der Zollsenkung basieren, nicht gemessen werden – dank der intraindustriellen Spezialisierung können die Produzenten die Durchschnittskosten senken, der Wettbewerb würde steigen und das reale Einkommen der Konsumenten würde sich wegen der sinkenden Preise erhöhen.⁹⁵

Die umfassendste Studie, die das Potential eines gemeinsamen europäischen Marktes schätzt, ist die Studie von Cecchini, der so genannte „Cecchini-Bericht.“ Diese Studie schätzt die Wohlfahrtssteigerung, die nach der Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmnisse, zustande kommen würde.⁹⁶ Der Cecchini-Bericht umfasst sowohl die statischen (Handelsschaffung und –umlenkung) als auch die dynamischen Wohlfahrtseffekte (Skaleneffekte und erhöhter Wettbewerb). Das Ergebnis dieser Studie, unter der Annahme einer aktiven makroökonomischen Politik, ist ein Anstieg des BIP um 7% in einem Zeitraum von fünf bis sechs Jahren.⁹⁷

1.3.4 Wachstumseffekte

Die Erörterung des Zusammenhangs zwischen dem Wachstum des BIP und der Handelsliberalisierung hängt von dem in der Analyse angewandten Wachstumsmodell ab.

⁹⁴ Vgl. Pelkmans (2001) S. 104

⁹⁵ Vgl. Grimwade (2004) S. 137

⁹⁶ Vgl. Cecchini (1988) S. 111 ff.

⁹⁷ Vgl. Cecchini (1988) S. 131 ff. und McDonald (1994) S. 24 ff.

In der neoklassischen Wachstumstheorie⁹⁸ könnte die Integration ein Wachstum durch einen Anstieg der Akkumulationsrate des Kapitals bewirken. Bei einem festen Kapital-Output-Verhältnis und bei steigenden Investitionen, dank der Integration, wird das Output schneller wachsen, was wiederum zum Anstieg der Ersparnisse führen würde. Diese Ersparnisse können dann erneut investiert werden. Die Grenzproduktivität des Kapitals (bei konstantem Arbeitsangebot) würde im Laufe der Zeit jedoch sinken, womit auch die Investitionen abnehmen würden. Wenn die Kapitalakkumulation den Nullwert erreicht, werden auch die Wachstumsraten sinken bis sie das Ursprungniveau erreicht haben. Dies ist in der neoklassischen Wachstumstheorie als „*steady state*“ bekannt. Viele Länder haben einen solchen Aufschwung ihrer Volkswirtschaften im Zuge der Integration in die EU erlebt.⁹⁹

In der neuen Wachstumstheorie¹⁰⁰ wird die Kapitalakkumulation als endogene Variable betrachtet, sodass ein permanentes Wachstum möglich wäre. Kapitalakkumulation wird als Investition in physisches Kapital, in Human- und in Wissenskapital verstanden. Die Investitionen in Wissen ermöglichen technologische *Spill-Over-Effekte*, welche die potentiellen abnehmenden Erträge ausgleichen würden. Auf diese Weise könnte die Integration zur kontinuierlichen Akkumulierung des Wissenskapitals führen, womit ein nachhaltiges Wachstum gewährleistet werden könnte.¹⁰¹

Mehrere Studien unterschiedlicher Ökonomen haben versucht die Wachstumseffekte der wirtschaftlichen Integration zu quantifizieren. Balassa schätzte, dass die Gründung der EU zu einem Anstieg des BIP eines Landes von 1%, als Folge des Anstiegs der Investitionen und des Sparens, führen würde. Somit würde die Wachstumsrate um 0,05% steigen.¹⁰²

Baldwins Studie¹⁰³ belegte ebenfalls, dass die wirtschaftliche Integration zu einer erhöhten Wachstumsrate der Mitgliedstaaten führen würde. Er unterscheidet zwischen mittel- und langfristigen Wachstumseffekten der Integration. Die mittelfristigen Wachstumseffekte kommen dank höherer Einkommen (bei höherer Effizienz verursacht von der Integration), die die Ersparnisse und Investitionen

⁹⁸ Vgl. Bertola (1999) S. 278 ff.

⁹⁹ Vgl. Grimwade (2004) S. 121

¹⁰⁰ Vgl. Sengupta (1998) S. 3 ff.

¹⁰¹ Vgl. Grimwade (2004) S. 121

¹⁰² Vgl. Balassa (1974) s. 93 ff. und Grimwade (2004) S. 139

¹⁰³ Vgl. Baldwin (1989) S. 247 ff. und Grimwade (2004) S. 139-140

ankurbeln, zustande. Der langfristige Wachstumseffekt zeichnet sich als erhöhte Investitionsrate aus, die für neue Investitionszuwächse in anderen Teilen der Volkswirtschaft sorgt. Baldwin schätzte einen Anstieg des BIP zwischen 3,5% und 9% im neoklassischen Wachstumsmodell¹⁰⁴ (entspricht etwa den Ergebnissen des Cecchini-Berichts). Bei der Anwendung des endogenen Wachstumsmodells berechnete Baldwin einen Anstieg des BIP zwischen 11% und 35%.¹⁰⁵

¹⁰⁴ Vgl. Baldwin (1989) S. 265

¹⁰⁵ Vgl. Baldwin (1989) S. 269

2. Die wirtschaftliche Integration des westlichen Balkans

2.1 Die wirtschaftliche Leistung der Region

Die wirtschaftlichen Eckdaten der WB-Staaten werden in diesem Unterkapitel präsentiert, wobei zu beachten ist, dass der Handel als wichtigste Determinante der wirtschaftlichen Integration für die Darstellung im Unterkapitel 2.2 vorgesehen ist. Im gesamten zweiten Kapitel wird durchgehend ein Vergleich zu den wirtschaftlichen Leistungen der neuen EU-Mitgliedsstaaten (Rumänien und Bulgarien, die im Jahr 2007 der EU beigetreten sind) ausgeführt, um auf die Unterschiede aufmerksam zu machen, zumal der Beitritt der WB-Staaten zur EU lediglich eine Erweiterung der Union um die Größe der rumänischen Volkswirtschaft bedeuten würde. Dieser Vergleich ist besonders wichtig für die politische Bewertung des Erweiterungs- und Beitrittsprozesses, die im dritten Kapitel dieser Arbeit stattfindet.

2.1.1 Die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren

Nach dem Fall des Kommunismus in den ehemaligen Ostblockstaaten fiel die Produktion auf ein sehr niedriges Niveau – der Wiederaufbau fing also bei einem sehr bescheidenen Niveau der wirtschaftlichen Leistung an. Sogar heute basieren die hohen Wachstumsraten einzelner Länder auf dem Unterschied zwischen der prekären wirtschaftlichen Lage am Anfang des Transformationsprozesses und der heutigen wirtschaftlichen Lage – manche Länder konnten das Niveau des Outputs von der Zeit vor 1990 bis zum Jahre 2004 nicht erreichen, wie z.B. Kroatien, Mazedonien, Serbien und Montenegro.¹⁰⁶ Die einzige Ausnahme ist Albanien, dessen BIP im Jahr 2004 um 30% höher als das Output im Jahr 1989 war.¹⁰⁷

Der westliche Balkan umfasst eine Fläche von ca. 264 000 km², bei einer Bevölkerungszahl von 24,5 Millionen. Tabelle 1 bietet einen Überblick über das BIP und die geografischen Eckdaten der jeweiligen Länder (die Daten über Rumänien und Bulgarien dienen nur zum Vergleich). Was sofort auffällt ist die Tatsache, dass im Jahr 2008 das BIP, gemessen in Kaufkraftparität (KKP), in Rumänien höher war als das gesamte BIP der WB-Staaten.

¹⁰⁶ Vgl. Inotai (2007) S. 48 ff.

¹⁰⁷ Vgl. Inotai (2007) S. 51

Tabelle 1: Die Staaten des westlichen Balkans im Vergleich (2008)

Land	Fläche in Tausend km ²	Bevölkerung in Millionen	BIP (in KKP) in Milliarden Dollar	BIP-Pro- Kopf in Dollar
Albanien	28,8	3,2	21,86	6831,0
Bosnien und Herzegowina	51,1	4,1	30,44	7424,3
Kosovo	10,9	2,1	5,3	2523,8
Kroatien	56,5	4,4	82,40	18727,3
Mazedonien	25,7	2,1	18,83	8966,7
Montenegro	14,0	0,6	6,95	11583,3
Serbien	77,3	8,0	79,80	9975,0
Westlicher Balkan	264,3	24,5	245,58	9433,0
Rumänien	238,4	22,4	270,77	12087,9
Bulgarien	110,9	8,0	93,73	11716,3

Quelle: in Anlehnung an Inotai (2007) und IMF (2009)

Das Wachstum im westlichen Balkan betrug im Jahr 2007 noch 7% und verzeichnete einen Fall in der zweiten Hälfte von 2008. Die hohe Wirtschaftsaktivität wurde von der starken heimischen Nachfrage bei steigenden Löhnen und der hohen Kreditvergabe angetrieben.¹⁰⁸ Kroatien profitierte am meisten in dieser Periode vom Dienstleistungssektor (Finanzen, Telekommunikationen und Tourismus) und vom Handel. Die positiven Entwicklungen sind in Montenegro besonders dem Tourismus zu verdanken, während Mazedonien (bei schwächender Agrarproduktion) und Albanien sich überwiegend auf die intensiven Bauaktivitäten stützten. Die Stahlproduktion in Serbien sank, jedoch verzeichnete die nahrungsmittelverarbeitende Industrie gute Ergebnisse. Symptomatisch für die ganze Region ist die schwache industrielle Produktion.¹⁰⁹ Die niedrigsten Wachstumsraten im Zeitraum von 2000 bis 2007 verzeichnete Mazedonien und die höchsten Wachstumsraten waren in Montenegro zu beobachten. Die Wachstumsraten in Kroatien waren relativ hoch und stabil, bei einem Jahresniveau von ca. 4% bis 5%.

Die allgemeine Konvergenz der Volkswirtschaften der WB-Staaten mit der EU variiert von Land zu Land. Das BIP (gemessen in KKP) der Beitrittskandidaten aus der Region, lag in Kroatien im Jahr 2008 bei 63% des EU-Durchschnitts, und in Mazedonien bei nur 32%. Zum Vergleich liegen diese Werte in Bulgarien und Rumänien bei jeweils 40% und 45%.¹¹⁰ Im Vergleich zu anderen Ländern und Regionen sind die WB-Staaten politisch und ökonomisch stark von der EU abhängig. Dies könnte dazu beitragen, dass im Fall des westlichen Balkans die

¹⁰⁸ Vgl. European Commission (2009a) S. 4

¹⁰⁹ Vgl. European Commission (2009a) S. 4-5

¹¹⁰ Vgl. EUROSTAT (2009a) o.S.

Integration vor der Konvergenz erfolgen könnte, im Gegensatz zur üblichen Vorgehensweise, in der die Konvergenz als Voraussetzung für die Integration betrachtet wird.¹¹¹

Eins der größten wirtschaftlichen Herausforderungen der Region ist die hohe Arbeitslosenquote. Das Kosovo verzeichnet im dritten Quartal von 2008 eine Arbeitslosenquote von 43%, Bosnien und Herzegowina von 38,7% und Mazedonien von 33,8%.¹¹² Die Arbeitslosenquoten differieren erheblich zwischen den Regionen, besonders im Vergleich Hauptstadt – Peripherie. Von 2000 bis 2007 blieb die Arbeitslosenquote in der Region hoch. Zurzeit ist jedoch ein geringer Rückgang der Arbeitslosenquoten zu beobachten.

Die Inflation verzeichnete ebenfalls einen Zuwachs im Jahr 2007 und Anfang 2008, sank jedoch in der zweiten Hälfte des Jahres.¹¹³ Dieser Anstieg resultierte aus dem Anstieg der Produkt- und Ölpreise auf den Weltmärkten. Die Durchschnittsrate der Inflation im westlichen Balkan lag im dritten Quartal von 2008 bei 8,5%.¹¹⁴ Der allgemeine Trend der Inflation ist sehr stabil, da die anti-inflationäre monetäre Politik in allen Ländern Priorität hat.¹¹⁵ Die einzige Ausnahme ist Serbien mit einer Inflationsrate von 12,8% im Jahr 2008. Im Zeitraum von 2000 bis 2007 verlief die Inflationsrate in allen WB-Staaten relativ stabil, mit Ausnahme von Montenegro und Serbien.

Die WB-Staaten haben feste Wechselkurse bzw. Wechselkurse mit kleinen Schwankungen. Montenegro und Kosovo haben den Euro als Währung eingeführt und Bosnien und Herzegowina haben einen *Currency-Board*. Mazedonien hat eine stark am Euro gebundene Währung; in Kroatien sind leichte Schwankungen zum Euro erlaubt. Serbien hatte im Laufe der Zeit eine inkonsistente Wechselkurspolitik. Momentan experimentiert das Land mit direkter Inflationssteuerung (*inflation targeting*).¹¹⁶

Die Terms of Trade hatten eine positive Entwicklung nur in Serbien, Montenegro und Kroatien. Sie stiegen im Zeitraum von 2001 bis 2007 im Durchschnitt um 1,3% in Montenegro und Serbien, und um 1% in Kroatien. Die Terms of Trade in Albanien verschlechterten sich um 2,7%, und um 1,1% in Mazedonien. In

¹¹¹ Vgl. Gligorov et al. (2003) S. 29 ff.

¹¹² Vgl. European Commission (2009a) S. 5

¹¹³ Vgl. European Commission (2009a) S. 6

¹¹⁴ Vgl. European Commission (2009a) S. 6

¹¹⁵ Vgl. Inotai (2007) S. 55

¹¹⁶ Vgl. Gligorov (2008) S. 14

Bosnien und Herzegowina gab es keine großen Schwankungen der Terms of Trade.¹¹⁷

In der folgenden Tabelle werden die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren seit dem Jahr 2000 noch einmal zusammengefasst und erweitert. Die Daten für den Zeitraum von 2000-2005 werden als Durchschnittswert dargestellt. Die Daten für das Jahr 2008 werden in der Tabelle nicht dargestellt, da sie unvollständig sind und teilweise auf Schätzungen basieren.¹¹⁸

Tabelle 2: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren

Land	Wachstum des realen BIP in %			Inflation in %			Arbeitslosigkeit in %		
	2000 bis 2005	2006	2007	2000 bis 2005	2006	2007	2000 bis 2005	2006	2007
	Albanien	6,0	5,4	6,0	2,7	2,4	2,9	15,5	13,8
Bosnien und Herzegowina	4,8	6,7	6,8	2,2	6,1	4,9	41,4	31,1	29,0
Kroatien	4,3	4,7	5,5	2,9	3,2	2,9	14,7	11,1	9,6
Mazedonien	2,0	4,0	5,9	2,4	3,2	8,3	34,3	36,0	35,0
Montenegro	2,9	8,6	10,7	24,5	3,0	7,4	23,7	29,6	19,3
Serbien	5,5	5,5	6,9	36,6	12,7	11,7	16,1	21,0	18,3
Kosovo ¹¹⁹	-	-	-	-	-	-	48,9	44,9	43,6
Westlicher Balkan	4,3	6,3	7,0	11,9	5,1	6,4	27,8	26,8	24,1
Rumänien	5,1	7,9	6,0	23,7	6,9	4,8	7,3	5,1	4,1
Bulgarien	5,3	6,3	6,2	6,1	7,3	8,4	14,5	8,4	6,2

Quelle: in Anlehnung an EBRD (2006, 2009), EUROSTAT (2009b) und European Commission (2009a)

2.1.2 Direktinvestitionen

Die Fähigkeit einer Volkswirtschaft Direktinvestitionen (DI) anzuziehen ist ein äußerst wichtiger Aspekt, da die DI einerseits das Wachstum ankurbeln und andererseits zum Anstieg der Exporte führen können.¹²⁰ Die DI sind nicht nur für das Finanzieren der großen Handelsbilanzdefizite wichtig, sondern stellen auch eine wichtige Quelle der *Spillover-Effekte* dar (vom klassischen Technologietransfer, über die Förderung der Produktivität, bis zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und dem Zugang ausländischer Produzenten zu den

¹¹⁷ Vgl. Kathuria (2008) S. 11

¹¹⁸ Siehe hierzu: European Commission (2009a) S. 51 ff.

¹¹⁹ Im Zeitraum von 2000 bis 2005 werden Kosovos Daten im Rahmen der serbischen Daten zusammengefasst (außer der Arbeitslosigkeit)

¹²⁰ Vgl. Stanišić (2008) S. 30 ff.

Weltmärkten).¹²¹ Außerdem integrieren die DI die Volkswirtschaften in das globale Produktions- und Dienstleistungsnetz.¹²²

Die DI fördern ebenfalls die heimische Kapitalbildung einer Volkswirtschaft. Dabei ist wichtig zu betonen, dass man unter dem Begriff DI nicht nur Investitionen in neue Kapazitäten („*greenfield*“) versteht, die zu einem sofortigen Anstieg der Kapitalbildung führen können, sondern auch die Akquisitionen heimischer seitens ausländischer Unternehmen, deren Einfluss auf die heimische Kapitalbildung indirekt und verzögert ist. Die DI steigern die Produktivität der privatisierten und erworbenen Unternehmen, dank des internationalen Technologietransfers.¹²³ Die gängigste Form der DI, ist die zweite – die Übernahme existierender Unternehmen von ausländischen, zumal die DI in den WB-Staaten überwiegend mit dem Privatisierungsprozess der staatseigenen Unternehmen verbunden sind.¹²⁴ Ein weiterer Nachteil ist, dass DI nicht (oder nur gering) in Exportsektoren zu verzeichnen sind.¹²⁵

Die private Kapitalbildung ist in den Ländern des westlichen Balkans ausgeprägter, denen es gelungen ist mehr DI anzuziehen. Die DI verzeichneten im Zeitraum von 2002 bis 2008 einen stetigen Zuwachs. Montenegro schaffte es in diesem Zeitraum die höchsten DI der Region anzuziehen, gemessen am Anteil des BIP, sodass die private Kapitalbildung um 13% angestiegen ist.¹²⁶ Albanien wiederum ist das Gegenbeispiel, das beweist, dass ein niedriges Niveau an DI zur unbeachtlichen, gar negativen, privaten Kapitalbildung führen kann. In Tabelle 3 werden die DI in den WB-Staaten (als Prozent des BIP) dargestellt.

Tabelle 3: Direktinvestitionen im westlichen Balkan als % des BIP

Land/Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Q3 2008
Albanien	3,0	3,1	4,5	3,2	3,4	5,8	5,7
Bosnien und Herzegowina	4,3	4,6	7,0	5,7	5,8	13,8	k.A.
Kosovo	0,4	0,7	0,7	2,7	7,7	9,2	k.A.
Kroatien	2,3	6,4	2,1	3,9	7,5	9,3	7,0
Mazedonien	2,1	2,4	6,0	1,6	6,8	4,3	8,2
Montenegro	6,6	2,6	3,0	21,0	21,7	18,7	17,3
Serbien	3,0	6,1	3,9	5,9	13,5	5,9	k.A.
Westlicher Balkan	3,1	3,7	4,7	6,3	9,5	9,6	/

Quelle: in Anlehnung an European Commission (2009a)

¹²¹ Vgl. Grupe/Kušić (2005) S. 15

¹²² Vgl. Inotai (2007) S. 127

¹²³ Vgl. Stanišić (2008) S. 30

¹²⁴ Vgl. European Commission (2009a) S. 37

¹²⁵ Vgl. Gligorov (2008) S. 7

¹²⁶ Vgl. European Commission (2009a) S. 37

Die DI sind in den letzten Jahren überwiegend in den Dienstleistungssektor, insbesondere in den Finanzsektor, in die Telekommunikations-, Energie- und Wasserversorgungsunternehmen geflossen (über 80% des Banksektors der WB-Staaten befinden sich im Eigentum ausländischer Besitzer).¹²⁷

Das größte Problem in Bezug auf die DI sind die fehlenden Investitionen in neuen Kapazitäten, was bedeutet, dass nur ein Bruchteil der DI direkt zum Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen beigetragen hat. Ein Großteil der DI in den WB-Staaten ist aus den Nachbarstaaten gekommen, die bereits zur EU gehören (wie z.B. in Mazedonien, wo Griechenland einer der wichtigsten Investoren ist) oder von großen europäischen Unternehmen, die die gesamte Region als einen Markt betrachten.¹²⁸

Der positive Einfluss der DI auf das Wirtschaftswachstum wird von Stanišić in Frage gestellt.¹²⁹ Stanišić hat die Korrelation zwischen dem Zustrom von DI und dem Wirtschaftswachstum untersucht. In seinem Modell betrachtet er alle WB-Staaten (Kosovo war damals noch Teil Serbien-Montenegros) sowie Rumänien und Bulgarien im Zeitraum von 1997 bis 2005 und verwendet dabei den Pearson-Korrelationskoeffizienten (nimmt die Werte von -1 bis +1 an, wobei bei einem Wert von +1 z.B. ein vollständig positiver linearer Zusammenhang zwischen den statistischen Merkmalen besteht¹³⁰). Wissend, dass die DI einen verzögerten Effekt auf das Wachstum haben, betrachtete er die DI-Zuströme eines Jahres und verglich diese mit dem Wachstum des folgenden Jahres. Die Ergebnisse seiner Studie sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Tabelle 4: Pearson-Koeffizient und Bestimmtheitsmaß (1997-2005)

Land	Pearson-Koeffizient	Bestimmtheitsmaß
Albanien	-0,584	0,341
Bosnien und Herzegowina	0,101	0,010
Kosovo	0,784	0,615
Kroatien	0,495	0,245
Mazedonien	-0,385	0,148
Montenegro	0,280	0,078
Serbien	0,394	0,155

Quelle: in Anlehnung an Stanišić (2008)

¹²⁷ Vgl. European Commission (2009a) S. 39 und Inotai (2007) S. 134

¹²⁸ Vgl. European Commission (2009a) S. 39

¹²⁹ Vgl. Stanišić (2008) S. 34 ff.

¹³⁰ Vgl. Schira (2003) S. 90 ff.

Stanišić stellt fest, dass das Bestimmtheitsmaß von Land zu Land stark variiert, womit kein signifikanter statistischer Zusammenhang zwischen dem DI-Zufluss und dem Wachstum zu beobachten ist. Er erweitert seine Studie und vergleicht im zweiten Durchgang das Wachstum mit dem Pro-Kopf-Zufluss der Direktinvestitionen. Im dritten Durchgang vergleicht er die Korrelation zwischen dem Anteil der DI am BIP mit den Wachstumsraten. In allen drei Fällen ist kein signifikanter Zusammenhang zwischen den Wachstumsraten und den DI zu verzeichnen.

Trotz der kontroversen Studie von Stanišić, bleibt die Tatsache bestehen, dass die DI ein wichtiger Bestandteil des gesamten Integrationsprozesses der WB-Staaten sind, der maßgeblich zur Ausbaue der Produktions- und Exportpotentiale dieser Region beiträgt. Ein Argument, das erklärt wieso die Korrelation zwischen den DI und dem Wirtschaftswachstum im westlichen Balkan nicht vorhanden ist, liegt im Transitionsprozess selbst – wegen der Strukturreformen in den heimischen ineffizienten Unternehmen findet ein Rückgang des Outputs und der Beschäftigung statt, sodass die eventuellen positiven Effekte der DI auf das Wachstum neutralisiert oder sogar rückgängig gemacht werden.¹³¹

2.1.3 Zahlungsbilanz

Die Handels- und Leistungsbilanzdefizite der WB-Staaten verzeichnen seit Anfang 2000 bis zum Anfang der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008 einen stetigen Zuwachs.

Die hohen Leistungsbilanzdefizite kommen wegen des Konvergenzprozesses der Balkanländer mit der EU und der erhöhten Öffnung der Volkswirtschaften zum Weltmarkt zustande. Diese Tendenzen könnten mit der Steigerung der Produktivität und des Exportvolumens ausgeglichen werden, die nur von Strukturreformen und institutionellen Reformen hervorgebracht werden können.¹³² Das Leistungsbilanzdefizit lag im Jahr 2000 bei 4,1%, während dieser Wert im Jahre 2008 bei ca. 13% lag.¹³³ Paradoxiertweise ist das Leistungsbilanzdefizit besonders in den WB-Staaten am meisten angestiegen, in denen die Finanzpolitik besonders straff war.¹³⁴ Die gestiegenen Öl- und

¹³¹ Vgl. Stanišić (2008) S. 38

¹³² Vgl. Kathuria (2008) S. 10

¹³³ Vgl. European Commission (2009a) S. 48 ff. und Kathuria (2008) S. 13

¹³⁴ Vgl. Kathuria (2008) S. 13

Erdgaspreise haben das regionale Leistungsdefizit um ca. 2,5 Prozentpunkte, gemessen am Anteil des BIP, steigen lassen (im Zeitraum von 2000 bis 2008).¹³⁵ Diese negativen Schocks auf die Terms of Trade wurden teilweise von den gestiegenen Preisen der Exporte der WB-Staaten ausgeglichen (wie z.B. die Preise für Metalle und Elektrizität, insbesondere in Bosnien und Herzegowina). Die großen Handelsbilanzdefizite könnten vom Dienstleistungssektor (z.B. der Tourismus in Kroatien und Montenegro), von den Rücküberweisungen, von den DI und von den Krediten und Hilfen ausländischer Institutionen neutralisiert werden.¹³⁶ Im Zeitraum von 2000 bis 2005 konnte die Hälfte der Verschlechterung des Leistungsbilanzdefizits mit den Terms-of-Trade-Verlusten erklärt werden. Das hohe Leistungsbilanzdefizit der WB-Staaten kann auf das niedrige Exportvolumen und die hohe Nachfrage nach ausländischen Konsum- und Investitionsgütern seit dem Anfang des Transitionsprozesses zurückgeführt werden.¹³⁷

Die Exporte der Balkanländer sind im Vergleich zum Exportvolumen der Staaten Ostmitteleuropas auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Jahr 2004 (Jahr des EU-Beitritts der zehn ostmitteleuropäischen Staaten) deckten z.B. die Exporte Tschechiens, Sloweniens, der Slowakei und Ungarns über 90% der Importe. In den Balkanländern waren es im selben Jahr im Durchschnitt ca. 39%.¹³⁸ Die niedrigste (pro Kopf) Wachstumsrate der Exporte verzeichnet Mazedonien. Dieses Beispiel ist interessant, weil das Land ein relativ niedriges Leistungsbilanzdefizit hat – das Leistungsbilanzdefizit könnte dann mit dem niedrigen Vertrauen der ausländischen Investoren (kleine Kapitalzuflüsse) und/oder der niedrigen heimischen Nachfrage nach ausländischen Ersparnissen erklärt werden.¹³⁹

Als Folge der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 fing die Wirtschaftsaktivität in der Region sich zu verlangsamen. Der Anstieg der Importe war langsamer als der Anstieg der Exporte, sodass sich die Leistungsbilanzdefizite in einem fallenden Trend befinden.¹⁴⁰

Die DI wurden bereits im vorigen Kapitel ausführlich erörtert. An dieser Stelle wäre es wichtig zu erwähnen, dass zwischen den DI-Zuflüssen und dem

¹³⁵ Vgl. Kathuria (2008) S. 13 und European Commission (2009a) S. 10

¹³⁶ Vgl. Inotai (2007) S. 59 und European Commission (2009a) S. 10

¹³⁷ Vgl. European Commission (2009a) S. 10

¹³⁸ Vgl. Inotai (2007) S. 58

¹³⁹ Vgl. Kathuria (2008) S. 14

¹⁴⁰ Vgl. European Commission (2009a) S. 11

Leistungsbilanzdefizit eine hohe Diskrepanz besteht, da die DI nur zwei Drittel des Leistungsbilanzdefizits im Jahr 2005 deckten; im Jahr 2000 konnten die DI fast das gesamte Leistungsbilanzdefizit decken.¹⁴¹

Bei der Brutto-Auslandsverschuldung ist ein sinkender Trend zu beobachten – im Jahr 2000 waren es ca. 56% des BIP, und im Jahr 2007 ca. 31,7%.¹⁴² Den höchsten Rückgang in der Auslandsverschuldung verzeichnete dabei Serbien. Die Schulden im Zeitraum von 2000 bis 2005 sanken um 54 Prozentpunkte dank dem Schuldenerlass.

2.2 Der Handel im westlichen Balkan

Die wirtschaftlichen Eckdaten der jeweiligen Staaten, die im vorigen Unterkapitel erörtert wurden, werden in diesem Abschnitt mit den wichtigsten Informationen bezüglich des Handels im westlichen Balkan ergänzt. Außerdem wird in diesem Unterkapitel auf das Mitteleuropäische Handelsabkommen (CEFTA) eingegangen.

2.2.1 Handelsstruktur

Die Handelsstruktur korreliert stark mit den politischen Entwicklungen der Region seit dem Jahr 1991. Die militärischen und politischen Konflikte und die Desintegration des westlichen Balkans haben zu einer schwachen (oder sogar negativen) wirtschaftlichen Entwicklung und zur wirtschaftlichen Isolierung der Region geführt.¹⁴³ Die schwache wirtschaftliche Leistung widerspiegelt sich in der Struktur des Handels. Die dominante Eigenschaft aller Volkswirtschaften des westlichen Balkans ist die unzureichend diversifizierte Produktionsstruktur, die von arbeitsintensiven Produkten geprägt ist, welche sich auf einer niedrigen Fertigungsstufe befinden. Allgemein könnte man sagen, dass die Handelsstruktur der WB-Staaten auf der (internationalen) interindustriellen Arbeitsteilung basiert, anstatt sich auf intraindustrielle Produktion und Handel zu fokussieren. Dies wird besonders mit der Tatsache bestätigt, dass der Anteil der Maschinenexporte einer der wichtigsten Indikatoren für den Entwicklungsstand und die Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft, im Vergleich zum gesamten Handelsvolumen anderer Güter, sehr niedrig ist (im Jahr 2004 z.B. waren es nur

¹⁴¹ Vgl. Kathuria (2008) S. 14

¹⁴² In Anlehnung an: European Commission (2009a) S. 7 und Kathuria (2008) S. 16

¹⁴³ Vgl. Bozić-Miljković (2007) S. 87

11,66%).¹⁴⁴ Wenn man nur die Handelsstruktur betrachten würde, könnte man sogar behaupten, dass die WB-Staaten den Entwicklungsländern ähnlich sind.¹⁴⁵

a) Exporte der WB-Staaten. Zwischen den WB-Staaten sind große Unterschiede in der Handelsstruktur zu verzeichnen. In den letzten Jahren ist ein Trend der Restrukturierung der Exporte zu beobachten, sodass der Export der WB-Staaten nicht mehr von Agrarprodukten geprägt ist. Der Anteil der Agrarprodukte und Nahrungsmittel am gesamten Exportvolumen betrug 22% im Jahr 1996, während dieser Anteil im Jahr 2005 nur noch bei 16% lag.¹⁴⁶

Laut dem Weltentwicklungsbericht 2010, betrug der Anteil der Hochtechnologieprodukte am gesamten Güterexport im Jahr 2007 in Albanien 12%, in Kroatien 9%, in Serbien 4% und in Bosnien und Herzegowina 3%.¹⁴⁷ Im Jahr 2007 betrug der Anteil von Eisen und Stahl 35% an den gesamten Exporten Mazedoniens.¹⁴⁸ Montenegros Exporte im gleichen Jahr werden vom Aluminium-Export dominiert, mit ca. 60% des gesamten Exportvolumens.¹⁴⁹ Albanien exportiert überwiegend Textilien, Serbien – Stahl und Eisen, und die Exporte in Kroatien werden von Maschinen und Transportmitteln dominiert. 90% der Exporte Bosniens und Herzegowinas sind ressourcenbasierte Produkte wie: Stahl, Eisen, Holz und NE-Metalle auf der einen, und Textilien, Schuhe und Möbel auf der anderen Seite.¹⁵⁰

b) Importe der WB-Staaten. Im Zuge der Globalisierung ist in den WB-Staaten ein großer Anstieg der Importnachfrage aus der EU zu beobachten. Nicht nur das Handelsdefizit ist besorgniserregend, sondern auch die Struktur der importierten Produkte – es handelt sich dabei vorwiegend um sophistizierte Industrieprodukte, Mineraltreibstoffe, Gas und Agrarprodukte.¹⁵¹ Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Montenegro importieren überwiegend Maschinen und Transportmittel. Die Importe in Mazedonien und Serbien sind von Industrieprodukten, Öl und Öl-Derivaten geprägt.

¹⁴⁴ Vgl. Inotai (2007) S. 102-103

¹⁴⁵ Vgl. Gligorov (2008) S. 18

¹⁴⁶ Vgl. Kathuria (2008) S. 39

¹⁴⁷ Vgl. World Bank (2009) S. 386-387

¹⁴⁸ Vgl. International Trade Center (o.A.) o.S.

¹⁴⁹ Vgl. International Trade Center (o.A.) o.S.

¹⁵⁰ Vgl. Inotai (2007) S. 106

¹⁵¹ Vgl. Božić-Miljković (2007) S. 88

2.2.2 Richtung der Handelsströme

Der Anstieg der Exporte in den letzten Jahren wird vor allem von den vorteilhaften Preisentwicklungen einiger Exportprodukte und dem verbesserten Marktzugang angetrieben. Diese Entwicklungen führen zu einer Verbesserung der Leistungsbilanzdefizite, womit sich die Exporte als wichtiger Wachstumsfaktor etabliert haben. Die WB-Staaten entwickeln sich auf eine ähnliche Weise wie die Staaten Ostmitteleuropas vor zehn Jahren.¹⁵² Den höchsten Anstieg des Handelsvolumens verzeichnen Albanien und Bosnien und Herzegowina, teilweise auch wegen des niedrigen Ausgangsniveaus.¹⁵³

Das niedrige Handelsniveau zwischen den WB-Staaten bestätigt die schwache wirtschaftliche Integration der Balkanländer, trotz vorhandener Freihandelszone (CEFTA; mehr hierzu im folgenden Unterkapitel). Die bilateralen Handelabkommen zwischen den Staaten der Region, die mit dem *Memorandum of Understanding on Trade Liberalization and Facilitation* vor der Gründung von CEFTA unterzeichnet wurden, verzeichneten ebenfalls geringe Erfolge.

Tabelle 5: Ausgewählte Handelsströme im westlichen Balkan

Region (Land)	Import-Partner		Export-Partner		Handelspartner	
	in Mio. Euro	in %	in Mio. Euro	in %	in Mio. Euro	in %
EU	22 515,3	66,3	9850,5	69,7	32365,9	67,3
BRIC	4359,7	12,8	283,5	2,0	4643,2	9,7
GUS	2886,9	8,5	263,4	1,9	3150,4	6,6
NAFTA	653,0	1,9	336,3	2,4	989,3	2,1
EFTA	606,1	1,8	149,0	1,1	755,1	1,6
WB-Staaten:						
Kroatien	1769,0	5,2	681,8	4,8	2450,8	5,1
Bosnien und Herzegowina	592,6	1,7	1546,4	10,9	2138,9	4,4
Serbien (und Montenegro) ¹⁵⁴	340,4	1,0	552,3	3,9	892,7	1,9
Mazedonien	320,5	0,9	139,4	1,0	459,9	1,0
Albanien	27,7	0,1	95,8	0,7	123,5	0,5

Quelle: in Anlehnung an European Commission (2009b)

¹⁵² Vgl. Gligorov (2008) S. 2

¹⁵³ Vgl. Kathuria (2008) S. 27

¹⁵⁴ Die EU betrachtet im Rahmen dieser Analyse Serbien und Montenegro als ein Land

In der obigen Tabelle (Tabelle 5) werden die Handelsströme des westlichen Balkans mit den unterschiedlichen Regionen und Ländern der Welt zusammengefasst und erweitert.

Die Richtung der Handelsströme bestätigt die Tatsache, dass die präferenziellen Handelsabkommen aller WB-Staaten mit der EU eine größere Gewichtung haben als die regionalen – die EU ist der wichtigste Handelspartner, der 66,3% der Exporte des westlichen Balkans importiert (ca. 14 Milliarden Euro) und mit 69,7% (ca. 33 Milliarden Euro) gleichzeitig den wichtigsten Export-Partner darstellt. Alle statistischen Angaben in diesem Unterkapitel basieren auf Daten der Europäischen Kommission.¹⁵⁵ Diese Werte lagen im Jahr 2004 bei 8 Milliarden Euro (Importe) und bei 20,5 Milliarden Euro auf der Exportseite der EU. Aus der Sicht der EU sind diese Zahlen geringer – seit dem Jahr 2004 exportierte die EU jährlich 2% ihrer Exporte in die WB-Staaten und bezog nur ca. 1% ihrer Importe aus der Region. Der zweitwichtigste Handelspartner des westlichen Balkans im Jahr 2008 war Russland mit 5,5% des Handels, womit die Dominanz der EU bezüglich der Handelsbeziehungen noch einmal bestätigt wird. Interessanterweise befindet sich Kroatien im gleichen Jahr auf den dritten Platz mit ca. 5% des Handelsvolumens, gefolgt von Bosnien und Herzegowina mit 4,4% und China mit 3,4%. Serbien (und Montenegro) realisieren ein Handelsvolumen von 2% mit den restlichen WB-Staaten, Mazedonien 1% (Daten für Kosovo sind nicht vorhanden oder unstimmgig). Die schwache Integration Albaniens wird erneut bestätigt, da der Anteil am gesamten Handelsvolumen des westlichen Balkans 0,3% im Jahr 2008 beträgt.

Nach Empfehlungen der EU, und unter Schirmherrschaft des Stabilitätspakt für Südosteuropa,¹⁵⁶ wurde im Jahr 2006 der Vertrag über die Gründung einer Freihandelszone im westlichen Balkan ratifiziert, um die Region attraktiver für ausländische Investoren zu machen und um die Region in die EU zu integrieren.¹⁵⁷ Das Abkommen trat im Jahr 2007 in Kraft. Die Effekte einer

¹⁵⁵ Vgl. European Commission (2009b) o.S.

¹⁵⁶ Siehe hierzu: Kapitel 3

¹⁵⁷ Vgl. Gligorov (2007) S. 297

solchen Freihandelszone sollte man mit Vorsicht genießen, da sie zur Handelsumlenkung führen könnte.¹⁵⁸

2.2.3 CEFTA 2006

Die Gründung von CEFTA bzw. die regionale Integration wird seitens der EU im Rahmen des Regionalansatzes gegenüber dem westlichen Balkan als Voraussetzung für den Beitritt zur EU angesehen.¹⁵⁹ Ferner könnte man sagen, dass CEFTA als eine Art Vorstufe der Ausweitung der europäischen Zollunion betrachtet wird. Mit CEFTA wurde das Bündel von 32 bilateralen Freihandelsabkommen im westlichen Balkan (im Rahmen des *Memorandum of Understanding on Trade Liberalization and Facilitation*, gefordert und gefördert vom Stabilitätspakt für Südosteuropa) in ein einziges Freihandelsabkommen zusammengeführt.¹⁶⁰ Ein Teil dieser bilateralen Abkommen waren asymmetrisch, besonders in Bezug auf die Agrarprodukte, während der Handel mit Industrieprodukten nahezu frei war.¹⁶¹

Obwohl die Gründerstaaten CEFTA verlassen haben, behielt CEFTA seinen Namen. „CEFTA 2006“ wurde um die WB-Staaten erweitert und umfasst seit dem Jahr 2007 alle Staaten des westlichen Balkans und Moldau (Kroatien ist Mitglied seit 2003, Mazedonien seit 2006). Wie bereits erwähnt, waren die heutigen Staaten Ostmitteleuropas (Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei) Mitglieder dieses Freihandelsabkommens, das im Jahr 1994 in Kraft trat. Bulgarien und Rumänien traten im Jahr 2007 aus. Slowenien war Mitglied von 1996 bis 2004. Zusammenfassend könnte man sagen, dass die Mitgliedschaft in CEFTA temporär ist und mit dem Beitritt eines Landes zur EU endet. Die jetzigen Kriterien für die Mitgliedschaft in CEFTA, die in Zagreb im Jahr 2005 vereinbart wurden, sind: Mitgliedschaft in der WTO oder die Verpflichtung sich an die WTO-Regeln zu halten, ein Assoziierungsabkommen mit der EU (SAA – Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen) oder sich im Verhandlungsprozess über ein Assoziierungsabkommen zu befinden und unterzeichnete Freihandelsabkommen mit den CEFTA-Mitgliedsstaaten.¹⁶² Wie bereits

¹⁵⁸ Vgl. Gligorov (2008) S. 9

¹⁵⁹ Vgl. Božić-Miljković (2007) S. 85-86, Gligorov (2007) S. 297 und Inotai (2007) S. 110 ff.

¹⁶⁰ Vgl. Kathuria (2008) S. 70

¹⁶¹ Vgl. Damjan et al. (2006) S. 13-14

¹⁶² Vgl. Dangerfield (2006) S. 320-321

dargestellt wurde, ist die EU der wichtigste Handelspartner der WB-Staaten und somit auch gleichzeitig der wichtigste Handelspartner von CEFTA. Die Modernisierung dieser Staaten, der Transitionsprozess und ein starkes Wirtschaftswachstum können nicht stattfinden, solange diese Länder nicht mit den Industriestaaten handeln.¹⁶³ Der Handel innerhalb CEFTA könnte sich nach dem Beitritt der WB-Staaten zur EU intensivieren, wie dies mit Portugal und Spanien nach deren Beitritt zur EU der Fall war. Die Gründung von CEFTA hat einen ausgesprochen politischen Hintergrund und kann nicht (nur) mit ökonomischen Argumenten begründet werden:

„The EU „encouraged“ these countries to integrate among themselves, probably to delay their entry into the EU. “¹⁶⁴

Die Ausrichtung zu regionalen Märkten und Märkten mit ähnlicher Nachfragestruktur, die auf nicht-diversifizierten Produkten und Produkten in niedrigeren Fertigungsstufen basieren, trägt nicht zum Anstieg der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen dieser Region bei. Man könnte sogar sagen, dass mit der Förderung nach regionaler Integration es zur Umlenkung der konkurrenzfähigen Unternehmen von den westeuropäischen Märkten kommen könnte, die sich jetzt auf die lokalen Konsumenten fokussieren müssen, womit die notwendige Modernisierung und Restrukturierung ausbleibt.¹⁶⁵ Dies bestätigt, dass eine gleichzeitige Annäherung zur EU sinnvoller wäre.

CEFTA hat viele positive Aspekte. Die Orientierung zu den regionalen Märkten könnte die Unternehmen der WB-Staaten auf die EU-Konkurrenz vorbereiten, vorausgesetzt, dass dies die Bildung von Netzen und Bündnissen dieser Unternehmen fördert. Hinzu kommt die Ausbaue der Konkurrenz zwischen den Unternehmen des westlichen Balkans – das niedrige Handelsvolumen jedoch kann nur einen geringen Effekt auf den Anstieg der Konkurrenz und der Produktivität haben. Man könnte CEFTA als eine Art „Trainingsplatz“ betrachten, vorausgesetzt es werden die notwendigen Restrukturierungsmaßnahmen innerhalb der Unternehmen durchgeführt.¹⁶⁶ Außerdem wird mit CEFTA die einst durch

¹⁶³ Vgl. Jovanović (2006) S. 672

¹⁶⁴ Jovanović (2006) S. 672

¹⁶⁵ Vgl. Grupe/Kušić (2005) S. 14 und Inotai (2007) S. 111-112

¹⁶⁶ Vgl. Grupe/Kušić (2005) S. 14

Kriege und Konflikte desintegrierte Region erneut zum politischen und ökonomischen Konsens ermutigt. Der Hintergrund der Gründung dieses Freihandelabkommens ist primär politisch, und erst sekundär ökonomisch. Diese zwei Aspekte sind miteinander verbunden und verstärken sich gegenseitig.¹⁶⁷

Die größte Befürchtung der WB-Staaten war die Tendenz, dass die regionale Integration die EU-Mitgliedschaft ersetzen könnte. Mit dem Amato-Bericht aus dem Jahr 2005 wurde den potentiellen EU-Mitgliedern versichert, dass dies nicht passieren würde, sondern dass der Freihandel vollständig innerhalb CEFTA implementiert werden soll, bevor die Beitrittsverhandlungen ihren Lauf nehmen,¹⁶⁸ mit dem Ziel:

„The common economic space should compensate for the costs related to the emergence of new, small and economically unviable states in the region.“¹⁶⁹

Es wird offensichtlich, dass beide Förderungen sich widersprechen – sogar ein vollständig funktionierendes Freihandelsabkommen würde nicht dazu beitragen die Kosten der Gründung neuer Staaten auszugleichen¹⁷⁰ (wie z.B. für die jüngsten Staaten des westlichen Balkans: Kosovo und Montenegro).

Nichtsdestotrotz können Skaleneffekte im westlichen Balkan nur dann erreicht werden, wenn die kleinen Staaten einen Markt mit 25 Millionen Einwohnern bilden, von dem die Produzenten und Investoren profitieren würden. In der gleichen Zeit sollten alle Hindernisse beseitigt werden, die den freien Handels-, Personen- und Kapitalverkehr verhindern – eine wirtschaftliche Integration, die weit über die Prinzipien einer freien Handelszone hinausgeht.¹⁷¹ Diese Möglichkeit wird anhand des Gravitationsmodells im folgenden Unterkapitel untersucht.

2.3 Das Gravitationsmodell

Wie bereits im ersten Kapitel dieser Arbeit erörtert, werden unterschiedliche Gravitationsmodelle verwendet, um die potentiellen Handelniveaus schätzen zu können. Dies ist besonders wichtig für Transitionsländer wie die Staaten des

¹⁶⁷ Vgl. Radonjić (2004) S. 172

¹⁶⁸ Vgl. Inotai (2007) S. 114-115

¹⁶⁹ Inotai (2007) S. 114

¹⁷⁰ Vgl. Inotai (2007) S. 114-115

¹⁷¹ Vgl. Grupe/Kušić (2005) S. 15

westlichen Balkans, um den wirtschaftlichen Nutzen der regionalen Integration quantifizieren zu können. Die Ergebnisse dieser Schätzung sind ebenfalls für die politische Bewertung des gesamten Beitrittsprozesses wichtig. Das in dieser Arbeit dargestellte Gravitationsmodell basiert auf Edward Christies Studie, und wird in den Unterkapiteln 2.3.1, 2.3.2 und 2.3.3 dargestellt.¹⁷² Das letzte Unterkapitel (2.3.4) basiert auf der Studie von Damijan et al.¹⁷³

2.3.1 Das Grundmodell

Die Gravitationsmodelle basieren auf der Newtonschen Gravitationstheorie, die besagt, dass die Anziehungskraft zwischen zwei physischen Körpern proportional zum Produkt der Masse dieser Körper, geteilt durch das Quadrat der Entfernung ihrer Zentren der Gravitation, ist. Bezogen auf den Handel wurde dies bedeuten, dass die Größe der Volkswirtschaften (gemessen am BIP) und die Entfernung zwischen ihnen die Schlüsselvariablen des Gravitationsmodells sind.¹⁷⁴ Die Zentren der Gravitation im Newtonschen Sinne sind die Hauptstädte der jeweiligen Länder. Das Grundmodell kann wie folgt definiert werden:

$$(1) M = kY_M^\beta Y_X^\gamma D^\delta$$

M sind die Importe in das Land M aus Land X ; Y_M und Y_X sind die BIP von M und X ; D ist die Entfernung zwischen den Hauptstädten beider Länder. Dieses Modell ermöglicht den Test auszuführen, ob ein Handelsabkommen zum Anstieg des Handels führen wird oder nicht. Die Schätzung, ob das Handelsniveau zu hoch oder zu niedrig ist, ist ebenfalls möglich. Um diese zwei Fragen beantworten zu können, werden dem Grundmodell Dummy-Variablen hinzugefügt, die bestimmte Effekte prüfen – wie z.B. ob ein Land Mitglied eines Handelsabkommens ist, oder die Länder eine gemeinsame Grenze oder Sprache haben. Wenn man unterschiedliche p-Effekte schätzen möchte und unterschiedliche Dummy-Variablen (gemeinsame Grenze, Zugehörigkeit zu einem Handelsabkommen, gemeinsame Sprache usw.) einführt, die diese Effekte schätzen sollen, bekommt das linearisierte Basismodell folgende Form:

$$(2) \text{Log}(M) = \alpha + \beta \text{Log}(Y_M) + \gamma \text{Log}(Y_X) + \delta \text{Log}(D) + \sum_{s=1}^p \lambda_s G_s$$

¹⁷² Vgl. Christie (2002) S. 81 ff.

¹⁷³ Vgl. Damijan et al. (2006) S. 8 ff.

¹⁷⁴ Vgl. Bussière et al. (2005) S. 14

2.3.2 Daten und Variablen

Das verwendete BIP im Grundmodell basiert auf dem BIP in US-Dollar zu Wechselkursen, da der internationale Handel in internationalen Preisen gemessen wird.

Die Messung der Entfernung ist problematisch, weil die Entfernung zwischen den Hauptstädten nicht ausreichend ist, zumal eine Reihe von Hindernissen dazwischen steht – Zölle, Nicht-Tarifäre-Hemmnisse und reale Transportkosten. Andere Probleme bei der Quantifizierung der Distanz sind die Wartezeiten an Grenzübergängen und die Qualität der Transportwege. Die Entfernung wurde in diesem Modell zwischen den Hauptstädten in Kilometern gemessen (ausgenommen Deutschland, wo die Hauptstadt als Mittelpunkt des Dreiecks zwischen München, Frankfurt am Main und Berlin definiert wurde).

Die Dummy-Variablen wurden so definiert, dass sie die unterschiedlichen Interessengruppen der jeweiligen Länder isolieren können. Für nicht-südosteuropäische Handelsströme wurden folgende Gruppen in Betracht gezogen: EU, OECD-Mitglieder, die keine EU-Mitgliedstaaten sind (ohne die Türkei und den neuen Mitgliedern aus Mitteleuropa), CEFTA, GUS (bezogen auf Russland, Weißrussland und die Ukraine), Länder mit Assoziierungsverträgen mit der EU, die baltischen Staaten. Außerdem wurden die Handelsströme zwischen: den baltischen Staaten und GUS, Bulgarien und GUS, Visegrad-Gruppe und GUS betrachtet. Eine weitere Dummy-Variable wurde für englischsprachige Länder hinzugefügt.

Für Südosteuropa (die WB-Staaten inklusive Rumänien und Bulgarien, gemeinsam als SEE-7 bezeichnet) wurde getestet, ob diese Region in Bezug auf die Handelsströme als Region betrachtet werden kann. Dieselbe Frage bezieht sich auf die Unterregionen oder die einzelnen Länder in Südosteuropa. Des Weiteren wurden die Handelsströme zwischen Südosteuropa und der EU betrachtet. SEE-11 wiederum erweitert diese Gruppe um Griechenland, die Türkei, Slowenien und Ungarn. Der Hintergrund dieser Gruppierungen sind die „irregulären Handelsströme“ zwischen manchen Staaten, die ihren Handel von den traditionellen Handelspartnern umgelenkt haben.

Es werden drei Regionen in Südosteuropa definiert: nordwestlicher Balkan (Bosnien, Kroatien, Slowenien und Ungarn), östlicher Balkan (Serbien, Montenegro und Kosovo – zum Zeitpunkt der Analyse definiert als

Bundesrepublik Jugoslawien, und Mazedonien und Bulgarien) und das Handelsabkommen, das Mazedonien mit Slowenien und Kroatien verbindet (in den letzten zwei Kategorien überschneidet sich der Handel zwischen Slowenien und Kroatien).

2.3.3 Ergebnisse

In Tabelle 6 werden die Ergebnisse der Schätzung anhand der OLS-Methode mit gepoolten Querschnittsdaten dargestellt.

Tabelle 6: Ergebnisse der OLS-Schätzung

Abhängige Variable: Gesamtimporte c.i.f.					
Variable	Koeffizient	Standard-abweichung	t-Statistic	Prob.	Dummy-Effekt
Overall Intercept	4,692106	0,135365	34,6226	0,0000	*****
Jahr97	0,102904	0,038737	2,656459	0,0079	1,11
Jahr98	0,125137	0,038737	3,23042	0,0012	1,13
Jahr99	0,138858	0,038737	3,58467	0,0003	1,15
LOG(BIP des Importeurs)	0,869624	0,008951	97,15489	0,0000	*****
LOG(BIP des Exporteurs)	1,012203	0,008983	112,6841	0,0000	*****
LOG(Entfernung)	-1,208167	0,019285	-62,64648	0,0000	*****
Englische Sprache	0,859058	0,169248	5,075727	0,0000	2,36
Nicht-EU OECD	1,206146	0,119414	10,10057	0,0000	3,34
Nicht-EU OECD mit EU	0,752947	0,055314	13,61224	0,0000	2,12
EU14	0,796057	0,050058	15,90262	0,0000	2,22
EU Assoziierungsprogramme	0,641404	0,038526	16,64856	0,0000	1,90
CEFTA7	1,027585	0,08267	12,43	0,0000	2,79
GUS	3,15302	0,203911	15,4627	0,0000	23,41
Baltische Staaten	3,756004	0,205896	18,24224	0,0000	42,78
Baltische Staaten - GUS	2,520586	0,119902	21,02204	0,0000	12,44
Bulgarien - GUS	2,325087	0,203316	11,43582	0,0000	10,23
Visegrad-4 - GUS	1,713819	0,103316	16,58819	0,0000	5,55
Österreich – Slowakei	-1,740547	0,355801	-4,891906	0,0000	0,18
Tschechische Republik – Slowakei	2,293305	0,358588	6,395373	0,0000	9,91
Nordwestlicher Balkan	1,063333	0,157447	6,753582	0,0000	2,90
Östlicher Balkan	2,355599	0,225348	10,45317	0,0000	10,54
Bulgarien – EU3	0,48001	0,204351	2,348951	0,0189	1,62
Rumänien – EU3	0,747425	0,223715	3,340968	0,0008	2,11
Slowenien-Kroatien-Mazedonien	2,44454	0,210115	11,63431	0,0000	11,53
Jugoslawische Importe aus Bosnien	3,135012	0,496684	6,311885	0,0000	22,99
Jugoslawische Importe aus Russland	1,8264	0,494864	3,69071	0,0002	6,21
R-squared	0,855507	Mean dependent var.	5,068252		
Adjusted R-squared	0,854782	S.D. dependent var.	2,594083		
S.E. of regression	0,988539	Akaike Info criterion	2,81999		
Sum squared resid.	5065,852	Schwarz criterion	2,853972		
Log likelihood	-7320,485	F-statistic	1180,506		
Durbin-Watson stat.	1,637761	Prob(F-Statistic)	0		

Quelle: in Anlehnung an Christie (2002) S. 84

Der analysierte Zeitraum ist von 1996 bis 1999, (bei insgesamt 5211 Beobachtungen). Die Schätzungen wurden mit der Ökonometrie-Software *E-Views* gemacht.

Beide BIP-Werte und die Entfernung sind statistisch signifikant. Die BIP-Werte weichen stark voneinander ab – dies wird mit der Tatsache begründet, dass die Stichprobe viele kleine Volkswirtschaften beinhaltet, die Handelsdefizite mit den großen Volkswirtschaften (EU-Länder) verzeichnen. Auf die Ergebnisse für West- und Osteuropa (GUS) wird in dieser Arbeit nicht eingegangen. Interessant ist jedoch Mitteleuropa, da sich dort die CEFTA-Mitgliedschaft und die Assoziierungsabkommen als signifikant erwiesen haben.

Die regionalen Variablen aller SEE-7-Staaten (und SEE-11-Staaten) sind für das Jahr 1999 nicht signifikant, sodass Südosteuropa nicht als Region betrachtet werden kann. Eine Lösung ist Südosteuropa in Unterregionen zu unterteilen: Die Haupttrennung wäre dann die zwischen Kroatien und der BR Jugoslawien, wobei Bosnien beiden Unterregionen zugehören würde. Die Dummy-Variable für Importe in Jugoslawien aus Bosnien und Herzegowina ist somit signifikant, genauso wie die Dummy-Variable für den nordwestlichen Balkan, für den östlichen Balkan und für das Handelsabkommen Mazedonien-Slowenien-Kroatien. Im Mittelpunkt der Analyse des Handels mit der EU stand der Handel mit Österreich, Italien und Deutschland. Es wurden sieben Dummy-Variablen für den Handel zwischen den drei EU-Staaten und jedem südosteuropäischen Land getestet. Die einzigen signifikanten Dummy-Variablen sind im Handel mit Rumänien und Bulgarien zu verzeichnen (beide hatten zu diesem Zeitpunkt ein Assoziierungsabkommen mit der EU; die anderen Staaten haben diese Abkommen erst später unterzeichnet).

Der Handel mit den EU-Staaten hat keine überraschenden Ergebnisse vorgebracht, während die Handelsströme zwischen den SEE-7-Staaten und der EU weit entfernt von der Schätzung des Grundmodells sind. Manche Handelsströme liegen weit unter ihrem Potential und andere überschreiten jede Prognose. Das Ergebnis ist problematisch, da viele ländergruppenspezifische Faktoren zu berücksichtigen sind.

Das Ergebnis von Christies Studie könnte man wie folgt zusammenfassen:

- Einige Handelsströme in Südosteuropa sind außergewöhnlich ausgeprägt, und andere außergewöhnlich niedrig.

- Es ist sinnvoll die Region in drei Gruppen zu unterteilen: das ehemalige Jugoslawien, Albanien, und Rumänien und Bulgarien. Dieser Teil von Christies Prognose hat sich verwirklicht, mit der kleinen Ausnahme, dass Albanien und die ehemaligen jugoslawischen Staaten (ohne Slowenien) zur „Gruppe“ des westlichen Balkans gehören. Christie zweifelt ebenfalls an der regionalen und internationalen Integration Albaniens.
- Die Handelsströme sind stark verzerrt. Kroatien und BR Jugoslawien, beide mit hohem Handelspotential mit der EU, handeln sehr wenig miteinander, obwohl sie mit ihren Minderheiten in Bosnien und Herzegowina hohe Handelsquoten verzeichnen (ein Großteil des Handels findet als illegaler Handel statt, der statistisch nicht erfasst werden kann¹⁷⁵).
- Mazedonien verzeichnete ein hohes Handelsvolumen mit der gesamten Region im Jahr 1999, besonders wegen des Handelsabkommens mit Slowenien und Kroatien und den traditionell guten Verhältnissen zur BR Jugoslawien.
- Das Potential dieser Staaten mit der EU zu handeln, ist viel höher, als das Potential untereinander zu handeln. Dies bedeutet, dass die regionale Integration des westlichen Balkans viel weiter als die Gründung einer freien Handelszone gehen sollte, damit sich die Region als seriöser Handelspartner in der Weltwirtschaft bewähren könnte. Dies ist jedoch sehr unwahrscheinlich, da die WB-Staaten befürchten, dass aus der wirtschaftlichen eine politische Regionalintegration entstehen würde („Rejugoslawisierung“).¹⁷⁶

2.3.4 Zukünftige Entwicklungen

Das in den vorigen Unterkapiteln dargestellte Modell von Christie basiert auf der Analyse von Querschnittsdaten. Der Handel wird also nur zu einem bestimmten Zeitpunkt mit der OLS-Methode analysiert, ohne die Veränderungen im Laufe der Zeit und die Heterogenität der Länder zu berücksichtigen (wie die militärischen Konflikte und die Wirtschaftssanktionen in den 1990ern).

¹⁷⁵ Vgl. Grupe/Kušić (2005) S. 11

¹⁷⁶ Vgl. Calic (2004) S. 25

Eine andere Studie,¹⁷⁷ die ebenfalls die Handelsliberalisierung in Südosteuropa betrachtet, sowohl zwischen den WB-Staaten als auch zwischen den WB-Staaten und der EU, wird von Damijan et al. präsentiert. Die Stichprobe umfasst den Zeitraum von 1994 bis 2002 und insgesamt 59 Länder, wobei die Staaten Südosteuropas als SEE7 (bei Christie als SEE-7 bezeichnet) definiert werden. Die anderen Regionen im Modell sind die EU, CEE8 (die Staaten Ostmitteleuropas) und „Welt“, definiert als der Rest der Welt.¹⁷⁸

Es wurden die *ex post* Effekte existierender Handelsabkommen, in denen die südosteuropäischen Staaten bereits Mitglieder sind, und die *ex ante* Handelspotentiale geschätzt. Die Besonderheit dieser Studie besteht darin, dass unter anderem (aufgeschlüsselte) sektorale Daten verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten wird, erstens, mit der Möglichkeit der Schätzung unterschiedlicher sektoraler Elastizitäten begründet – das Einkommen und die Entfernungselastizitäten hängen von der Art der gehandelten Waren ab (z.B. höhere Entfernungselastizitäten für schwere und verderbliche Güter). Zweitens, die Schätzung der Gravitationsgleichung, die auf sektoralen Daten basiert, ermöglicht die Schätzung der Intensität des Handels zwischen zwei Ländern oder zwei Ländergruppen auf sektoraler Basis. Auf diese Weise kann die Schätzung der Effekte der regionalen Handelsabkommen verbessert werden, besonders wenn die Produkte „sensibler“ Sektoren (Landwirtschaft, Textilien und Chemikalien) nicht betrachtet werden. Die Autoren verwendeten in der Studie Panel-Daten und entsprechende Panel-Techniken, um die Gravitationsgleichung zu schätzen. Mit den Panel-Techniken werden die bereits erklärten Verzerrungen der OLS-Methoden umgangen.

Die Autoren verwendeten bei der Analyse eine ähnliche Gravitationsgleichung wie unter (2) und erweiterten sie um die Volatilität der Wechselkurse:

$$(3) \quad \ln(\text{Importe}_{ijt}) = \beta_0 + \beta_1 \ln(\text{GDP}_{it}) + \beta_2 \ln(\text{GDP}_{jt}) + \beta_3 \ln(\text{Entfernung}_{ij}) \\ + \beta_4 \ln(\text{Volatilität}_{ijt}) + \sum_1^{18} \beta_5(M_{ij}) + v_t + \gamma_{ij} + \varepsilon_{ijt}$$

Die abhängige Variable sind die Importe in Millionen Dollar, gemessen in KKP, zwischen den Ländern *i* und *j*. GDP_{it} und GDP_{jt} sind jeweils die

¹⁷⁷ Vgl. Damijan et al. (2006) S. 14 ff.

¹⁷⁸ Algerien, Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, China, Kolumbien, Ägypten, Ecuador, Hongkong, Indonesien, Israel, Japan, Marokko, Malaysia, Mexiko, Norwegen, Neuseeland, Peru, Philippinen, Russland, Singapur, Südkorea, Schweiz, Thailand, Tunesien, Türkei, die USA und Venezuela

Bruttoinlandsprodukte des Importeurs und des Exporteurs. $\sum_1^{18} M_{ij}$ ist eine Reihe von Dummy-Variablen, die die Handelsintensität zwischen den SEE-Ländern und einer anderen Ländergruppierung vergleicht – die Variable SEE7-EU z.B. bekommt den Wert 1, wenn der Importeur oder der Exporteur ein SEE7-Staat ist und der Handelspartner ein EU-Land ist. Die länderspezifischen fixen Effekte sind mit γ_{ij} während die zeitspezifischen fixen Effekte mit ν_t gekennzeichnet sind. Der Störterm ist mit ε_{ijt} gegeben.

Zunächst wird eine Gravitationsgleichung auf Grundlage der aggregierten Daten geschätzt, woraufhin eine Schätzung der Gravitationsgleichung auf der Grundlage der sektoralen Daten folgt.

a) Schätzungen auf Basis aggregierter Daten. Die Ergebnisse, die seitens der Autoren vorgestellt werden, basieren auf dem Hausman-Taylor-Modell, das in dieser Studie bevorzugte Modell. Das Bruttoinlandsprodukt und die Entfernung korrelieren mit den fixen Effekten, während die Volatilität und die Variablen der regionalen Handelsintegration nicht mit den fixen Effekten korrelieren. Die geschätzten Koeffizienten für das Bruttoinlandsprodukt beider Länder sind positiv und signifikant, was den Erwartungen entspricht, wobei die Koeffizienten der Entfernung und der Volatilität negativ und signifikant sind.¹⁷⁹ Auf diese Weise wird der negative Einfluss der Volatilität der Wechselkurse auf die Handelsströme bestätigt. Die geschätzten Koeffizienten der Dummy-Variablen für die unterschiedlichen regionalen Gruppierungen (SEE7 – EU, SEE7 – Welt, SEE7 – SEE7, SEE7 – CEE8) zeigen, wie die Handelsvolumina vom Mittel der Stichprobe abweichen. Das Verhältnis zwischen dem realen und dem potentiellen Handel kann als Exponent des geschätzten Koeffizienten ausgerechnet werden, da mit einem Log-Linearen-Modell gearbeitet wird. Wenn die Koeffizienten sich nicht signifikant von 0 unterscheiden, ist das Verhältnis gleich 100%, da das Handelsvolumen sich nicht wesentlich vom geschätzten Niveau, das mit Hilfe der Gravitationsgleichung ermittelt wurde, unterscheidet. Dementsprechend bedeutet ein Verhältnis, das höher als 100% ist, dass das tatsächliche Handelsvolumen das potentielle Handelsvolumen übersteigt.¹⁸⁰

Die Ergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden:

¹⁷⁹ Siehe hierzu Anhang: Tabelle 7, Spalte 4

¹⁸⁰ Siehe hierzu Anhang: Tabelle 8

- Der Handel zwischen SEE7 und CEE8 unterscheidet sich nicht wesentlich vom „normalen“ Niveau.
- Der Handel zwischen SEE7 und EU ist höher als das „normale“ Niveau und beträgt 116% des potentiellen Niveaus. Dies wird mit der Handelsliberalisierung in den 1990ern erklärt, die zwischen beiden Regionen stattfand.
- Der Handel zwischen den SEE7-Staaten liegt bei 36% des Potentials. Dies wird mit den schwachen Handelsbeziehungen zwischen Bulgarien und Rumänien, und den niedrigen Handelsniveaus zwischen den WB-Staaten erklärt.
- Der Handel der SEE7-Staaten mit dem Rest der Welt liegt bei 25% des Potentials. Das Handelsdefizit mit dem Rest der Welt kann mit den Konflikten und den Sanktionen, die auf die SEE7-Staaten in den 1990ern aufgehängt wurden, und mit der späten Integration in die internationalen Institutionen erklärt werden.

Die Ergebnisse können verbessert werden, wenn man die SEE7-Länder in zwei Gruppen unterteilt: westlicher Balkan (SEE5) und östlicher Balkan (SEE2 – Bulgarien und Rumänien).¹⁸¹ Der Handel zwischen den WB-Staaten und der EU weicht dann nicht wesentlich von den geschätzten Niveaus ab, d.h. dass die vorigen positiven und signifikanten Koeffizienten dem intensiven Handel zwischen dem östlichen Balkan und der EU zu verdanken sind (der potentielle Handel zwischen SEE2 und der EU liegt zwischen 115% und 120%). Obwohl die EU dem westlichen Balkan Handelspräferenzen eingeräumt hat, führen diese nicht zu einem Handelsniveau, das das „normale“ übersteigen würde. Wenn man jedoch den östlichen und westlichen Balkan vergleicht, kann man davon ausgehen, dass die Handelsliberalisierung zwischen der EU und den WB-Staaten zu ähnlichen Entwicklungen führen wird (wie in Rumänien und Bulgarien).

Ein zweites wichtiges Ergebnis, das aus der neuen Unterteilung resultiert, ist dass der Handel zwischen SEE5 und SEE5 (also zwischen den WB-Staaten) sich nicht signifikant von 0 unterscheidet. Der Effekt unterschiedlicher Freihandelsabkommen im westlichen Balkan wäre somit sehr gering. Diese Studie bestätigt den ebenfalls geringen Effekt von CEFTA, wie dies im vorigen

¹⁸¹ Siehe hierzu Anhang: Tabelle 9

Unterkapitel erörtert wurde. Die Mitgliedschaft in CEFTA hat auch nicht zum Anstieg des Handels zwischen Rumänien und Bulgarien geführt, da diese Länder (wie auch die WB-Staaten) ihre Handelsströme stark auf die EU fokussierten (umlenkten), wodurch der Handel dieser CEFTA-Mitglieder gelitten hat.

In einer neuen Schätzung wurde Albanien aus dem westlichen Balkan ausgeschlossen, womit eine Gruppe ehemaliger jugoslawischer Staaten entstand – SFRJ4. Die vorigen Ergebnisse hatten sich nicht verändert, außer dem Koeffizienten SFRJ4-SFRJ4, welcher positiv und signifikant geworden ist. Auf diese Weise wurde bewiesen, dass die Handelsströme zwischen den ehemaligen jugoslawischen Staaten höher als deren Potential sind. Der Handel zwischen den südosteuropäischen Staaten ist kaum ausbaufähig. Viel wahrscheinlicher ist ein Anstieg der Handelsströme zwischen den südosteuropäischen Staaten und den EU-Staaten und zwischen den südosteuropäischen Staaten und dem Rest der Welt.

b) Schätzungen auf Basis sektoraler Daten. Es handelt sich bei dieser Schätzung um die Besonderheit der Studie von Damijan et al. Die Studie umfasst zehn Sektoren: Landwirtschaft, Grundmetalle, Chemikalien, Bau, Energie, Metall-Produkte, Bergbau, Textilien, Holz und Papier und Nahrungsmittelproduktion.¹⁸² Bei diesen Schätzungen wird die gleiche Gravitationsgleichung verwendet, wie bei der Analyse der aggregierten Daten.¹⁸³

Die geschätzten Koeffizienten der Bruttoinlandsprodukte der importierenden Staaten sind immer signifikant, während die der exportierenden Staaten immer nicht-signifikant für Stahl und Minerale sind, da der Handel unabhängig von der Größe dieser Volkswirtschaften ist.

Alle geschätzten Koeffizienten der Entfernung sind negativ, was den Erwartungen entspricht, mit Ausnahme der Koeffizienten für Energie und Minerale, welche nicht-signifikant sind. Die absolut höchsten Werte erreichen die Koeffizienten des Bau- und Textiliensektors. Baugüter sind schwer, womit die hohen Transportkosten gerechtfertigt sind. Dies gilt jedoch nicht für die Textilien. Eine

¹⁸² Die Struktur und die Inhalte der jeweiligen Sektoren werden in Tabelle 13 im Anhang dargestellt

¹⁸³ Die Ergebnisse der Schätzungen sind in Tabelle 10 und Tabelle 11 im Anhang dieser Arbeit dargestellt. In Tabelle 10 wurden die Handelspotentiale jeder Region (westlicher und östlicher Balkan) geschätzt. In Tabelle 11 wird Albanien aus der Analyse ausgeschlossen. In Tabelle 12 im Anhang dieser Arbeit werden die Verhältnisse zwischen den Koeffizienten der Variablen der regionalen Handelsintegration nach Sektoren dargestellt (die Handelspotentiale werden geschätzt)

mögliche Erklärung wäre, dass die Entfernung nicht nur die Transportkosten beinhaltet, sondern auch die unterschiedlichen Arten von Handelshemmnissen.

Der Einfluss der Wechselkursschwankungen ist für alle Sektoren negativ (bis auf die Minerale) und fast immer signifikant. Die Resultate bestätigen, dass der negative Einfluss der Wechselkursvolatilität sich stärker auf den Handel mit Gütern höheren Wertes reflektiert. Die höchsten absoluten Werte der Koeffizienten werden in den Bereichen Mechanik und Textilien verzeichnet. Die Werte der Koeffizienten für Agrarprodukte und für Stahl und Energie unterscheiden sich nicht signifikant von 0 und sind für Minerale signifikant.

Die Handelsströme der südosteuropäischen Staaten mit dem Rest der Welt liegen weit unter deren Potential und die regionale wirtschaftliche Integration innerhalb des westlichen Balkans hat ihren „Normalwert“ fast in allen Sektoren erreicht. Somit wird das Ergebnis von der Analyse auf Basis aggregierter Daten bestätigt.

Das Handelsvolumen zwischen den WB-Staaten und der EU im Bausektor und in der Nahrungsmittelproduktion liegt bei jeweils zwei Drittel und drei Viertel ihres Potentials. Der Handel aller anderen Produkte hat sein Potential erreicht.

Wenn man das Handelsvolumen zwischen den Staaten des westlichen Balkans und den Staaten Ostmitteleuropas betrachtet, wird deutlich, dass der Handel nur im Textilsektor sein Potential nicht erreicht hat und bei nur 16% seines Potentials liegt. Dies wird erneut anhand der Tatsache erklärt, dass der Handel im Textilsektor stark auf die EU ausgerichtet ist. Die Handelsumlenkung (im Sinne des erhöhten Handels mit der EU in einem Sektor) wird auch im Sektor der Holzproduktion beobachtet – der Handel zwischen den WB-Staaten liegt genauso wie im Textilsektor weit unter dem Handelspotential.

Wenn man aus der Analyse Albanien ausschließt, weichen die Ergebnisse nicht stark von den bereits dargestellten ab – das Handelsvolumen zwischen den ehemaligen jugoslawischen Staaten im Bereich der Stahlproduktion liegt bei 30% und im Bereich der Textilproduktion bei 7% des Normalwerts.

Die Studie von Damijan et al., die den Grad der Handelsintegration der WB-Staaten untereinander und mit der EU schätzt, bestätigt dass:

- der Handel zwischen den WB-Staaten sein Potential (in fast allen Sektoren) erreicht hat, sodass ein Anstieg der Handelsströme zwischen dem westlichen Balkan und der EU erwartet wird,

- da die Handelsströme ihren Normalwert erreicht haben, die präferenziellen Handelsabkommen (CEFTA) zwischen den WB-Staaten nur einen geringen Einfluss auf das Handelsvolumen haben werden,
- das Handelsvolumen aller südosteuropäischen Staaten mit dem Rest der Welt weit unter dem Potential liegt.

Eine weitere Studie, die betont, dass die WB-Staaten ein niedriges Niveau der Integration mit der EU und dem Rest der Welt verzeichnen (aus Sicht des Handelsvolumens), bietet die Europäische Zentralbank.¹⁸⁴ In dieser Studie wurde ein ähnliches Gravitationsmodell wie bei Christie und Damijan et al. verwendet, jedoch beschränken sich die Ergebnisse nur auf Mazedonien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Albanien.

¹⁸⁴ Vgl. Bussière et al. (2005) S. 14

3. Die politischen Aspekte der wirtschaftlichen Integration

3.1 Kopenhagener Kriterien

Der Beitritt jedes WB-Landes zur EU, auf der Grundlage des EU-Vertrags, hängt von der der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und der Einhaltung der Anforderungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) ab:

*„ [...] each country's progress towards European integration, taking account of the evolution of the acquis, depends on its efforts to comply with the Copenhagen criteria and the conditionality of the stabilisation and association process. Moreover, in this process, regional cooperation and good neighbourly relations will remain essential elements of EU policy.“*¹⁸⁵

In diesem Unterkapitel wird auf die drei wichtigsten Kriterien, die in Kopenhagen im Jahr 1993 festgelegt wurden, eingegangen. Es handelt sich dabei um die politischen, die wirtschaftlichen und die *Acquis-Kriterien*. Eine weitere Voraussetzung im Rahmen der Kopenhagener Kriterien, ist die Bereitschaft der EU neue Mitglieder aufzunehmen (auf diesen Aspekt wird in dieser Arbeit nicht eingegangen). Im Rahmen der jeweiligen Unterkapitel wird die Erfüllung dieser Kriterien seitens der WB-Staaten erörtert. Der Schwerpunkt wird auf die wirtschaftlichen Kriterien gelegt.

3.1.1 Politische Kriterien

Die Beitrittskandidaten müssen laut diesem Kriterium, das auch in § 6 des EU-Vertrages¹⁸⁶ vorausgesetzt wird, eine institutionelle Stabilität vorweisen, die die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung dieser Länder gewährleistet. Die politischen Kriterien wurden für die WB-Staaten erweitert und beinhalten, neben den bereits erwähnten Voraussetzungen, Regelungen in Bezug auf den Minderheitenschutz, die Wahrung von Menschenrechten, die Behandlung von Flüchtlingen und die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY).¹⁸⁷ Daneben müssen die Länder gute nachbarschaftliche Beziehungen haben und es dürfen zwischen ihnen keine

¹⁸⁵ Council of the European Union (2005) S. 11

¹⁸⁶ Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (2002) S. 11

¹⁸⁷ Vgl. Inotai (2007) S. 288 und Calic (2004) S. 12

territorialen Streitigkeiten bestehen.¹⁸⁸ Obwohl der Begriff „gute nachbarschaftliche Beziehungen“ unterschiedlich interpretiert werden kann, sind die Probleme sichtbar – in keinem der WB-Staaten herrscht Klarheit was diese Forderung anbelangt. Im Dezember 2009 hat Griechenland wegen des seit 18 Jahren bestehenden Namenstreits, die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen Mazedoniens mit der EU verhindert; Serbien erkennt das Kosovo nicht an; die Animositäten zwischen Bosnien und Herzegowina, Serbien und Kroatien als Reminiszenzen des Krieges, nach dem Zerfall Jugoslawiens im Jahr 1990, sind immer noch nicht vollständig überwunden. Es sind viele Beispiele zu beobachten, die diese These bestätigen. Probleme sind auch im Bereich der Korruption und im Umgang mit den nationalen und ethnischen Minderheiten zu verzeichnen. Das Hauptziel der EU-Politik im westlichen Balkan ist im Gegensatz zu der EU-Politik gegenüber den Staaten Ostmitteleuropas, Rumänien und Bulgarien, die Konfliktprävention und die Verhinderung der Feindlichkeiten auf ethnischer Basis.¹⁸⁹

Klare Aussichten auf einen EU-Beitritt könnten das politische Problem des westlichen Balkans beheben. Besonders wichtig ist die eindeutige Einstellung der EU gegenüber dieser Problematik im Sinne der Konsistenz der europäischen Erweiterungspolitik. Vorschläge, wie z.B. die Erweiterung zu stoppen oder zu modifizieren (die Einführung so genannter Junior-Partnerschaften) könnten sich für beide Seiten als kontraproduktiv erweisen.¹⁹⁰

3.1.2 Wirtschaftliche Kriterien

Eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten gehören zu den in Kopenhagen vereinbarten wirtschaftlichen Kriterien.¹⁹¹

Die Europäische Kommission hat die Entwicklungen beobachtet und hat folgende Voraussetzungen festgelegt, die vor dem Beitritt, in Bezug auf das Kriterium „Funktionierende Marktwirtschaft“, erfüllt werden müssen:¹⁹²

¹⁸⁸ Vgl. Jovanović (2006) S. 729

¹⁸⁹ Vgl. Inotai (2007) S. 283

¹⁹⁰ Vgl. Calic (2005) S. 4

¹⁹¹ Vgl. European Commission (a) (o.A.) und Brasche (2008) S. 266

¹⁹² Vgl. European Commission (2009c) S. 1-2

- Das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wird als Folge des freien Zusammenspiels der Marktkräfte erreicht; die Preise und der Handel sind liberalisiert
- Abwesenheit von signifikanten Marktzutritts- und Marktaustrittskosten
- Das Rechtssystem, insbesondere die Regulierung der Eigentumsrechte ist vorhanden; Gesetze und Verträge können durchgesetzt werden
- Makroökonomische Stabilität ist erreicht (darunter Preisstabilität und nachhaltige öffentliche Finanzierung und Außenbilanzen)
- Breiter Konsens in Bezug auf die Grundlagen der Wirtschaftspolitik
- Der Finanzsektor ist in der Lage, die Ersparnisse mit produktiven Investitionen zu verknüpfen.

Die Fähigkeit dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten, wird anhand folgender Kriterien bewertet:¹⁹³

- Das Vorhandensein einer funktionierenden Marktwirtschaft, mit einem ausreichenden Niveau der makroökonomischen Stabilität, sodass die Wirtschaftssubjekte in der Lage sind, Entscheidungen unter stabilen und vorhersehbaren Bedingungen zu treffen
- Eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften und ausreichendes physisches Kapital (einschließlich Infrastruktur, Bildung und Forschung) bei angemessenen Kosten
- Umfang des Einflusses der Regierung auf die Wettbewerbsfähigkeit, über die Handels- und Wettbewerbspolitik, die Staatshilfen usw.
- Grad der Handelsintegration, den ein Land mit der EU vor dem Beitritt erreicht hat. Dies bezieht sich gleichermaßen auf das Volumen und die Art der gehandelten Güter
- Anteil der kleinen Firmen, da diese am meisten vom verbesserten Marktzugang profitieren.

Bei der Länderanalyse ist es wichtig zu beachten, dass diese Kriterien nicht als Checkliste betrachtet werden sollten, da deren Zusammenhang und gegenseitige Wirkung ebenfalls von großer Bedeutung sind. Außerdem beziehen sich die Schlussfolgerungen für die Beitrittskandidaten (Kroatien und Mazedonien) auf die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, während es sich bei den potentiellen

¹⁹³ Vgl. European Commission (2009c) S. 2

Beitrittskandidaten um den Fortschritt bei der Erfüllung der Kriterien handelt. Die Daten und Ergebnisse über die Erfüllung oder den Fortschritt bei der Erfüllung der Kriterien basieren auf der Berichterstattung der Europäischen Kommission (die in dieser Arbeit verwendeten Informationen basieren auf den Angaben von 2007 und 2008).¹⁹⁴ Im Rahmen dieser Arbeit werden nur ausgewählte und länderspezifische Unterkriterien bewertet, wobei eine Gesamtbewertung der Erfüllung der Kriterien für alle Länder vorhanden ist.

a) Die Beitrittskandidaten. Die EU hat bereits die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien begonnen, während Mazedonien wegen des Namensstreits mit Griechenland immer noch auf den Anfang der Verhandlungen wartet. Die kroatische Wirtschaft ist aus Sicht der makroökonomischen Leistung und der Offenheit (der Anteil des Handels am BIP beträgt über 100%) bzw. des Handels mit der EU, wie in Kapitel 2 dieser Arbeit präsentiert wurde, gut in der EU integriert; außerdem stammen 97% der DI aus den Staaten der EU. Kroatien ist eine funktionierende Marktwirtschaft und sollte fähig sein sich dem Konkurrenzdruck innerhalb der EU entgegenzusetzen. Die Inflation der letzten Jahre ist nur temporär und Folge der weltweiten Finanzkrise. Die Strukturreformen verlaufen langsam und das Geschäftsklima muss weiter verbessert werden – der kroatischen Regierung wird vorgeworfen, dass ihr ein klares mittelfristiges Ziel in Bezug auf die Wirtschaftspolitik fehlt, und dass ihre Entscheidungen oft einen *ad hoc* Charakter haben.

Mazedoniens Wirtschaftspolitik wurde bis 2008 stark von der Weltbank und dem IMF geprägt. Seit 2008 verzichtet das Land auf ein neues Abkommen mit dem IMF. Die mazedonische Volkswirtschaft verzeichnet ein solides Wachstum in den letzten Jahren, das jedoch von steigenden Inflationsraten und einer verschlechternden Zahlungsbilanz begleitet wird. Eines der größten Probleme bleibt die hohe Arbeitslosigkeit, sowie die institutionellen Schwächen, die Justiz und die Korruption. Wenn man jedoch ausschließlich die wirtschaftlichen Kriterien beobachtet, kann man feststellen, dass Mazedonien eine funktionierende Marktwirtschaft ist und in der Lage sein sollte, in der mittleren Frist, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten. Die wirtschaftliche Integration mit der EU ist weit fortgeschritten.

¹⁹⁴ Vgl. European Commission (2009c) S. 6 ff.

b) Die potentiellen Beitrittskandidaten. Albanien's Entwicklung wird von der unzuverlässigen Energieversorgung, der schwachen Justiz und der Ineffizienz der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen stark beeinträchtigt. Wie bereits erörtert, ist der Anteil Handels am BIP in Albanien relativ hoch (81% in 2007); dieser Anteil ist jedoch auf die hohen Importe zurück zu führen. Außerdem fließen zwei Drittel der Exporte nach Italien und 50% der Importe stammen nur aus zwei Ländern. Das Land hat noch keine funktionierende Marktwirtschaft und um den Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standhalten zu können, sind Investitionen in Bildung und Infrastruktur notwendig.

Bosnien und Herzegowina verzeichnet ein relativ hohes Niveau der wirtschaftlichen Integration mit der EU – die EU ist der wichtigste Handelspartner. Das SAA¹⁹⁵ wird dazu beitragen, dass dieses Verhältnis zur EU vertieft wird, und dass die Handelsintegration mit der EU ausgebaut wird. Das Land verzeichnete in den letzten Jahren externe Defizite, hohe Inflation und Arbeitslosigkeit, und eine expansive Finanzpolitik, wodurch sich die makroökonomische Stabilität verschlechtert hat. Bosnien und Herzegowina muss weitere Reformen durchführen, um eine funktionierende Marktwirtschaft zu haben, und um sich dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU entgegenzusetzen zu können. Es herrscht Konsens über die Grundlagen der Wirtschaftspolitik, sodass eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage möglich ist.

Montenegro ist ein sehr offenes Land, mit einem Anteil des Handels am BIP von 150%. Der wichtigste Handelspartner ist die EU, die auch für 53% der DI in Montenegro verantwortlich ist – die wirtschaftliche Integration mit der EU ist somit sehr hoch. Die montenegrinische Volkswirtschaft entwickelte sich in den letzten Jahren sehr stark, auch dank der Strukturreformen und der institutionellen Kapazitäten. Die größte Herausforderung liegt in der Sphäre der Rechtsstaatlichkeit. Das Land hat große Fortschritte in der Etablierung einer funktionierenden Marktwirtschaft gemacht. Reformen sind notwendig, um mittelfristig dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten.

Serbien ist eine offene Volkswirtschaft – der Anteil des Handels am BIP betrug im Jahre 2007 78%. Wie bei allen CEFTA-Ländern ist die EU der wichtigste Handelspartner, sodass auch die wirtschaftliche Integration mit der EU hoch ist.

¹⁹⁵ Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Bosnien und Herzegowinas wurde von der EU noch nicht ratifiziert

Die DI verzeichnen ebenfalls einen stetigen Zuwachs. Die wichtigsten Herausforderungen die Strukturreformen fordern, sind die hohe Arbeitslosigkeit und die hohe Inflationsrate, sowie die Korruption und die organisierte Kriminalität. Die Schlussfolgerungen in Bezug auf die wirtschaftlichen Kriterien sind dieselben wie bei Montenegro.

Im Kosovo ist der Anteil des Handels am BIP am niedrigsten von allen WB-Staaten und liegt bei 62%. Die Wirtschaftsintegration mit der EU hat sich verbessert. Jedoch stehen dem Kosovo viele wichtige Veränderungen in der Politik und zahlreiche Strukturreformen bevor. Die Arbeitslosigkeit und die Inflation sind sehr hoch; die Infrastruktur, das Bildungssystem und die Energieversorgung befinden sich in einem sehr schlechten Zustand. Das Kosovo hat sehr geringe Fortschritte bezüglich der Etablierung einer funktionierenden Marktwirtschaft gemacht, zumal der Privatisierungsprozess nicht abgeschlossen ist. Hohe Investitionen in Bildung und Infrastruktur sind notwendig um dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standhalten zu können.

3.1.3 Acquis Communautaire

Nach dem festgestellt wird, dass ein Land die Kopenhagener Kriterien erfüllt, wird die Integrationswilligkeit im Sinne der Verpflichtungen der EU-Mitgliedschaft geprüft – die Integrationswilligkeit widerspiegelt sich in der Bereitschaft der Kandidaten, die notwendigen Anpassungsleistungen auf sich zu nehmen, um den *Acquis Communautaire* zu übernehmen, womit sie die Ziele der EU auch als eigene übernehmen.¹⁹⁶ Bis zum Zeitpunkt des Beitritts zur EU muss der Kandidat alle verabschiedeten Verträge seitens der EU (und die darauf basierenden Richtlinien, Verordnungen und Beschlüsse) übernehmen und anwenden. Außerdem werden die Verträge der EU mit allen Drittländern, sowie die rechtlichen, institutionellen und finanziellen Voraussetzungen für die Ausführung der sektoralen EU-Politiken übernommen.¹⁹⁷ Ferner beinhaltet der *Acquis* die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes, Beschlüsse und andere Akten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Beschlüsse und andere Akten im Rahmen der Zusammenarbeit der Justiz und des Inneren und die seitens der EU beschlossenen internationalen Verträge, sowie die Verträge, die

¹⁹⁶ Vgl. Brasche (2008) S. 267 und Calic (2004) S. 12

¹⁹⁷ Vgl. Brasche (2008) S. 267

zwischen den Mitgliedsstaaten der EU abgeschlossen wurden.¹⁹⁸ Der *Acquis* hatte bei der Erweiterung der EU mit den Staaten Ostmitteleuropas 31 Kapitel, während bei den Verhandlungen mit Kroatien der *Acquis* aus 35 Kapiteln¹⁹⁹ besteht und zurzeit ca. 85 000 Seiten hat. Zum Vergleich mussten Spanien und Portugal nur über 40 000 Seiten des *Acquis* verhandeln. Die Forderung der EU zu ständigen Anpassung in Bezug auf den *Acquis* und die jeweiligen Rechtssysteme, die die WB-Staaten vornehmen müssen, wird oft seitens der WB-Staaten als Obstruktion des Beitrittsprozess wahrgenommen.

Der Beitrittskandidat muss den sich ständig ändernden *Acquis* vollständig akzeptieren und implementieren – mit einbezogen werden alle Änderungen, die bis zum Zeitpunkt des Beitritts eines Landes stattfinden.²⁰⁰ Die Kosten für die Implementierung des *Acquis* sind zudem sehr hoch und die administrativen und gerichtlichen Kapazitäten beschränkt; die potentiellen Beitrittskandidaten rechnen jedoch mit einem schnellen Anstieg der DI nach dem Beitritt zur EU, womit diese Kosten ausgeglichen werden.²⁰¹

3.2 Institutionelle Beziehungen der EU zum westlichen Balkan

Die Verhandlungen mit den Staaten Ostmitteleuropas fanden in einer frühen Phase der Transformation dieser Länder statt – dies war in den Staaten des westlichen Balkans nicht der Fall, zumal diese Länder in langjährige Kriege und diverse Konflikte verwickelt waren. Nach der EU-Osterweiterung in 2004 und 2007 wurde deutlich, dass eine Erweiterung um die Staaten des westlichen Balkans einer neuen Vorgehensweise bedarf. Die wichtigsten Fragen, die sich die EU stellte, lauteten: Wie schafft man nachhaltige Entwicklung in der Region; wie unterstützt man die demokratischen Entwicklungen im westlichen Balkan und wie und auf welchem Niveau kann man die WB-Staaten in den institutionellen Rahmen der europäischen Integration mit einbeziehen?²⁰² Um diese Fragen zu beantworten, wird im Rahmen dieses Unterkapitels auf den Stabilitätspakt für Südosteuropa und den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess eingegangen.

¹⁹⁸ Vgl. Piazzolo (2001) S. 18-19

¹⁹⁹ Siehe hierzu Anhang: Tabelle 14

²⁰⁰ Vgl. Piazzolo (2001) S. 18

²⁰¹ Vgl. Jovanović (2006) S. 736

²⁰² Vgl. Inotai (2007) S. 22

3.2.1 Der neue institutionelle Rahmen

Nach dem Friedensabkommen von Dayton (1992) und dem Krieg im Kosovo im Jahr 1999 wurde seitens der EU eine umfangreiche Strategie für Südosteuropa (westlicher Balkan) entwickelt. Die wichtigsten Aufgaben der EU-Kommission in Bezug auf die Politik gegenüber der Region sind: Gestaltung der EU-Politik, Umsetzung der EU-Hilfe, Erstellen von Bewertungsberichten über die Fortschritte jedes WB-Landes hinsichtlich der EU-Integration und Verhandlungen über vertragliche Vereinbarungen.²⁰³

Der Weg Rumäniens und Bulgariens in die EU war ähnlich wie der der Staaten Ostmitteleuropas. Für den westlichen Balkan mussten neue Bedingungen festgelegt werden, zumal Rumänien und Bulgarien mäßige Fortschritte seit dem Beitritt zur EU verzeichnen (die Beitrittschancen der WB-Staaten werden auch wegen der Kontroversen um den EU-Beitritt Türkei nicht besser).²⁰⁴ Die Überschneidung vieler internationaler und europäischer Programme macht die Lage noch mehr unübersichtlich (Bosnien und Herzegowina z.B. befindet sich unter EU-Verwaltung, während Kosovo, sich unter der Verwaltung der Vereinten Nation (UNMIK) befindet). Die Schwerpunkte der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich der Region sind: Regionalität, Konditionalität, Trennung von Agenden, die Europäische Perspektive und „Standards vor Status.“²⁰⁵ Der Stabilitätspakt stellte sich die regionale Zusammenarbeit als Hauptziel, wie im nächsten Unterkapitel erörtert wird.

Parallel zum Stabilitätspakt wurde ein anderes Programm ins Leben gerufen, das die Regionalität und auch andere Aufgaben übernahm (mit dem Fokus auf die Konditionalität und die Europäische Perspektive) – der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP), der zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA), zum Antrag auf Mitgliedschaft in der EU und zu Beitrittsverhandlungen führen kann.

3.2.2 Stabilitätspakt für Südosteuropa

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa (SP) wurde im Juni 1999, in Köln, auf Initiative der EU (insbesondere Deutschlands), der OECD und der G-8 ins Leben

²⁰³ Vgl. Inotai (2007) S. 24

²⁰⁴ Vgl. Altmann (2008) S. 273

²⁰⁵ Vgl. Inotai (2007) S. 24

gerufen, und in Sarajevo bestätigt. Im Gegensatz zum SAP handelt es sich beim SP um eine internationale Initiative, an der eine Vielzahl von Ländern beteiligt ist: alle EU-Länder, alle Staaten Südosteuropas (und die Türkei), die USA, Japan, Kanada, Russland, Norwegen und die Schweiz. Außerdem sind an dem SP viele internationale Institutionen beteiligt: die NATO, die OSCE, das Flüchtlingskommissariat der UN, die Weltbank, die OECD, der IMF und die EBRD.²⁰⁶ Der SP hat keine eigenen Mittel, und hat eine Vermittlungsrolle und hilft bei der Koordination der Stabilisierung, der Modernisierung und der Zusammenarbeitsprogramme.²⁰⁷ Im Jahr 2008 wurde der SP vom Regionalen Kooperationsrat (RCC) abgelöst, der die Verantwortung der Region übergibt.

Der SP wurde als Forum konzipiert, das für die politische und wirtschaftliche Stabilität der südosteuropäischen Staaten sorgen sollte – außer auf die WB-Staaten bezog sich der SP auf Bulgarien, Rumänien und Moldau. Das Hauptziel des SP war am Anfang die Vorbereitung und Durchführung der bilateralen, multilateralen und der intrastaatlichen Abkommen, mit dem Ziel die regionalen Konflikte in Südosteuropa zu beenden und Kapazitäten zu schaffen, die die politischen und wirtschaftlichen Defizite beheben würden.²⁰⁸ Das Hauptziel veränderte sich im Laufe der Zeit und der SP fokussierte sich vor dem Übergang zum RCC vor allem auf die Schaffung der Rahmenbedingungen für die regionale Zusammenarbeit innerhalb der betroffenen Region. Somit unterstützt der SP die Bemühungen der Staaten zur Integration in die EU und NATO, da die regionale Zusammenarbeit als wichtigste Voraussetzung für den Beitritt zur EU bzw. zur NATO angesehen wird.²⁰⁹

Der SP bestand aus drei so genannten Arbeitstischen: Demokratisierung und Menschenrechte; Wirtschaftlicher Wiederaufbau, Zusammenarbeit und Entwicklung; und einen dritten, der sich mit Sicherheitsfragen auseinandersetzte.²¹⁰ Ein so genannter Regionaltisch war für die Erfüllung der Ziele des SP verantwortlich und fungierte als Lenkungsgremium. Im folgenden Abschnitt wird kurz auf den wirtschaftlichen Arbeitstisch eingegangen.

²⁰⁶ Vgl. Stability Pact (1999) o.S.

²⁰⁷ Vgl. Stability Pact (o.A.) o.S.

²⁰⁸ Vgl. Stability Pact (2005) o.S.

²⁰⁹ Vgl. Stability Pact (2005) o.S.

²¹⁰ Vgl. Stability Pact (1999) o.S.

Die Aktivitäten des zweiten Arbeitstisches bezogen sich auf den regionalen Handel, den Kapitalverkehr und die Entwicklung der Infrastruktur. Das Hauptziel im Rahmen dieses Arbeitstisches war die wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Region und zwischen der Region und der EU, sowie die Schaffung einer Freihandelszone auf dem Balkan (§ 10 des Gründungsvertrags des SP).²¹¹ Die Vereinbarung der bilateralen Freihandelsabkommen zwischen den Staaten Südosteuropas war im Rahmen des so genannten *Memorandum of Understanding on Trade Liberalisation and Facilitation* (§ 1 des Gründungsvertrags des SP) im Jahr 2001 vereinbart.²¹² Die 32 bilateralen Handelsabkommen wurden im Jahr 2006 zu CEFTA zusammengeführt, sodass aus Sicht des SP das Hauptziel aus wirtschaftlicher Perspektive erfüllt wurde.

Die größte Kritik²¹³ gegenüber dem SP ist das Nichtvorhandensein von Konditionalitäten. Die Mitgliedsstaaten Südosteuropas mussten sich dem Ziel der regionalen Zusammenarbeit lediglich „widmen“ (§ 8 des Gründungsvertrags des SP).²¹⁴ Außerdem wurden nur kurzfristige Ziele formuliert und die Finanzierung der Projekte wurde von den internationalen Partnern erwartet. Langfristige Ziele, die einen Beitritt zur EU versprechen, wurden nicht benannt. Ein anderer Kritikpunkt sind die gegensätzlichen Ziele des SP und des SAP, da der erste versucht, die wirtschaftlichen und politischen Unterschiede zu beseitigen, während der zweite zur größeren Spaltung der Länder führen könnte, die wie bereits dargestellt, nicht immer bereit sind oder sein können, die politischen Anforderungen in der gleichzeitig wahrzunehmen. Hinzu kommt die unterschiedliche Wirkung gleicher Maßnahmen in verschiedenen Ländern. Ein weiterer Kritikpunkt ist die große Anzahl von Akteuren, die die Durchsetzung von EU-Zielen erschwert, zumal die Rolle der internationalen Gemeinde in Bezug auf die EU-Erweiterung unklar ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der SP am Anfang des Transformationsprozess der WB-Staaten eine große Rolle gespielt hat, besonders im Rahmen der politischen und gesellschaftlichen Stabilisierung, und des Wiederaufbaus der kriegsgeschädigten Region. Die wichtigste wirtschaftliche und politische Rolle spielt weiterhin der EU, zumal sie fast gleichzeitig mit dem SP,

²¹¹ Vgl. Stability Pact (1999) o.S.

²¹² Vgl. Stability Pact (2001) S. 2 ff.

²¹³ Vgl. Inotai (2007) S. 36

²¹⁴ Vgl. Stability Pact (1999) o.S.

ihr eigenes Programm geschaffen hatte, nämlich den SAP, mit dem sich die EU-Perspektive der WB-Staaten verbessert hat.²¹⁵

3.2.3 Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess

Im Zuge der neuen Strategie gegenüber dem westlichen Balkan hat die EU-Kommission im Jahre 1999 den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess ins Leben gerufen. Auf dem Gipfeltreffen in Zagreb wurden im Jahre 2000 die dafür notwendigen Instrumente vereinbart; diese wurden dann im Jahr 2003 in Thessaloniki, im Rahmen der Thessaloniki-Agenda, erweitert. Das wichtigste Instrument, das in Thessaloniki geschaffen wurde, sind die Europäischen Partnerschaften – individuelle Partnerschaftsabkommen wurden seitdem mit jedem WB-Land vereinbart. Sie beziehen sich auf die besonderen Bedürfnisse jedes Landes, wobei die Länder verpflichtet sind, die vereinbarten Prioritäten und Verpflichtungen, die mit den Europäischen Partnerschaften vereinbart wurden, zu erfüllen (die Finanzhilfe der EU ist an die in den Europäischen Partnerschaften festgelegten Prioritäten gebunden).²¹⁶ In Thessaloniki wurde noch einmal betont, dass:

*„The EU reiterates its unequivocal support to the European perspective of the Western Balkan countries. The future of the Balkans lies within the European Union.“*²¹⁷

Im Rahmen des SAP verpflichten sich die Vertragsparteien zu einer formellen Assoziierung mit der EU, die die graduelle Handelsliberalisierung und unterschiedliche Reformen beinhaltet, mit dem Ziel die EU-Standards in die Legislative der WB-Staaten zu implementieren.

Die Konditionalitäten im Rahmen des SAP beruhen auf den Kopenhagener Kriterien und beinhalten sowohl allgemeine als auch länderspezifische Voraussetzungen. Die letzteren beziehen sich hauptsächlich auf die Verpflichtungen der WB-Staaten, außer Albanien, gegenüber dem ICTY²¹⁸ (Kroatiens und Serbiens Fortschritte sind besonders stark von der Zusammenarbeit mit dem ICTY abhängig). Mazedonien erhielt zusätzlich die

²¹⁵ Vgl. Altmann (2009) S. 98

²¹⁶ Vgl. European Commission (b) (o.A.) o.S

²¹⁷ European Commission (2003a) o.S.

²¹⁸ Vgl. Calic (2005) S. 3

Auforderung den Namensstreit mit Griechenland zu lösen als Voraussetzung für den EU-Beitritt.

Die EU vereinbart mit jedem Land eine eigene Strategie, die als Grundlage für die Hilfe und Zusammenarbeit gilt – jedes Land wird individuell unterstützt und bewertet. Dies basiert auf den Möglichkeiten und dem daraus resultierenden Reformtempo jedes Landes (Regatta-Prinzip).²¹⁹

*„Der SAP ist ein mit Konditionalitäten ausgestattetes Instrument, das den Westbalkan-Länder erlaubt, durch individuelle Reformschritte selbst das Tempo der Annäherung zu bestimmen [...]“*²²⁰

Der SAP basiert auf drei Grundprinzipien.²²¹

- Angebot von politischen und wirtschaftlichen Anreizen, mit dem Ziel der Heranführung an die EU und langfristig die Integration in die EU
- Reform-Verpflichtung seitens der WB-Staaten
- Die regionale Zusammenarbeit der WB-Staaten ist notwendig.

Die Ziele des SAP könnte man wie folgt zusammenfassen.²²²

- Stabilisierung der WB-Staaten und Unterstützung des schnellen Wandels zu funktionierenden Marktwirtschaften
- Förderung der regionalen Zusammenarbeit
- Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der EU.

Die Ziele sind jedoch nicht klar ausformuliert, da der Begriff „schneller Wandel“ frei interpretiert werden kann.²²³ Hinzu kommt die Aufwändigkeit und Langwierigkeit des SAP, die im Gegensatz zur Aufforderung zu schnellen Reformen steht. Der SAP besteht aus mehreren Phasen: Vorverhandlungen, bilaterale Verhandlungen (basierend auf Konditionalitäten) Durchführbarkeitsstudien (beinhaltet die Auftragsvergabe der Anfertigung der Studie und das Publizieren der Ergebnisse seitens der EU), falls positiv bewertet kommt es zu Verhandlungen zum SAA, zur Unterzeichnung des SAA, zur Ratifizierung des SAA und zur Implementierung des SAA.²²⁴ Kroatien z.B. hat

²¹⁹ Vgl. Calic (2004) S. 12

²²⁰ Auswärtiges Amt (2009) o.S.

²²¹ Vgl. Auswärtiges Amt (2009) o.S.

²²² Vgl. European Commission (2009d) o.S.

²²³ Siehe hierzu: Stiglitz (2002) S. 180 ff.

²²⁴ Vgl. Inotai (2007) S. 26

das SAA im Jahr 2001 unterzeichnet, 2004 wurde es ratifiziert und 2005 ist das SAA in Kraft getreten. Die regionale Zusammenarbeit wurde bereits im zweiten Kapitel dieser Arbeit ausführlich präsentiert – diese Forderung kann man nicht als notwendige Voraussetzung betrachten, da die Länder bereits stark mit der EU integriert sind (besonders in Bezug auf den Handel).

Der SAP basiert auf einer fortgeschrittenen Partnerschaft mit der EU, bei der seitens der EU eine Mischung von Handelszugeständnissen (autonome Handelsmaßnahmen – ATM), wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung (IPA-Programme) und eine vertragliche Bindung – das so genannte Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA), angeboten werden.²²⁵ Die Fortschritte im Rahmen des SAP werden in jährlichen Berichten der EU-Kommission analysiert, um die Fortschritte in Bezug auf einen EU-Beitritt zu bewerten.

a) Autonome Handelsmaßnahmen (ATM). Die ATM, die im Jahr 2000 in Kraft getreten sind, ermöglichen einen zollfreien Zugang für fast alle Produkte aus den WB-Staaten, und bieten zusammen mit den relevanten Regelungen des SAA einen Rahmen, mit dem der Handel zwischen der EU und dem westlichen Balkan gefördert wird, womit auch die DI und die Entwicklung der gesamten Region stimuliert werden.²²⁶ Die ATM sehen einen asymmetrischen Abbau von Handelsbeschränkungen vor.²²⁷

Im Zeitraum zwischen der Unterzeichnung des SAA und seiner Ratifizierung werden die Handelsbeziehungen von Interimsabkommen geregelt.²²⁸ Mit den ATM wird den WB-Staaten ein zollfreier Zugang aller Exporte zum EU-Markt, ohne quantitative Restriktionen ermöglicht; ausgenommen sind davon Exporte von einigen Fisch- und Rindfleischprodukten und Wein.²²⁹ An dieser Stelle sei erwähnt, dass Wein einer der wichtigsten Exporte des Agrarsektors der WB-Staaten ist. Obwohl die ATM zum Anstieg der Exporte in manchen Branchen geführt haben (vor allem der zweiseitige Handel mit Zucker, Maschinen und Transportmitteln), steht eine Revidierung und Harmonisierung der phytosanitären und veterinären Standards bevor.

²²⁵ Vgl. European Commission (2009e) o.S.

²²⁶ Vgl. European Commission (2009e) o.S. und European Commission (2006) S. 6

²²⁷ Vgl. European Commission (2003b) S. 20 ff.

²²⁸ Vgl. European Commission (2003b) S. 20

²²⁹ Vgl. European Commission (2003b) S. 20

Ogleich die EU behauptet, dass die ATM den Handel zwischen der EU und dem westlichen Balkan stark angekurbelt haben,²³⁰ wird von dem im Kapitel 2 dargestellten Gravitationsmodell und von der Analyse der Handelströme im selben Kapitel deutlich, dass dies nicht nachvollziehbar ist. Die ATM haben lediglich dazu beigetragen, dass die Importe aus der EU in die WB-Staaten gestiegen sind, und die Exporte in die EU gesunken sind.²³¹ Dies wird auch von der Tatsache bestätigt, dass die diagonale Kumulation in Bezug auf die Ursprungsregeln der EU immer noch nicht in allen Ländern der Region implementiert wurde. Die diagonale Kumulation ermöglicht den Wirtschaftssubjekten bei der Produktion Komponenten zu verwenden, die aus anderen, am Abkommen teilnehmenden, Staaten stammen. Somit wird vermieden, dass die Produkte beim Export in die EU den präferenziellen Status verlieren.²³² Die existierenden Freihandelsabkommen mit den WB-Staaten (SAA mit Kroatien, Mazedonien und Albanien auf der einen Seite, und Interimsabkommen mit Montenegro, Serbien und Bosnien und Herzegowina auf der anderen Seite) basieren auf bilateraler Kumulation, was bedeutet, dass diese Länder mit der EU, aber nicht unter sich kumulieren können (Beispiel: Ein Produkt erhält einen Zusatzwert von jeweils 30% in Kroatien und Mazedonien. Um in die EU exportiert werden zu können, muss dieses Produkt mindestens aus 50% kroatischer Komponenten bestehen. Wenn aber die diagonale Kumulation verwendet wird, kann dieses Produkt in die EU exportiert werden, da es aus 60% „kroatischer“ Komponenten besteht; dies erfolgt daraus, dass die kroatischen und mazedonischen Anteile kumuliert wurden).²³³ Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass auf diese Weise sieben Freihandelszonen mit den jeweiligen WB-Staaten entstehen müssten, da der SAP bilateral ausgerichtet ist. Waren aus einem WB-Land, die Vorerzeugnisse aus einem anderen SAA-Land beinhalten, werden als „externe Importe“ betrachtet und werden demnach verzollt.²³⁴ Die diagonale Kumulation wird seitens der EU im einen zweischrittigen Verfahren implementiert. Im ersten Schritt bildet die EU eine Zone der diagonalen Kumulation mit den SAA-Ländern (zurzeit Kroatien, Mazedonien und Albanien).

²³⁰ Vgl. European Commission (2003b) S. 20 ff.

²³¹ Vgl. Calic (2005) S. 9

²³² Vgl. Kathuria (2008) S. 80

²³³ Vgl. European Commission (c) (o.A.) o.S.

²³⁴ Vgl. Calic (2004) S. 24

Im zweiten Schritt werden alle Länder, die die Voraussetzungen erfüllen, in die Paneuropa-Mittelmeer-Kumulierungszone der diagonalen Kumulation integriert (EU, Türkei, EFTA und alle anderen Mittelmeer-Staaten, die sich an diesem Abkommen beteiligen).²³⁵

b) Instrument für Heranführungshilfe (IPA). Seit dem Jahr 2007 ersetzt das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) die bis dahin geltenden unterschiedlichen Instrumente wie PHARE, ISPA, SAPARD und das Finanzinstrument CARDS. Für die WB-Staaten werden im Zeitraum von 2007 bis 2010 ca. 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, womit diverse Aspekte der Heranführung und der Integration verfolgt werden.²³⁶ Mit dem IPA werden die WB-Staaten bei der Durchführung der politischen, institutionellen und wirtschaftlichen Reformen unterstützt, sodass sie in die Lage gesetzt werden die EU-Standards zu erreichen.

c) Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA). Das SAA basiert auf der erfolgreichen Erfüllung der SAP-Voraussetzungen und stellt eine höhere Stufe der institutionellen Zusammenarbeit mit der EU dar.²³⁷ Es handelt sich beim SAA um ein Vertragsverhältnis zwischen der EU und jedem WB-Land, das gemeinsame Rechte und Verpflichtungen enthält. Es basiert auf einer graduellen Einführung einer Freihandelszone mit der EU, der regionalen Zusammenarbeit, der Anpassung an die EU-Legislative, und der Zusammenarbeit mit der EU in Bereichen wie Justiz, Visa-Angelegenheiten, Grenzkontrolle, illegale Immigration, Transport, Energie usw.²³⁸ Dank einer Freihandelszone mit der EU (und anderen dazugehörigen Regelungen) würde laut der EU-Kommission, dieser Prozess die Integration mit der EU erst möglich machen. Die erfolgreiche Implementierung des SAA kann man als Voraussetzung für den Beitritt zur EU betrachten – seit 2008 haben alle WB-Staaten ein SAA mit der EU unterzeichnet (ausgenommen Kosovo), wobei es für Mazedonien im Jahr 2004, Kroatien 2005 und für Albanien im Jahr 2009 bereits in Kraft getreten ist.

Laut der EU basieren die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen auf den Europa-Verträgen (die traditionellen Assoziierungsabkommen), die mit den

²³⁵ Vgl. European Commission (c) (o.A.) o.S

²³⁶ Vgl. Auswärtiges Amt (2009) o.S.

²³⁷ Vgl. Inotai (2007) S. 29

²³⁸ Vgl. European Commission (2009e) o.S.

Staaten Ostmitteleuropas verhandelt wurden. Jedoch beinhaltet das SAA einige zusätzliche Elemente:²³⁹

- Die Verpflichtung der EU gegenüber den WB-Staaten zur zukünftigen Mitgliedschaft. Somit wurde eine Verbindung zwischen Assoziierung und Mitgliedschaft geschaffen, obwohl wie bereits erörtert, alle Bedingungen nicht geklärt sind – die Beziehung zwischen Assoziierung, der Implementierung des SAA und der Mitgliedschaft ist unklar, sowie die Dauer der einzelnen Phasen.
- Die regionale Zusammenarbeit und die Unterzeichnung und Implementierung der bilateralen Freihandelsabkommen sind Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung des SAA. Obwohl dies ebenfalls Teil der Europa-Verträge war, war es nicht in den Kopenhagener Kriterien implementiert.
- Die Handelskonzessionen, die von der EU eingeräumt worden sind, sind wie bereits dargestellt, restriktiv in Bezug auf die Ursprungsregeln.

Die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen sind ein wichtiges Instrument, das zur Handelsintegration des westlichen Balkans mit der EU, zu Reformen und zum EU-Beitritt beiträgt.²⁴⁰ Nach dem In-Kraft-Treten des SAA bewirbt sich der potentielle Kandidat für die Mitgliedschaft und antwortet auf den Fragebogen der EU, woraufhin das Land (bei positiver Bewertung) den Status eines Beitrittskandidaten erhält. Danach folgt der so genannte *Screening-Prozess*. Kroatien ist das einzige WB-Land, das Beitrittsverhandlungen führt und verhandelt zurzeit die einzelnen Punkte des *Acquis*, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen wird.

3.3 Herausforderungen und Perspektiven

Der neue institutionelle Ansatz (der SAP) und der Regionalansatz der EU gegenüber dem westlichen Balkan sind wegen der stetigen Veränderung der Rahmenbedingungen mit Chancen und Risiken verbunden.²⁴¹ Zu den größten Risiken zählen die mögliche Verstärkung der regionalen Disparitäten zwischen den EU-Mitgliedern, den potentiellen Kandidaten und den assoziierten Ländern nach der Erweiterung, und die sinkenden Hilfen der Geberstaaten im Rahmen des

²³⁹ Vgl. Inotai (2007) S. 29-30

²⁴⁰ Vgl. European Commission (2006) S. 5

²⁴¹ Vgl. Calic (2004) S. 5

SAP. Ein weiteres Hindernis stellt die Uneinigkeit der WB-Staaten in Bezug auf die Teilnahme Kosovos an regionalen Treffen, Initiativen und Abkommen (die Kosovo-Frage führt z.B. zu Problemen in der Verabschiedung der Protokolle über die Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten).²⁴²

Die neuen freien Kapazitäten der EU, die für den Balkan eingesetzt werden können, die immer stärker werdende interne EU-Lobby für eine aktive Balkanpolitik, und der Anstieg der Motivation bei den WB-Staaten nach der Eröffnung der Verhandlungen mit Kroatien und die Ernennung Mazedoniens zum Beitrittskandidaten, sind wichtige positive Signale der EU gegenüber der Region. Der Integrationsprozess ist für beide Seiten wichtiger als der Akt der Integration, da es im Laufe des Integrationsprozesses zur Handelsliberalisierung zwischen der EU und den WB-Staaten kommt (nach dem Beitritt zur EU werden keine dramatischen Veränderungen in Bezug auf den Handel erwartet). Außerdem wird die makroökonomische und soziale Stabilität der Region im Laufe des Integrationsprozesses erhöht.²⁴³

Beim Vergleich des BIP der WB-Staaten wird deutlich, dass zwischen den Ländern hohe Disparitäten zu beobachten sind. Dies wird mit dem Erhalt der Vorbeitrittshilfen der EU, die die Beitrittskandidaten bekommen (besonders Kroatien, da sein BIP bei der Verabschiedung des SAP im Jahre 1999 dreimal höher als das von Bosnien und Herzegowina und fünfmal höher als das von Albanien war) umso ausgeprägter sein.²⁴⁴ Neben regionalen sind auch sektorale Disparitäten zu verzeichnen – die Reformen in den Bereichen Energie, Handel und Infrastruktur sind viel fortgeschrittener als die Reformen im Justiz- und Verwaltungsbereich.²⁴⁵

Ein wichtiger Kritikpunkt ist in der Präambel des SAA²⁴⁶ mit jedem WB-Land zu finden. Die assoziierten Länder werden als „potentielle Mitglieder“ der EU definiert, ohne zu erklären in welchem Verhältnis die Assoziierung, die Implementierung des Abkommens und die Möglichkeiten zur Vollmitgliedschaft zueinander stehen. Im Vergleich zu den Europa-Abkommen bei der Erweiterung der EU mit den Ländern Ostmitteleuropas, bietet der SAP eine schwächere Form

²⁴² Vgl. European Commission (2009f) S. 6-7

²⁴³ Vgl. Gligorov (2007) S. 280

²⁴⁴ Vgl. Calic (2004) S. 7

²⁴⁵ Vgl. Calic (2004) S. 8

²⁴⁶ Vgl. Council of the European Union (2001) S. 4 ff. und Calic (2004) S. 23

der Assoziierung, jedoch mit ähnlichem Reformanreiz in den jeweiligen Ländern, trotz geringerer Privilegien (Ursprungsregeln) und zusätzlicher Konditionalitäten (regionale Zusammenarbeit).

Eines der wichtigsten Ziele des SAP ist die Aufhebung der Zollbarrieren und anderer Handelshemmnisse, sowohl innerhalb der Region als auch im Handel mit der EU. Die EU betrachtet die Außenwirtschaft als wichtigstes Instrument, das die regionale und europäische Integration des Balkans beschleunigen könnte.²⁴⁷ Die positiven Wachstumseffekte des Handels bleiben jedoch aus. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe.²⁴⁸

- Die Ausschöpfung der gewährten Handelsvorteile seitens der EU bleibt aus strukturellen Gründen aus. Dies bezieht sich insbesondere auf die ineffiziente Zollverwaltung und das Nicht-Vorhandensein von wettbewerbsfähigen Unternehmen.
- Der privilegierte Zugang der Anbieter aus der Balkanregion zum EU-Markt wird durch Ursprungsregeln erschwert. Wie bereits erörtert, würde die diagonale Kumulation, die mittlerweile eingeführt wird, dazu beitragen, dass der Handel zwischen den WB-Staaten steigen wird.
- Die Struktur der Exporte der SAP-Länder ähnelt sich, sodass die Konkurrenz zwischen den WB-Staaten stark ausgeprägt ist. Die Exporte basieren auf einem niedrigen Niveau der Technologie und einfacher Arbeit, womit die WB-Staaten auch in direkter Konkurrenz zu den Billiglohnländern stehen. Wachstumsimpulse, die auf der EU-Strategie des Außenhandels für die Balkanländer basieren, könnten demnach erst langfristig erreicht werden. Die Förderung der Technologie und der qualifizierten Arbeit sollte im Mittelpunkt der EU-Strategie stehen, um WB-Staaten international wettbewerbsfähig zu machen.

Die Konkurrenzfähigkeit der Region ist sehr niedrig, sodass man den Regionalansatz der EU und die Gründung von CEFTA nicht als Faktor betrachten kann, der eine konkurrenzfähige Produktionsstruktur hervorbringen könnte.²⁴⁹

Es bleibt der Eindruck, dass der SAP in den ersten fünf Jahren zu schnell von Stabilisierungsmaßnahmen (humanitäre Hilfe und Wiederaufbau) zur

²⁴⁷ Vgl. Calic (2004) S. 24

²⁴⁸ Vgl. Calic (2004) S. 24-25

²⁴⁹ Vgl. Grupe/Kušić (2005) S. 17

Europafähigkeit der WB-Staaten (Harmonisierung der Legislative und der Aufbau der institutionellen und administrativen Kapazitäten) übergangen ist – die Europafähigkeit der WB-Staaten kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Wohlstandsentwicklung gewährleistet ist.²⁵⁰

Ein eventueller Abbruch des EU-Erweiterungsprozesses oder ein Übergang zu sogenannten Juniormitgliedschaften, würde die bisherigen hohen Investitionen der EU in der Region verwertlosen. Dies würde schwerwiegende politische und wirtschaftliche Konsequenzen für die Region haben, und die Divergenz zwischen den Beitrittskandidaten und den potentiellen Kandidaten vertiefen.²⁵¹ Die Einigung Europas wird erst dann vollendet sein, wenn auch die WB-Staaten und die anderen Staaten Südosteuropas in die EU integriert werden.²⁵²

²⁵⁰ Vgl. Calic (2004) S. 30 ff.

²⁵¹ Vgl. Calic (2005) S. 1

²⁵² Vgl. Altmann (2009) S. 102

Fazit

In dieser Arbeit wurde ausführlich diskutiert, ob die regionale wirtschaftliche Integration als Voraussetzung für den Beitritt der Westbalkan-Länder zur EU gerechtfertigt ist.

Wenn man die Theorie der wirtschaftlichen Integration betrachtet, wird deutlich, dass unterschiedliche Meinungen der Theoretiker in Bezug auf die Effekte der wirtschaftlichen Integration herrschen. In den neueren Studien der wirtschaftlichen Integration besteht jedoch Konsens, dass der Nettoeffekt der Handelsschaffung und Handelsumlenkung ausschlaggebend ist, ob das Ergebnis positiv oder negativ ausfällt. Cooper und Massel beweisen anhand eines statischen Modells, dass die wirtschaftliche Integration primär eine politische Entscheidung ist, da die Theorie nicht in der Lage ist zu erklären, wieso Zollunionen gegründet werden.

Die Tatsache, dass es sich bei der Forderung der EU zur regionalen Integration um nicht-ökonomische Motive handelt, wird im zweiten Kapitel dieser Arbeit im Rahmen der Studien von Christie und Damijan et al., die auf dem Gravitationsmodell basieren, erneut bestätigt. Beide Studien beweisen, dass das Handelspotential zwischen den Staaten des westlichen Balkans und der EU viel höher ist als das Handelspotential zwischen den Westbalkan-Staaten selbst. Außerdem ist das Handelspotential mit den Ländern außerhalb der EU ebenfalls signifikant ausbaufähig. Mit diesen Studien wird ebenfalls bestätigt, dass CEFTA nur einen geringen Einfluss auf das Handelsvolumen haben kann.

Die kriegsgeschädigte Region benötigte einen neuen institutionellen Ansatz in Bezug auf die Integration in die EU. Dieser wurde, wie im dritten Kapitel erörtert, seitens der EU im Rahmen des regionalen Ansatzes und des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses als Ergänzung zu den Kopenhagener Kriterien definiert. Somit wurden die bereits bestehenden Forderungen im Rahmen der Kopenhagener Kriterien erweitert. Die wichtigste Neuerung, die der SAP hervorgebracht hat, ist die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der EU – die EU-Kommission versicherte den WB-Staaten auf mehreren Konferenzen die EU-Perspektive.

Die Herausforderungen, die vor dem Beitritt überwunden werden müssen, befinden sich in der Sphäre der Ökonomie und der Politik. Aus wirtschaftlicher

Perspektive wird ein höheres Niveau an diversifizierter und hochtechnologischer Produktion benötigt, um von Skaleneffekten profitieren zu können und somit die Konkurrenzfähigkeit auszubauen. Dies fordert die Zusammenarbeit der größeren Unternehmen in der Region. In diesem Zusammenhang werden ebenfalls Strukturreformen und Investitionen in Infrastruktur und Bildung notwendig sein. Die Frage der Implementierung der diagonalen Kumulation für alle WB-Staaten ist weiterhin offen – die Aufnahme in die Paneuropa-Mittelmeer-Kumulierungszone würde zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen aus der Region beitragen.

Die größten Hindernisse befinden sich meines Erachtens in der Sphäre der Politik. Eines der größten Probleme ist der Status des Kosovo, der innerhalb der Region für Unstimmigkeiten sorgt und die regionale Zusammenarbeit gefährdet. Aus diesem Grund hat die Forderung der EU nach regionaler Zusammenarbeit einen großen Beitrag, vor allem, zur politischen Kooperation der Region geleistet. Die EU sollte in diesem Sinne die Region als Ganzes integrieren. Dies wäre konsistent mit ihrem Regionalansatz gegenüber der Region, wodurch die unnötige Aufspaltung des westlichen Balkans vermieden werden könnte.

Obgleich die wirtschaftliche Integration des westlichen Balkans als Voraussetzung für den Beitritt zur EU betrachtet werden kann oder nicht, hat der Integrationsprozess einen ausgesprochen positiven Einfluss auf die politische Konsolidierung und europäische Perspektive der Region ausgeübt.

Anhang

Tabelle 7: Schätzungen auf Basis aggregierter Daten, Schätzungen (1)-(4)

Abhängige Variable:	OLS	FEM	REM	HTM
Ln(Importe)	(1)	(2)	(3)	(4)
Ln(GDP _{it})	0,98 ^a (0,01)	1,51 ^a (0,09)	1,02 ^a (0,02)	1,46 ^a (0,09)
Ln(GDP _{jt})	1,11 ^a (0,01)	0,93 ^a (0,09)	1,14 ^a (0,02)	1,04 ^a (0,08)
Ln(Entfernung _{ij})	-1,08 ^a (0,01)	-	-1,21 ^a (0,03)	-1,68 ^a (0,16)
Volatilität _{ijt}	-0,16 ^b (0,07)	-0,15 ^a (0,02)	-0,15 ^a (0,02)	-0,15 ^a (0,02)
SEE7-EU	0,84 ^a (0,06)	0,14 ^c (0,08)	0,31 ^a (0,07)	0,15 ^c (0,08)
SEE7-Welt	-1,88 ^a (0,05)	-	-1,81 ^a (0,09)	-1,44 ^a (0,14)
SEE7-SEE7	-0,58 ^a (0,13)	-	-0,82 ^a (0,22)	-1,03 ^b (0,48)
SEE7-CEE8	0,48 ^a (0,08)	-	0,14 (0,15)	-0,07 (0,28)
Adjusted R ²	0,81	0,23	-	-
Anzahl der Beobachtungen	13143	13143	13143	13143
Hausman test	-	-	100,61	0,67
Prob>Chi ²	-	-	0,0000	1,0000

Quelle: in Anlehnung an Damijan et al. (2006)

Anmerkungen: a, b und c sind jeweils das 1%-, 5%- und 10%-Signifikanzniveau.

OLS-Methode der kleinsten Quadrate; FEM – Modell mit festen Effekten; REM – Modell mit zufälligen Effekten; HTM – Hausman-Taylor-Modell (das in der Arbeit verwendete Modell).

Tabelle 8: Verhältnis tatsächlicher Handel/potentieller Handel (aggregierte Daten, in %)

Schätzung (4)		
	SEE7	
EU	116,18	
Welt	23,69	
CEE8	100	
SEE7	35,70	
Schätzung (5)		
	SEE5	SEE2
EU	100	116,18
Welt	20,18	34,30
CEE8	100	100
SEE5	100	100
SEE2	100	11,41
Schätzung (6)		
	SFRJ4	SEE2
EU	100	118,53
Welt	28,65	36,05
CEE8	100	87,80
SFRJ4	294,46	100
SEE2	100	13,94

Quelle: in Anlehnung an Damijan et al. (2006)

Tabelle 9: Ergebnisse auf Basis aggregierter Daten, Schätzungen (5)-(6)

Abhängige Variable:	HT	HT
Ln(Importe)	(5)	(6)
Ln(GDP _{it})	1,47 ^a (0,09)	1,48 ^a (0,09)
Ln(GDP _{jt})	1,05 ^a (0,08)	1,00 ^a (0,08)
Ln(Entfernung _{ij})	-1,69 ^a (0,16)	-1,64 ^a (0,20)
Volatilität _{ijt}	-0,15 ^a (0,02)	-0,15 ^a (0,02)
SEE5-EU	0,15 (0,10)	
SEE5-Welt	-1,60 ^a (0,18)	
CEE8-SEE5	0,01 (0,31)	
SEE5-SEE5	0,02 (0,59)	
SEE2-EU	0,15 ^c (0,09)	0,17 ^c (0,09)
SEE2-Welt	-1,07 ^a (0,18)	-1,02 ^a (0,18)
CEE8-SEE2	-0,23 (0,39)	-0,13 ^a (0,41)
SEE2-SEE2	-2,17 ^c (1,22)	-1,97 ^c (1,29)
SEE5-SEE2	0,79 (0,52)	
SFRJ4-EU		0,05 (0,12)
SFRJ4-Welt		-1,25 ^a (0,18)
CEE8-SFRJ4		0,04 (0,35)
SFRJ4-SFRJ4		1,08 ^c (0,70)
SFRJ4-SEE2		0,86 (0,56)
Anzahl der Beobachtungen	13143	13143
Hausman test	7,79	2,19
Prob>Chi ²	0,8568	0,9997

Quelle: in Anlehnung an Damijan et al. (2006)

Anmerkungen: a, b und c sind jeweils das 1%-, 5%- und 10%-Signifikanzniveau. Die Schätzungen wurden mit dem Hausman-Taylor-Modell ausgeführt.

Tabelle 10: Schätzungen auf Grundlage sektoraler Daten, Schätzungen (7)-(16)

Abhängige Variable: Ln(Importe)	Landwirtschaft (7)	Grundmetalle (8)	Chemikalien (9)	Bau (10)	Energie (11)	Metall- Produkte (12)	Bergbau (13)	Textilien (14)	Holz und Papier (15)	Nahrungsmittel- produktion (16)
Ln(GDP _{it})	1,33 ^a (0,14)	1,23 ^a (0,16)	1,05 ^a (0,11)	1,36 ^a (0,13)	1,10 ^a (0,25)	1,63 ^a (0,11)	0,97 ^a (0,19)	1,05 ^a (0,11)	1,15 ^a (0,11)	1,49 ^a (0,12)
Ln(GDP _{jt})	0,70 ^a (0,12)	0,19 (0,15)	1,33 ^a (0,09)	1,00 ^a (0,12)	0,59 ^b (0,23)	1,62 ^a (0,10)	-0,20 (0,17)	0,71 ^a (0,10)	0,93 ^a (0,10)	0,60 ^a (0,11)
Ln(Entfernung _{ijt})	-2,03 ^a (0,29)	-1,88 ^a (0,40)	-1,96 ^a (0,21)	-2,53 ^a (0,34)	-0,39 (0,88)	-1,89 ^a (0,21)	-0,94 (0,61)	-2,46 ^a (0,25)	-1,97 ^a (0,22)	-1,98 ^a (0,29)
Volatilität _{ijt}	-0,03 (0,04)	-0,06 (0,04)	-0,06 ^a (0,03)	-0,09 ^a (0,03)	-0,07 (0,06)	-0,22 ^a (0,03)	0,11 ^b (0,05)	-0,20 ^a (0,03)	-0,13 ^a (0,03)	-0,10 ^a (0,03)
SEES-EU	-0,20 (0,18)	-0,09 (0,21)	-0,16 (0,14)	-0,50 ^a (0,17)	0,49 (0,37)	-0,05 (0,40)	-0,06 (0,29)	-0,13 (0,14)	0,02 (0,13)	-0,27 ^c (0,16)
SEES-Welt	-1,23 ^a (0,27)	-1,93 ^a (0,34)	-1,78 ^a (0,20)	-1,28 ^a (0,29)	-0,27 (0,77)	-1,12 ^a (0,22)	-2,06 ^a (0,51)	-1,86 ^a (0,23)	-2,11 ^a (0,21)	-0,92 ^a (0,27)
SEES-CEE8	-0,26 (0,51)	-0,45 (0,65)	-0,00 (0,38)	-0,52 (0,55)	1,25 (0,97)	0,36 (0,40)	-0,08 (0,85)	-1,82 ^a (0,45)	-0,17 (0,39)	-0,13 (0,51)
SEES-SEES	-0,41 (0,93)	1,96 ^c (1,17)	-0,74 (0,69)	-0,85 (1,01)	2,96 (2,13)	0,98 (0,75)	-1,60 (1,56)	-3,90 ^a (0,82)	-2,18 ^a (0,73)	-0,42 (0,94)
SEE2-EU	-0,50 ^a (0,19)	-0,09 (0,21)	0,56 ^a (0,15)	-0,27 (0,17)	0,47 (0,36)	0,31 ^c (0,16)	0,36 (0,29)	0,11 (0,16)	0,29 ^c (0,15)	-0,03 (0,17)
SEE2-Welt	-1,00 ^a (0,26)	-0,81 ^a (0,20)	-1,53 ^a (0,20)	-0,94 ^a (0,27)	-0,42 (0,49)	-1,33 ^a (0,22)	-0,95 ^b (0,38)	-0,75 ^a (0,24)	-1,45 ^a (0,21)	-1,04 ^a (0,28)
SEE2-CEE8	-1,06 ^c (0,58)	-1,54 ^b (0,71)	0,24 (0,44)	-0,82 (0,62)	0,21 (1,06)	0,53 (0,49)	-1,37 (0,93)	-2,04 ^a (0,54)	-0,94 ^b (0,47)	-0,17 (0,62)
SEE2-SEE2	-2,76 (1,78)	-1,93 (2,15)	-2,06 (1,34)	-3,86 ^b (1,89)	3,09 (3,08)	-2,66 ^c (1,52)	0,19 (2,58)	-5,04 ^a (1,68)	-3,66 ^b (1,45)	-2,64 (1,94)
SEES-SEE2	-0,03 (0,76)	-0,03 (0,93)	0,98 ^c (0,58)	-0,35 (0,82)	2,10 (1,31)	0,63 (0,65)	0,96 (1,14)	-2,44 ^a (0,71)	-0,05 (0,62)	-0,49 (0,81)
Anzahl der Beobachtungen	11971	11357	12512	11443	9253	12854	9915	12578	12523	12271
Hausman test	6,94	29,94	7,56	4,55	3,10	6,12	6,75	21,13	4,36	7,46
Prob>Chi ²	0,8619	0,0000	0,8713	0,9840	0,9948	0,8812	0,8740	0,0000	0,9867	0,8768

Quelle: in Anlehnung an Damijan et al. (2006)

Tabelle 11: Schätzungen auf Grundlage sektoraler Daten, Schätzungen (17)-(26)

Abhängige Variable: Ln(Inimporte)	Landwirtschaft (17)	Grundmetalle (18)	Chemikalien (19)	Bau (20)	Energie (21)	Metall- Produkte (22)	Bergbau (23)	Textilien (24)	Holz und Papier (25)	Nahrungsmittel- produktion (26)
Ln(GDP _{It})	1,33 ^a (0,14)	1,26 ^a (0,16)	1,05 ^a (0,10)	1,35 ^a (0,12)	1,09 ^a (0,25)	1,64 ^a (0,11)	1,00 ^a (0,19)	1,06 ^a (0,11)	1,15 ^a (0,11)	1,48 ^a (0,12)
Ln(GDP _{It})	0,68 ^a (0,12)	0,15 (0,15)	1,28 ^a (0,09)	0,98 ^a (0,12)	0,57 ^b (0,23)	1,58 ^a (0,10)	-0,22 (0,17)	0,66 ^a (0,11)	0,89 ^a (0,10)	0,58 ^a (0,11)
Ln(Entfernung _{ij})	-1,92 ^a (0,37)	-2,03 ^a (0,55)	-2,09 ^a (0,27)	-2,77 ^a (0,48)	0,50 (1,54)	-1,70 ^a (0,26)	-0,54 (0,88)	-2,74 ^a (0,34)	-2,10 ^a (0,28)	-2,12 ^a (0,38)
Volatilität _{it}	-0,03 (0,04)	-0,06 (0,04)	-0,06 ^a (0,03)	-0,10 ^a (0,03)	-0,08 (0,06)	-0,22 ^a (0,03)	0,11 ^b (0,05)	-0,20 ^a (0,03)	-0,13 ^a (0,03)	-0,10 ^a (0,03)
SFRJ4-EU	-0,12 (0,20)	0,12 (0,23)	-0,20 (0,15)	-0,55 ^a (0,19)	0,26 (0,39)	0,06 (0,15)	0,05 (0,30)	-0,06 (0,16)	0,09 (0,15)	-0,43 ^b (0,17)
SFRJ4-Welt	-1,14 ^a (0,30)	-2,06 ^a (0,42)	-1,58 ^a (0,22)	-1,36 ^a (0,36)	0,66 (1,29)	-0,85 ^a (0,23)	-1,70 ^b (0,74)	-1,92 ^a (0,27)	-1,98 ^a (0,23)	-0,85 ^a (0,31)
SFRJ4-CEE8	-0,05 (0,59)	-0,21 (0,82)	-0,10 (0,45)	-0,74 (0,70)	1,72 (1,28)	0,63 (0,45)	0,43 (1,02)	-1,76 ^a (0,57)	-0,24 (0,48)	-0,25 (0,60)
SFRJ4-SFRJ4	0,96 (1,15)	-1,23 (1,54)	0,13 (0,86)	-0,56 (1,35)	5,16 (3,46)	2,14 ^b (0,89)	-0,11 (2,14)	-2,68 ^b (1,11)	-1,18 (0,93)	0,43 (1,21)
SEE2-EU	-0,47 ^b (0,19)	-0,07 (0,22)	0,56 ^a (0,15)	-0,28 ^c (0,17)	0,51 (0,37)	0,33 ^b (0,16)	0,46 (0,30)	0,11 (0,16)	0,30 ^b (0,15)	-0,03 (0,17)
SEE2-Welt	-0,98 ^a (0,26)	-0,87 ^a (0,34)	-1,50 ^a (0,20)	-0,96 ^a (0,30)	-0,07 (0,67)	-1,28 ^a (0,21)	-0,97 ^b (0,41)	-0,82 ^a (0,27)	-1,46 ^a (0,23)	-1,08 ^a (0,29)
SEE2-CEE8	-0,93 (0,61)	-1,59 ^b (0,80)	0,15 (0,48)	-1,04 (0,73)	0,67 (1,37)	0,73 (0,50)	-0,86 (1,08)	2,14 ^a (0,62)	-0,96 ^c (0,52)	-0,25 (0,67)
SEE2-SEE2	-2,46 (1,84)	-2,22 (2,44)	-2,27 (1,48)	-4,38 ^b (2,20)	4,97 (4,26)	-2,17 (1,54)	1,15 (2,97)	-5,56 ^a (1,96)	-3,86 ^b (1,63)	-2,93 (2,09)
SFRJ4-SEE2	0,13 (0,85)	0,21 (1,10)	0,88 (0,69)	-0,85 (1,00)	2,39 (1,64)	0,93 (0,71)	2,09 (1,30)	-2,48 ^a (0,89)	-0,01 (0,74)	-0,63 (0,94)
Anzahl der Beobachtungen	11971	11357	12512	11443	9253	12854	9915	12578	12523	12271
Hausman test	1,23	0,49	0,78	3,99	1,86	3,08	6,93	2,33	8,05	3,05
Prob>Chi²	1,0000	1,0000	1,0000	0,9801	0,9996	0,9890	0,8072	0,9982	0,8512	0,9952

Quelle: in Anlehnung an Damijan et al. (2006)

Tabelle 13: Sektorale Zuordnung des internationalen Handels, 69 Produkte (nach CHELEM-CEPII)

Code	Produkte	Code	Produkte
BA	Zement	FT	Autos und Motorräder
BB	Keramik	FU	Nutzfahrzeuge
BC	Glas	FV	Schiffe
CA	Eisen und Stahl	FW	Luftfahrt
CB	Rohre	GA	Anorganische Grundchemikalien
CC	NE-Metalle	GB	Düngemittel
DA	Garne und Gewebe	GC	Organische Grundchemikalien
DB	Kleidung	GD	Farben
DC	Strickwaren	GE	Toilettenartikel
DD	Teppiche	GF	Pharmazeutika
DE	Leder	GG	Kunststoffe
EA	Holzartikel	GH	Kunststoffartikel
EB	Möbel	GI	Gummi-Artikel (mit Reifen)
EC	Papier	HA	Eisenerze
ED	Printing	HB	NE-Erze
EE	Sonstige Erzeugnisse	HC	Unverarbeitete Mineralien
FA	Metallische Strukturen	IA	Kohlen
FB	Sonstige Maschinenausrüstung	IB	Rohöl
FC	Motoren	IC	Erdgas
FD	Landmaschinen	IG	Koks
FE	Maschinenwerkzeuge	IH	Verarbeitete Ölprodukte
FF	Baumaschinen	II	Elektrizität
FG	Spezialisierte Maschinen	JA	Getreide
FH	Waffen	JB	Andere essbare Agrarprodukte
FI	Präzisionswerkzeuge	JC	Nicht-essbare Agrarprodukte
FJ	Uhrenherstellung	KA	Getreideerzeugnisse
FK	Optik	KB	Fette
FL	Elektronische Komponenten	KC	Fleisch
FM	Unterhaltungselektronik	KD	Fleisch- und Fischkonserven
FN	Telekommunikationsgeräte	KE	Konservierte Früchte
FO	EDV-Material	KF	Zucker
FP	Elektrische Haushaltsgeräte	KG	Tiernahrung
FQ	Elektrisches Zubehör	KH	Getränke
FR	Elektrische Geräte	KI	Tabakwaren
FS	Fahrzeugbauteile	NA	Schmuck, Kunstwerke
		NB	Nichtwährungsgold

Quelle: in Anlehnung an Damijan et al. (2006)

Anmerkung: B – Bauprodukte, C – Grundmetalle, D – Textilien, E – Holz und Papier, F – Metall-Produkte, G – Chemikalien, H – Bergbau, I – Energie, J – Landwirtschaft, K – Nahrungsmittelprodukte

Tabelle 14: Die Kapitel des *Acquis* in den Verhandlungen mit Kroatien

1. Freier Warenverkehr
2. Freizügigkeit für Arbeitnehmer
3. Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr
4. Freier Kapitalverkehr
5. Öffentliches Auftragswesen
6. Gesellschaftsrecht
7. Rechte am geistigen Eigentum
8. Wettbewerb
9. Finanzdienstleistungen
10. Informationsgesellschaft und Medien
11. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
12. Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzenschutzpolitik
13. Fischerei
14. Verkehr
15. Energie
16. Steuern
17. Wirtschaft und Währung
18. Statistik
19. Beschäftigung und Soziales
20. Unternehmen und Industrie
21. Transeuropäische Netze
22. Regionalpolitik und Koordinierung der strukturellen Instrumente
23. Judikative und Grundrechte
24. Justiz, Freiheit und Sicherheit
25. Wissenschaft und Forschung
26. Bildung und Kultur
27. Umwelt
28. Verbraucher- und Gesundheitsschutz
29. Zollunion
30. Außenbeziehungen
31. Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik
32. Finanzkontrolle
33. Finanz- und Haushaltsvorschriften
34. Institutionen
35. Sonstiges

Quelle: in Anlehnung an Ministry of Foreign Affairs and European Integration (2009)

Literaturverzeichnis

- Altmann, Franz-Lothar (2008):** Südosteuropapolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration, Institut für Europäische Politik, Nomos-Verlag, Baden-Baden
- Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (2002):** Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union, in: http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002M/pdf/12002M_DE.pdf, Zugriff am 21.12.09
- Arguello, Ricardo (2000):** Economic Integration: An Overview of Basic Economic Theory and Other Related Issues, in: Borradores de Investigacion, No. 3
- Auswärtiges Amt (2009):** Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP), in: <https://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Erweiterung/SAP.html>, Zugriff am 14.12.09
- Balassa, Bela (1967):** Trade Creation and Trade Diversion in the European Common Market, in: The Economic Journal, Vol. 77, No. 305, p. 1-21
- Balassa, Bela (1974):** Trade Creation and Trade Diversion in the European Common Market: An Appraisal of the Evidence, in: The Manchester School of Economic & Social Studies, Vol. 42, p. 93-135
- Baldwin, Richard (1989):** The Growth Effects of 1992, in: Economic Policy, Vol. 4, No. 9, p. 247-282
- Barbato, Mariano (2008):** Chronik der Europäischen Union, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union: Politisches System und Politikbereiche, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Bertola, Giuseppe (1999):** Convergence...an Overview, in: Baldwin et al. (Eds.): Market Integration, Regionalism and the Global Economy, Cambridge University Press, Cambridge
- Bhagwati, Jagdish/Greenaway, David/Panagariya, Arvind (1998):** Trading Preferentially: Theory and Policy, in: The Economic Journal, Vol. 108, No. 449, p. 1128-1148
- Bhagwati, Jagdish (2002):** Free Trade Today, Princeton University Press, Princeton and Oxford
- Bozić-Miljković, Ivana (2007):** Western Balkans in the Process of Eurointegration – Economic Networking and the Region’s Development, in: Facta Universitatis, Series: Economics and Organization, Vol. 4, No. 1, p. 79-90

- Brasche, Ulrich (2008):** Europäische Integration: Wirtschaft, Erweiterung und regionale Effekte, 2. Auflage, Oldenburg Verlag, München, Wien
- Brenton, Paul/Manchin, Miriam (2002):** Making EU Trade Agreements Work: The Role of Rules of Origin, in: CEPS Working Document, No. 183
- Bussière, Matthieu/Fidrmuc, Jarko/Schnatz, Bernd (2005):** Trade Integration of Central and Eastern European Countries: Lessons from a Gravity Model, in: Working Paper Series, No. 545, European Central Bank, Frankfurt am Main
- Calic, Marie-Janine (2004):** Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess auf dem Prüfstand: Empfehlungen für die Weiterentwicklung europäischer Balkanpolitik, SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
- Calic, Marie-Janine (2005):** The Western Balkans on the Road towards European Integration, in: Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin
- Cecchini, Paolo (1988):** Europa '92: Der Vorteil des Binnenmarkts, Nomos-Verlag, Baden-Baden
- Christie, Edward (2002):** Potential Trade in South-East Europe: A Gravity Model Approach, in: South-East Europe Review for Labour and Social Affairs, No. 4, p. 81-101
- Cooper, Charles/Massel, Benton F. (1965):** A new Look at Customs Union Theory, in: The Economic Journal, Vol. 75, No. 300, p. 742-747
- Corden, Warner M. (1972):** Economies of Scale and Customs Union Theory, in: The Journal of Political Economy, Vol. 80, No. 3, Part 1, p. 465-475
- Council of the European Union (2001):** Stabilisation and Association Agreement between the European Communities and their Member States, of the one part, and the former Yugoslav Republic of Macedonia, of the other part, Council of the European Union, Brussels
- Council of the European Union (2005):** Brussels European Council, 16th and 17th June 2005: Presidency Conclusions, Council of the European Union, Brussels
- Damijan, Joze/De Sousa, Jose/Lamotte, Olivier (2006):** The Effect of Trade Liberalization in South-Eastern European Countries, in: <http://www.wiwi.ac.at/balkan/files/DAMIJAN%20DESOUSA%20LAMO%20TTE.pdf>, Zugriff am 20.09.09
- Dangerfield, Martin (2006):** Subregional Integration and EU Enlargement: Where Next for CEFTA?, in: Journal of Common Market Studies, Volume 44, No. 2, p. 305-324

EBRD (2006): Transition Report 2006: Finance in Transition, European Bank for Reconstruction and Development, London

EBRD (2009): Transition Report 2009: Transition in Crisis?, European Bank for Reconstruction and Development, London

El-Agraa, Ali M. (2004): The European Union: Economics and Policies, 7th Edition, FT Prentice Hall, Harlow et al.

European Commission (2003a): EU-Western Balkans Summit – Declaration, in: http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/thessaloniki_summit_en.htm, Zugriff am 10.12.09

European Commission (2003b): Report from the Commission: The Stabilization and Association Process for South East Europe: Second Annual Report – Annex 1, Commission of the European Communities, Brussels

European Commission (2006): Communication from the Commission: The Western Balkans on the Road to the EU: Consolidating Stability and Raising Prosperity, Commission of the European Communities, Brussels

European Commission (2009a): The Western Balkans in Transition, in: Occasional Papers 46, European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Brussels

European Commission (2009b): Western Balkan Countries: EU Bilateral Trade and Trade with the World, in: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113477.pdf, Zugriff am 27.11.09

European Commission (2009c): Progress Towards Meeting the Economic Criteria for Accession: The Assessments of the 2008 Progress Reports, in: Occasional Papers 44, European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Brussels

European Commission (2009d): The Stabilisation and Association Process, in: http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/index_en.htm, Zugriff am 15.12.09

European Commission (2009e): The Western Balkan countries on the road to the European Union, in: http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/history_en.htm, Zugriff am 15.12.09

European Commission (2009f): Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Enlargement Strategy and main Challenges 2009-2010, Commission of the European Communities, Brussels

- European Commission (a) (o.A.):** Accession Criteria, in:
http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accession_process/criteria/index_en.htm, Zugriff am 15.11.09
- European Commission (b) (o.A.):** A Milestone in the European Union's Relations with the Western Balkan Countries, in:
http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accession_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/milestone_en.htm, Zugriff am 22.12.09
- European Commission (c) (o.A.):** Diagonal Cumulation of Origin – Questions and Answers, in:
http://ec.europa.eu/enlargement/questions_and_answers/diagonal_cumulation_en.htm, Zugriff am 15.01.10
- EUROSTAT (2009a):** Country Profiles, in:
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/guip/introAction.do?init=1>, Zugriff am 11.11.09
- EUROSTAT (2009b):** Pocketbook on Candidate and Potential Candidate Countries, Eurostat, European Communities, Luxembourg
- Frankel, Jeffrey A. (1997):** Regional Trading Blocs in the World Trading System, Institute for International Economics, Washington
- GATT (1986):** The Text of the General Agreement on Tariffs and Trade, The General Agreement on Tariffs and Trade, Geneva
- Gligorov, Vladimir/Holzner, Mario/Landesmann, Michael (2003):** Prospects for further (South-) Eastern EU Enlargement: From Divergence to Convergence, in: wiiw Research Reports, No. 296
- Gligorov, Vladimir (2007):** Transition, Integration and Development in Southeast Europe, in: Ekonomski Pregled, 58 (5-6), p. 259-304
- Gligorov, Vladimir (2008):** Trade, Investments and Development in the Balkans, in: <http://www.wiiw.ac.at/balkan/files/Gligorov.pdf>, Zugriff am 29.09.09
- Grimwade, Nigel (2004):** Measuring the Impact of Economic Integration, in: El-Agraa, Ali M. (Ed.): The European Union: Economics and Policies, 7th Edition, FT Prentice Hall, Harlow et al.
- Grupe, Claudia/Kušić, Siniša (2005):** Intra-regional Cooperation in the Western Balkans: Under which Conditions does it foster Economic Progress?, Discussion Paper 37, Centre for the Study of Global Governance, London School of Economics and Political Sciences, London

- IMF (2009):** International Monetary Fund: World Economic and Financial Surveys, in:
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/02/weodata/index.aspx>,
 Zugriff am 16.11.09
- Inotai, András (2007):** The European Union and Southeastern Europe: Troubled Waters Ahead?, P.I.E. Peter Lang, Brussels
- International Trade Centre (o.A.):** Trade Competitiveness Map, in:
http://www.intracen.org/appli1/TradeCom/TP_EP_CI.aspx?RP=499&YR=2007, Zugriff am 13.01.10
- Johnson, Harry G. (1974):** Trade-Diverting Customs Unions: A Comment, in:
 The Economic Journal, Vol. 84, No. 335, p. 618-621
- Jovanović, Miroslav N. (2006):** Economics of International Integration, Edward Elgar Publishing Ltd., Cheltenham and Northampton
- Kathuria, Sanjay (2008):** Western Balkan Integration and the EU: An Agenda for Trade and Growth, The International Bank for Reconstruction and Development/ The World Bank, Washington, D.C.
- Kindleberger, Charles P (2000):** The Rise of Free Trade in Western Europe, in:
 Frieden, Jeffrey A./Lake, David A. (Eds.): International Political Economy, 4th Edition, Routledge, London
- Krugman, Paul R./Obstfeld, Maurice (2006):** Internationale Wirtschaft, 7. aktualisierte Auflage, Pearson Studium, München et al.
- Lipsey, Richard G. (1957):** The Theory of Customs Unions: Trade Diversion and Welfare, in: *Economica*, New Series, Vol. 24, No. 93, p. 40-46
- McDonald, Frank (1994):** The Single European Market, in: McDonald, Frank/Dearden, Stephen (Eds.): *European Economic Integration*, 2nd Edition, Longman Publishing, New York
- Mikić, Mia (1998):** International Trade, Palgrave Macmillan, New York
- Ministry of Foreign Affairs and European Integration (2009):** Progress in EU-Croatia Accession Negotiations at a Glance, in: <http://www.eu-pregovori.hr/files/Progress-in-EU-Croatia-accession-negotiations-M.pdf>,
 Zugriff am 15.01.10
- Molle, Willem (2001):** The Economics of European Integration: Theory, Practice, Policy, 4th Edition, Ashgate Publishing Limited, Aldershot et al.
- Moore, Lynden (1997):** The Economic Analysis of Preferential Trading Areas, in: Artis, Mike/Lee, Norman (Eds.): *The Economics of the European Union: Policy and Analysis*, Oxford University Press, Oxford et al.

- Mundell, Robert A. (1968):** International Economics, Macmillan, New York
- Neal, Larry/Barbezat, Daniel (1998):** The Economics of the European Union and the Economies of Europe, Oxford University Press, New York, Oxford
- OECD (o.A.):** Organisation for European Economic Co-operation, in: http://www.oecd.org/document/48/0,3343,en_2649_201185_1876912_1_1_1_1,00.html, Zugriff am 15.10.09
- Ohr, Rrenate/Gruber, Torsten (2001):** Zur Theorie regionaler Integration, in: Ohr, Rrenate/Theurl, Theresia (Hrsg.): Kompendium Europäische Wirtschaftspolitik, Verlag Vahlen, München
- Pelkmans, Jaques (2001):** European Integration: Methods and Economic Analysis, 2nd Edition, Pearson Education Limited, Harlow et al.
- Piazolo, Daniel (2001):** The Integration Process between Eastern and Western Europe, Springer Verlag, Berlin
- Pomfret, Richard (2001):** The Economics of Regional Trading Arrangements, Oxford University Press, Oxford et al.
- Radonjić, Ognjen (2004):** Globalization in the Balkans: Free Trade Agreements and the Perspectives of Attracting Large Institutional Investors on the Domestic Capital Markets, in: Sociology, Issue XLVI, No. 2, p. 167-182
- Schira, Josef (2003):** Statistische Methoden der VWL und BWL: Theorie und Praxis, Pearson Studium, München et al.
- Sengupta, Jati K. (1998):** New Growth Theory, Edward Elgar Publishing Limited, Cheltenham
- Siebert, Horst/Lorz, Oliver (2006):** Außenwirtschaft, 8. Auflage, Utb; Lucius & Lucius, Stuttgart et al.
- Speyer, Bernhard (1997):** Regionale Integration, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden
- Stability Pact (1999):** Stability Pact for South Eastern Europe: SCSP Constituent Document, in: <http://www.stabilitypact.org/constituent/990610-cologne.asp>, Zugriff am 19.12.02
- Stability Pact (2001):** Memorandum of Understanding on Trade Liberalisation and Facilitation, in: <http://www.stabilitypact.org/trade/Memorandum%20of%20Understanding%20on%20Trade%20Liberalisation%20and%20Facilitation.pdf>, Zugriff am 19.11.2009

Stability Pact (2005): From a Conflict Prevention and Confidence Building Initiative in South Eastern Europe to a regionally-owned Regional Cooperation Council, in:
<http://www.stabilitypact.org/about/SPownershipprocessPortal.asp>, Zugriff am 20.12.09

Stability Pact (o.A.): About the Stability Pact, in:
<http://www.stabilitypact.org/about/default.asp>, Zugriff am 20.12.09

Stanišić, Nenad (2008): Do Foreign Direct Investments increase the Economic Growth of Southeastern European Transition Economies? in: South-Eastern Europe Journal of Economics, No. 1, p. 29-38

Stiglitz, Joseph (2002): Globalization and its Discontents, Penguin Books, London et al.

Ströbele, Wolfgang/Wacker, Holger (2000): Außenwirtschaft, 2. Auflage, R. Oldenburg Verlag, München, Wien

World Bank, The (2009): World Development Report 2010: Development and Climate Change, The World Bank, Washington D.C.

WTO (a) (o.A.): Regional Trade Agreements, World Trade Organization in:
http://www.wto.org/english/tratop_e/region_e/region_e.htm, Zugriff am 19.10.09

WTO (b) (o.A.): Principles of the Trading System, World Trade Organization, in:
http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/fact2_e.htm, Zugriff am 17.10.09

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Masterarbeit ohne fremde Hilfe angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Alle Teile, die wörtlich oder sinngemäß einer Veröffentlichung entstammen, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde noch nicht veröffentlicht oder einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Potsdam, den 20. Januar 2010

Stefan Pavleski